

Wirtschaft und Gesellschaft

Wirtschaftspolitische Zeitschrift
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

1. Jahrgang · Nummer 4/75

Inhalt

EDITORIAL:

Zur Umgestaltung
der Wirtschaftsförderung 3

Rudolf Burger
»Lebensqualität« und Warenproduktion .. 9

Maria Szecsi und Hans Wehsely
Alte Kartelle neu geprüft 33

Theodor Prager
Neuorientierung der Forschung 53

KOMMENTAR:

Erich Kitzmüller
Nationale Wachstumsmodelle in einer
transnationalen Ökonomie? 63

Theodor Prager
Zu Matzners Wachstums-Szenario 73

Egon Matzner
Worum es bei der Diskussion um einen
Wachstumsrückgang geht 79

Jahresregister 1975 87

Unsere Autoren

RUDOLF BURGER ist Abteilungsleiter im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

ERICH KITZMÜLLER ist Politologe und als freier Publizist tätig

EGON MATZNER ist Professor am Institut für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik an der Technischen Hochschule Wien

THEODOR PRAGER und HANS WEHSELY sind Mitarbeiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien

MARIA SZECSI ist als Konsulentin der Arbeiterkammer Wien im Rahmen der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung tätig

Diskussionsbeiträge für die Rubrik »Kommentar« sind willkommen. Sie sollten jedoch die Länge von 12 Standard-Maschinseiten (à 30 Zeilen) nicht überschreiten.

Die Redaktion

Zur Umgestaltung der Wirtschaftsförderung

Die zur Nationalratswahl vorgelegten Konzepte der Parteien waren von der aktuellen wirtschaftlichen Situation geprägt, mittel- und längerfristige Zielsetzungen traten in diesem Wahlkampf in den Hintergrund. Auch die Diskussion über die dem Bundeskongreß des Gewerkschaftsbundes vorgelegten programmatischen Berichte der Arbeitskreise stand stark unter dem Eindruck der auf Österreich übergreifenden Rezessionserscheinungen. Die akute Gefährdung der Vollbeschäftigung, die leeren Kassen der öffentlichen Haushalte und das Ausbleiben des berühmten »Silberstreifens« am Konjunkturhorizont lassen diese Dominanz der Tagespolitik verständlich erscheinen.

Es droht aber die Gefahr, daß unter dem Eindruck dieser wirtschaftlichen Situation Wirtschaftspolitik nur noch unter dem Aspekt kurzfristigen Krisenmanagements betrieben wird — oft im Widerspruch zu langfristigen Zielsetzungen. Selbst ansonsten handelsoffene Länder wie zum Beispiel Schweden greifen zu protektionistischen Abwehrmaßnahmen im Handelsverkehr mit dem Ausland, die Vertretungen aller Interessengruppen verlangen Eingriffe der öffentlichen Hand — Haftungsübernahmen, Kreditgewährungen, Subventionen —, um bestehende Betriebe zu erhalten. Gleichzeitig wird äußerste Sparsamkeit vom Staat verlangt, eine Beschränkung auf die Durchführung von »kostenlosen Reformen« empfohlen — mit einem Wort, die wirtschaftlichen (aber auch sozialen) Strukturen drohen zu erstarren. Die Neuwahl des Nationalrates und die Beschlußfassung eines neuen Aktionsprogrammes des Gewerkschaftsbundes sollten deshalb zum Anlaß genommen werden, die Konsistenz von kurzfristiger Politik und langfristiger Zielsetzung zu überprüfen.

*

In der Rezession der Jahre 1967 und 1968 — nachdem fast einhellig eine Strukturkrise der österreichischen Wirtschaft diagnostiziert worden war — erschallte der Ruf nach staatlicher Strukturpolitik. Im überraschend heftig einsetzenden Boom wurden die — tatsächlich vorhandenen oder vermeintlichen — Strukturschwächen überdeckt, damit verschwanden auch die strukturpolitischen Programme in den Schubladen. Hier ist allerdings eine wesentliche Aus-

nahme anzumerken: Die branchenweise Zusammenfassung der verstaatlichten Industrie, die in diese Jahre überaus günstiger Wirtschaftsentwicklung fiel, schuf die organisatorische Basis für strukturelle Veränderungen in wichtigen Grundstoffindustrien.

Andere ambitionierte strukturpolitische Vorhaben, die im Wirtschaftsprogramm der SPÖ entworfen worden waren, wie die Ablösung der »Wachstumsgesetze« durch eine gezielte Investitionsförderung, die Ausarbeitung von wirtschaftlichen Entwicklungsplänen als Entscheidungshilfe für staatliche Förderungspolitik, die Zentralisierung der Investitions- und Beteiligungsfinanzierung und so weiter wurden jedoch nicht oder nur ansatzweise verwirklicht. Dies ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Zweifellos wurden bei Konzipierung der Programme die Planungsschwierigkeiten unterschätzt, die man durch Perfektionierung von Prognosemethoden bereits im wesentlichen als überwunden ansah. Mangelnde Klarheit über Ziele und Grenzen der Planung und die Erkenntnis, daß man ein zu großes Vertrauen in die Planungskapazitäten der staatlichen Bürokratie gesetzt hatte, hemmten bereits die Ansätze einer Verwirklichung. Überdies drängten die Erfordernisse der Tagespolitik — angesichts der rasch steigenden weltweiten Inflation und der abrupten Veränderung von Währungsparitäten. Schließlich führten auch die Wachstumsrekorde der österreichischen Wirtschaft dazu, daß die Dringlichkeit strukturpolitischer Maßnahmen nun wieder geringer eingeschätzt wurde.

Während offenkundig die Scheu vor einer Verstärkung direkter Eingriffe in den wirtschaftlichen Strukturwandel dominierte, wurde gleichzeitig die ungezielte steuerliche Investitionsförderung stark ausgebaut. Durch Einführung einer zusätzlichen Sonderabschreibung und des Investitionsfreibetrages, die Erhöhung der Investitionsrücklage und der Rücklage für nicht entnommene Gewinne wurde dieses Instrumentarium so erweitert, daß kaum unternehmerisches Verhalten beziehungsweise betriebliche Umstände denkbar sind, unter denen der »Normal«-Tarif angewendet und keine steuerliche Förderung in Anspruch genommen werden kann. Diese großzügige Förderung privater Investitionen mag — zusammen mit dem kaum eingeschränkten Einstromen ausländischer Arbeitskräfte — dazu beigetragen haben, daß das Wachstum der österreichischen Wirtschaft nicht gerade als faktorsparend zu bezeichnen war. In seiner Analyse des Industriewachstums kommt der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, Hans Seidl, zu dem Schluß, daß in den heimischen Unternehmen im Vergleich zu den hochentwickelten Industrie-

staaten sowohl mehr Kapital als auch mehr Arbeitskräfte je Produktionseinheit benötigt werden. Er erklärt dies vor allem mit zu geringen Seriengrößen im industriellen Bereich. Abgesehen von der aus diesem Grund mangelnden Effizienz des Kapitaleinsatzes, deutet manches darauf hin, daß in der ausnehmend langen Phase der Hochkonjunktur eine Fehlleitung von Investitionsmitteln insofern erfolgte, als auch in strukturschwachen Unternehmen die Kapazitäten ausgebaut wurden. Dies alles bedeutet vermutlich, daß nun ein länger dauernder Prozeß der Strukturanpassung der österreichischen Wirtschaft mit niedrigen Wachstumsraten durchlaufen werden muß.

*

Die einschneidenden wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre haben den Prognose- und Planungsoptimismus der Experten abgekühlt. Strukturpolitische Programme können heute nur unter dem Risiko erstellt werden, von plötzlich eintretenden Änderungen im Währungssystem und in den Austauschrelationen für bestimmte Waren über den Haufen geworfen zu werden. Dazu kommt noch beträchtliche Unsicherheit über die Wachstumsaussichten der Weltwirtschaft — auch auf längere Frist.

Bei Anerkennung all dieser Schwierigkeiten bleibt die Strukturpolitik jedoch die einzige Alternative zur einleitend charakterisierten defensiven Politik, deren Ergebnis Strukturerhaltung ist. So kommt auch der Arbeitskreis »Wirtschaft und Wachstum« in seinem Bericht für den ÖGB-Bundeskongreß zu Schlußfolgerungen, die in diese Richtung weisen: Einschränkungen der globalen steuerlichen und Ausbau der gezielten Investitionsförderung, Entwicklung von Prioritäten regionaler, struktureller und technologischer Art, Zusammenfassung der Vorhaben der wichtigsten Investoren in einem Finanzierungsbericht.

Ein Umbau der gegenwärtigen steuerlichen Investitionsförderung sollte schon deshalb in Erwägung gezogen werden, weil sich in der Rezession wichtige Nachteile des bestehenden Systems bemerkbar machen. Die Investitionsförderung mit vorzeitigen und Sonderabschreibungen wirkt stark prozyklisch (bei hohen Gewinnen werden hohe Investitionen angeregt) und inflationsfördernd, da sie direkt als Aufwandserhöhung in die Erfolgsrechnung der Unternehmen eingeht. Der Druck auf Neuinvestitionen, der von der vorzeitigen Abschreibung auf Anlagegüter ausgeht, fördert darüber hinaus eine gewisse Verschwendung von Ressourcen oder die Entstehung von Überkapazitäten. An einer Förderung der Rücklagenbildung — wie bei der Investitionsrücklage und der Rücklage für nicht entnommene Gewinne — besteht in einem Zeitpunkt, in dem

mehr Investitionsvorhaben zurückgestellt werden, als erwünscht ist, kaum ein Interesse. Eine mögliche Alternative zum bisherigen System der steuerlichen Investitionsförderung wäre beispielsweise das schwedische Muster, das — kurz gesagt — darauf beruht, die Bildung von Rücklagen in Hochkonjunkturphasen und die Verwendung dieser Gelder für Investitionszwecke in der Rezession steuerlich zu begünstigen.

Der Ausbau der gezielten Investitionsförderung wird sich als notwendig erweisen, wenn ein Produktionszweig als ganzer oder zumindest in wesentlichen Teilen einer Reorganisation unterzogen werden soll. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die Koordination des Förderungsinstrumentariums langwieriger Vorbereitungen und Verhandlungen bedarf und schließlich ein »Sonderprogramm« für den jeweiligen Fall erstellt werden muß. Eine weitere Schwäche des derzeit angewandten Instrumentariums besteht darin, daß nur Schuldenaufnahmen — durch Kreditgewährung, Zinsenzuschüsse oder Haftungsübernahmen — gefördert werden können. Da jedoch in vielen Fällen das Verhältnis Eigen- zu Fremdmitteln höchst unausgewogen ist, wird durch Kreditgewährung oder Haftungsübernahme von öffentlichen Förderungsinstrumenten faktisch Eigentümerrisiko übernommen. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum die öffentliche Hand Unternehmerrisiko tragen soll, ohne die Rechte eines Miteigentümers in Anspruch nehmen zu können. Selbstverständlich wird nicht jede Art der öffentlichen Förderung eine Beteiligung der öffentlichen Hand begründen, dies wird nur bei einigen Großprojekten in Frage kommen. Die bereits seit langer Zeit diskutierte Errichtung einer Beteiligungsgesellschaft könnte darüber hinaus dazu beitragen, daß dem Eigenkapitalmangel zahlreicher Mittelbetriebe abgeholfen wird.

Die Ziele und Instrumente dieser Strukturpolitik entsprechen im wesentlichen der bisherigen Wachstumspolitik. Eine Politik, die — entsprechend der auf dem ÖGB-Kongreß diskutierten Programme — den qualitativen Aspekten des Wirtschaftswachstums stärkere Beachtung einräumt, stellt neue Anforderungen an das Instrumentarium der Investitionsförderung, das an neue Zielsetzungen angepaßt werden müßte. Gemeint ist damit die Förderung umweltschonender und energiesparender Verfahren und Produkte sowie jener Maßnahmen, die auf einen Abbau physischer und psychischer Belastungen im Arbeitsprozeß hinzielen.

*

Wesentliche Aufgaben kommen dem Staat als Träger von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in einem solchen

Konzept des qualitativen Wachstums zu. Dabei geht es nicht nur um die Quantität der öffentlichen Leistungen, um den Staatsanteil, sondern auch um die Anpassung der öffentlichen Einrichtungen an geänderte gesellschaftliche Bedürfnisse. Ein Beispiel dafür ist etwa die Notwendigkeit der Umschichtung von Haushaltsmitteln vom privaten Individualverkehr zum öffentlichen Massenverkehr, vor allem in den Ballungsgebieten. Allein mit Umschichtungen oder auch allein mit »kostenlosen« Reformen — so wichtig und dringend einige davon wären, beispielsweise die Verbesserung und Erweiterung der Vorschriften zur Bilanzveröffentlichung bei größeren Unternehmen — wird es jedoch nicht gehen.

Zur Finanzierung der wachsenden Aufgaben der öffentlichen Hand werden — neben einer Ausschöpfung der Verschuldungsmöglichkeiten — auch Erhöhungen von Steuern und Tarifen notwendig sein. Gerade in einer Zeit langsameren Wirtschaftswachstums wird die Frage nach der Verteilungswirkung öffentlicher Einnahmenpolitik mit stärkerer Dringlichkeit gestellt werden als in den letzten Jahren, wo Zugeständnisse an verschiedenste gesellschaftliche Gruppen gemacht werden konnten, darunter auch solche, die kaum sozial zu rechtfertigen sind. Zweifellos ist bei den direkten Steuern mit dem stärksten Steuerwiderstand und Möglichkeiten der Überwälzung zu rechnen. Denkt man jedoch an die manchmal geradezu lächerlich geringe Besteuerung bestimmter Vermögenswerte, etwa die Unterbewertung von Grundbesitz, oder an »Gestaltungsmöglichkeiten« und Steuerlücken bei der veranlagten Einkommensteuer, so scheint eine stärkere steuerliche Belastung von hohem Einkommen und Vermögen geboten. Gleichzeitig sollte versucht werden, die regressive Wirkung von indirekten Steuern, Tarifen und Gebühren durch stärkere soziale Differenzierung zu mildern.

Als eines der Beispiele für die vorhin zitierte Politik der Zugeständnisse kann die Sparförderung gelten. Mit der Reform des Bausparens durch Einführung der Prämie wurde der Zustand beendet, daß der vom Staat gewährte Zuschuß bei dieser Sparform von der Höhe des Einkommens abhängig ist. Gleichzeitig wurden jedoch die Höchstbeträge des geförderten Versicherungssparens erhöht, bei dem das Ausmaß des staatlichen Zuschusses noch immer mit der Grenzsteuerbelastung des Sparers wächst. Durch die Verbesserung beim Anleihe- und Prämiensparen wurde der Maximalbetrag, bis zu dem Sparleistungen gefördert werden, so erhöht, daß er bei einem Ehepaar schon bei zirka 240.000 Schilling jährlich liegt. Die staatliche Förderung für diese Sparleistung beträgt etwa 45.000 Schil-

ling im Jahr. Nun intendiert die öffentliche Förderungspolitik sicherlich nicht, daß der Sparer diesen Maximalbetrag von monatlich 20.000 Schilling ausschöpft. Die Einführung einer beträchtlich niedrigeren Obergrenze — sei es beim Volumen, sei es bei der Sparprämie — könnte daher vorgenommen werden, ohne an der angestrebten Differenzierung der Förderung nach Sparformen etwas zu ändern.

*

Der Bundeskongreß hat keine unerwartete Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik gebracht, jedoch ein deutliches Bekenntnis zu einem Konzept des qualitativen Wachstums und zur Umverteilung — auch bei sinkenden Wachstumsraten. Ausdrücklich wurde die Notwendigkeit einer solidarischen Lohnpolitik — also einer Abstimmung der Lohnbewegung zwischen den einzelnen Branchen — und einer Verringerung der Abstände zwischen den niedrigsten und höchsten Einkommen betont. Eine Einkommenspolitik, die sich das Ziel setzt, die nominellen Einkommenssteigerungen bei sinkendem Wachstum zu verringern, wird nur dann glaubwürdig sein, wenn sie bei den Spitzeneinkommen ansetzt.

Das Lebensniveau der Arbeitnehmer wird in Zukunft mehr als bisher vom Ausmaß und der Qualität öffentlicher Leistungen abhängen. Die Gewerkschaften wollen auf die Bedeutung dieser öffentlichen Leistungen hinweisen und damit bei ihren Mitgliedern Aufgeschlossenheit für die Aufbringung der notwendigen Finanzierungsmittel erzeugen. Was der Bundeskongreß von der öffentlichen Hand erwartet, ist »eine Neuorientierung der Budget- und Finanzpolitik mit den Schwerpunkten Verbesserung der öffentlichen Leistungen, soziale Einnahmenpolitik und Änderungen der Wirtschaftsförderung. Sie soll im Rahmen eines umfassenden Wirtschaftskonzeptes einer Steigerung der Sicherheit und Qualität des Lebens dienen«.

»Lebensqualität« und Warenproduktion

Zur Klassenbasis des Ökologismus

Rudolf Burger

I. Warenpropaganda: Integration durch Vereinzelung

Jede Klassengesellschaft steht vor dem Problem der Integration, der Loyalitätsbindung breiter Bevölkerungsmassen an ein sie ausbeutendes System. Die Lösung dieses gesellschaftlichen Grundproblems von Klassengesellschaften ist die objektive Funktion von »Ideologie«. Gelingt sie, so leistet sie die Herstellung eines Scheines harmonisch sinnvoller Vermittlung individueller Ansprüche mit den Funktionsdeterminanten eines gesellschaftlichen Systems sozialer Ungleichheit.¹ Ideologie ist die falsche Versöhnung von Ungleichheit und Gerechtigkeit, von Anspruch und Wirklichkeit: die Sinngebung von Versagung.

Die Sicherung der Massenloyalität in spätkapitalistischen Gesellschaftsformationen nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte wesentlich über das Versprechen der Erhöhung des »Lebensstandards«, in der ideologischen Selbstdarstellung des Kapitalismus als einer Gesellschaftsordnung, die ohne grundlegende Strukturänderungen und Entwicklungssprünge, also unter Beibehaltung ihrer Konstituentien als kapitalistische, zur Konsum- und Wohlstandsgesellschaft werde. »Glück« wurde als privates vorgestellt, realisierbar über den Konsum von Waren und in Warenform angebotener Dienstleistungen. Daß der Inhalt dieser Ideologie der Bestandserhaltung des Systems in mehrfacher Hinsicht diene, liegt auf der Hand: Die Erhöhung der individuellen Konsumtionskraft und die Konsumorientierung breiter proletarischer und kleinbürgerlicher Schichten werden unter spätkapitalistischen Massenproduktionsbedingungen zur ökonomischen und sozialpsychologischen Bedingung der Durchsetzung der *raison d'être* des Kapitalismus, der privaten Kapitalakkumulation.² Unmittelbar ökonomisch sichern sie tendenziell die Realisierung des bei der Produktion von Massenkonsumgütern — und indirekt daher den bei der Produktion von Produk-

tionsmitteln — abgeschöpften Mehrwerts, beschleunigen den Akkumulations- und Expansionsprozeß des Kapitals und wirken der latenten Drohung von Realisierungskrisen entgegen; sozial wirken sie loyalitätsbindend an das politische System und entschärfen Verteilungskämpfe.³ Der strategische Ausdruck dieser »Konsumideologie« ist eine Gewerkschaftspolitik, die ihre ökonomischen Ziele tendenziell auf die Durchsetzung wachstums-optimaler Lohnforderungen verkürzt — durchaus im Bestandsinteresse des Gesamtkapitals auch und gerade dann, wenn diese Politik gegen wechselnde Kapitalfraktionen durchgesetzt werden muß: »Wenn die organisierte Arbeit nicht stark genug wäre, um durchzusetzen, daß die Reallöhne in demselben Verhältnis wie die Produktivität anwachsen, dann würde es an effektiver Nachfrage fehlen, und die kapitalistische Wirtschaft verfiere in Stagnation. Jeder einzelne Kapitalist muß sich individuell einer Lohnforderung widersetzen und versuchen, eine möglichst hohe Profitrate aufrechtzuerhalten; aber die Kapitalisten verdanken ihr Überleben als Klasse der Tatsache, daß sie nicht zu entschieden siegen: der Klassenkampf ist zu einem Spiel geworden, das für die zur Erhaltung der Gesundheit erforderliche Übung sorgt.«⁴ Der funktionsgerechte politische Rahmen für diesen permanenten marginalistischen Bargaining-Prozeß ist die institutionalisierte Klassenkooperation, die in der »durch Duldung legitimierten Sozialpartnerschaft« (E. Matzner) ihren organisatorisch prägnantesten Ausdruck findet.

Über die kreislaufdynamische Stabilisierung hinaus aber hat der »Warenhunger« (Haug), die Fixierung des Bewußtseins auf die Warenwelt der Konsumsphäre, verheerende Folgen für das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft.

Ausbeutung ist ein Begriff, der sich theoretisch herleitet aus der Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß; sinnlich evident aber wurde Ausbeutung historisch vor allem durch das niedrige Reproduktionsniveau, durch ein Konsumniveau des Arbeiters nahe am Existenzminimum: »Solange die große Mehrzahl der Bevölkerung im Elend lebte, das heißt solange ihr alles Lebensnotwendige vorenthalten wurde, mochte sich die Notwendigkeit eines revolutionären Umsturzes der Gesellschaft von selbst verstehen... Das Schlimmste war die Gegenwart; sie hatten nichts zu verlieren. Aber heute ist in den reichsten Ländern nicht mehr so sicher, was das Schlimmste ist...«⁵ Die Erhöhung des über individuellen Warenkonsum gemessenen »Lebensstandards« der arbeitenden Bevölkerung, so dringend notwendig sie war und für die überwiegende Mehrzahl auch in den reichsten Industriestaaten immer noch ist, verschleiert zunehmend das Lohnverhältnis als Gewalt- und Ausbeutungsverhältnis. Dies um so mehr, als auch die Abhängigkeit in der Produktion durch Formalisierung (Arbeitsrecht, Betriebsverfassung) und scheinbare technologische Zwänge entpersonalisiert und verschlicht wurde. Nicht nur die Aufspaltung der Lohnabhängigen in die sozialrechtlichen Kategorien Arbeiter und Angestellte, sondern die für die moderne Produktion und Zirkulation konstitutive Feinstruktur funktionaler Bezüge, welche die klassische horizontale Arbeitsteilung mehrdimensional-komplex entfaltet, führt zu einer Aufsplitterung des subjektiv erfahrbaren gemeinsamen Klasseninteresses in

ein pluralistisches Spektrum von Gruppen- und Einzelinteressen. Ein ausdifferenziertes Gratifikationssystem, das die Funktionshierarchisierung scheinbar leistungsgerecht abbildet, wirkt dabei durch Weckung individueller Aufstiegserwartungen eher zusätzlich entsolidarisierend, statt den gemeinsamen Widerstand der durch es geköderten hervorzurufen: die kleinbürgerliche Erwartung einer Verbesserung der sozialen Lage durch individuelle Anstrengung im System ersetzt die proletarische Hoffnung auf die Emanzipation der Klasse aus dem System. Die Konkurrenz, welche die Monopole zunehmend durch rationalere Kooperationsformen ersetzen, findet nunmehr unter den Lohnabhängigen selbst statt — ein Beispiel für »sinkendes Kulturgut«.

Die desolidarisierende Konkurrenz in der Produktionssphäre, der Kampf um Status und Aufstieg, die Unterdrückung des Arbeiters durch den Arbeiter, ermöglicht durch die Struktur und die Organisation der modernen Produktion, verlören für den einzelnen ihren ökonomischen Sinn, wäre ihr Erfolg nicht zu messen an dem durch ihn vermittelten Ausmaß der Zugänglichkeit der produzierten Güter in der Konsumsphäre: der Gebrauchswertmenge der durch Kauf erwerbbaaren Waren und die abschließend-individuelle Form der Bedürfnisbefriedigung durch Warenkonsum. Da Lebenschancen im Spätkapitalismus zunehmend über Warenkonsum realisiert werden, hat Warenpropaganda über ihre kreislaufökonomische Dynamisierungsfunktion hinaus sozial stabilisierende Wirkung gerade durch die borniert egoistische Bedürfnisbefriedigung, die sie den Menschen abverlangt und allein erlaubt: der »Warenfetischismus« ist die irrational-rationale, das heißt im Rahmen des ideologischen Verblendungszusammenhanges allgemein vernünftig scheinende Form des Subjektverhaltens in der entfalteten bürgerlichen Gesellschaft. »Die Ware lockt mit Liebesaugen« (Marx): »Arbeite mehr, verdiene mehr, dann kannst du mich haben.« »Leben« in fremdbestimmter Arbeit entäußert, wird scheinbar wieder angeeignet durch Kauf und ausgegrenzt gegen andere. Der über Austauschbeziehungen vermittelte Zusammenhalt des Marktes führt zur Vereinzelung der Individuen in einander gleichgültige Warenbesitzer. Er integriert durch Desintegration. Klasse an sich hört auf, Klasse für sich zu sein.

Im florierenden »Wirtschaftswunder« des spätkapitalistischen Nachkriegseuropas, in dessen Konsequenz die Warenbeziehungen in den reichen Ländern das historische Subjekt der Arbeiterklasse ideologisch dissoziierten, die Arbeiterschaft in ihren Partei- und Gewerkschaftsorganisationen politisch nur noch äußerlich umklammert blieb, diese klassischen Kampforganisationen ihrerseits damit notwendig zu Institutionen des bürgerlichen Staates erstarren mußten und als bürokratische Interessenvertretungen zugleich den staatsbewußten Juniorpartner des Wirtschaftswachstums stellten, konnte Adorno die »grausam-komische« Frage stellen: »Wo ist das Proletariat?«⁶ Denn unter diesen Umständen wurde in den reicheren Industriegesellschaften des Westens jeder radikal sozialistischen Politik der notwendige Boden einer kämpferischen Massenbasis entzogen. Umgekehrt: die traditionellen Arbeiterorganisationen sehen sich zur Sicherung der Basisloyalität ihrer Mitglieder zunehmend auf die mög-

lichst reibungslose Bestandssicherung von Arbeitsplätzen und die Erhöhung des individuellen Konsumniveaus zurückgeworfen. Damit aber können sie nicht mehr die in einem historischen Interpretationsrahmen erfahrbaren objektiven Interessen der Klasse vertreten, sondern nur noch die im bestehenden Produktions- und Verwertungszusammenhang sich bildenden subjektiven Interessen der die Klasse konstituierenden Individuen. Sie bleiben an die Funktionslogik der kapitalistischen Produktionsweise gebunden: ihre Politik wird selbst »Moment der Bewegung des Kapitals« (Marx). Sozialistische Zukunftsperspektiven schrumpfen tendenziell zu Techniken der langfristigen Sicherung der Möglichkeit von erleichterter Lohnarbeit.

Freilich bleibt das rein ökonomische Funktionieren der Gesellschaft, die krisenfreie Aufrechterhaltung von Produktions- und Austauschprozessen, objektives sozialpsychologisches Ziel der Ideologie von der »Leistungs- und Konsumgesellschaft«, zugleich Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit der Ideologie selber: die Arbeitsplätze müssen, wenn auch mit strukturellen Umschichtungen, erhalten bleiben, »Aufstiegschancen« müssen gewahrt, die reale Kaufkraft erhöht, das Warenangebot verändert und erweitert werden. Die Stabilität der Ideologie von der »Verwandlung der Menschheit in Kundschaft« (Adorno) ist damit ebenso prekär wie das ökonomische System selbst, das sie sozialpsychologisch zusammenleimt. Da die Gesellschaft, wie sie ist, zu ihrer eigenen Ideologie wurde, diese nicht mehr transzendent verankert ist (»Nichts bleibt als Ideologie zurück, denn die Anerkennung des Bestehenden selber...«),⁷ ist auch nicht zu erwarten, daß diese ihre sozialintegrative Kraft über längere und tiefergehende ökonomische Krisenerscheinungen aufrechtzuerhalten vermag. Tatsächlich erlebte sie ihre Blüte in der Phase der Rekonstruktion und Konsolidierung des Kapitalismus in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg; in der Krise von 1966/67 begann sie bereits zu welken, half zwar wesentlich bei ihrer Überwindung mit und konnte sich in der folgenden Aufschwungphase wieder konsolidieren, war aber nicht mehr in der Lage, gesellschaftliche Randgruppen außerhalb der eigentlichen Produktion, wie Teile der Studentenschaft, voll zu integrieren.

Andererseits berechtigt die Vermutung der relativen Fragilität der Warenideologie des Spätkapitalismus nicht zu der naiven Hoffnung, daß die reale Entwicklung ihren Opfern schon »Dialektik einpauken« werde, auch die Zunahme der Arbeitskämpfe seit dem Winter 1973/74 berechtigt nicht zu einer solchen zynisch-quietistischen Haltung. Nichts garantiert, daß die spätkapitalistische Gesellschaft im Zustand einer länger andauernden und tiefergehenden Krise revolutionär wird, sie wird eher anomisch. Zu befürchten ist, daß die dann zu erwartenden — weil für die Systemerhaltung notwendig werdenden — Formen von Integration durch administrative und offene Gewalt und von Versorgung durch Rationierung des Mangels nicht nur auf keinen organisierten und geschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft treffen, sondern daß ihre als Interessenvertretungen Institution gewordenen, ehemaligen Kampforganisationen als brauchbare Disziplinierungsinstrumente des bürgerlichen Staates sich erweisen könnten.

II. Lebensqualität: Authentizität und Ideologie

Die Frage nach den Möglichkeiten der Abwehr einer in Krisensituationen drohenden autoritären Systemintegration, erst recht die Frage nach den Bedingungen offensiver sozialistischer Praxis in emphatischem Sinn, sieht sich daher vor allem vor das Problem der Rekonstitution von Klassenbewußtsein unter spätkapitalistischen Produktions- und Austauschverhältnissen gestellt.⁸ Die relativ neuen Parolen zur »Verbesserung der Qualität des Lebens« und die begrifflichen und emotionalen Assoziationsfelder, die sich daran anlagern, verdienen aus diesem Gesichtspunkt höchste Aufmerksamkeit. Denn damit scheint der Konsumfetisch ins Wanken gebracht: »Ab Mitte der sechziger Jahre ist ein Abrücken von den Thesen der Konsumgesellschaftstheorie zu verzeichnen«, schreibt etwa Barbara Kowalzik.⁹ Sie deutet dieses Phänomen aber allzu verschwörungstheoretisch und linear als neue Form manipulativer Herrschaftstechnik, wenn sie schreibt: »Die bewußt erzeugte Konsumeinstellung stützte das System nicht mehr, sondern wurde zu einem Faktor, der das kapitalistische System politisch und ökonomisch gefährden konnte . . . einen Weg zu diesem neuen Ideal und dieser neuen Lebenseinstellung verheißt den imperialistischen Ideologen die These von der »Verbesserung der Qualität des Lebens«. Mit ihr versuchen sie die Illusion einer menschlichen Ordnung unter kapitalistischen Verhältnissen neu zu wecken, durch die Verschmelzung von Wohlstand, menschlichen Beziehungen und sozialer Sicherheit.«¹⁰ Hier wird zu sehr »in beliebter Aufklärungsmanier des 18. Jahrhunderts« (Marx) Ideologie mit gemachter Lüge berufsdemagogischer Drahtzieher gleichgesetzt. Insbesondere aber ist nicht einzusehen, warum eine Abkehr von der »Konsumeinstellung« so ohne weiteres im ökonomischen Interesse des (Gesamt-)Kapitals liegen sollte. Denkbar allenfalls, daß die unmittelbar ökonomischen und die politisch-ideologischen Erfordernisse der Systemintegration ab einem gewissen Punkt der Entwicklung auseinanderfallen und in Widerspruch zueinander geraten. Genauer trifft den Sachverhalt ihre Feststellung: »Der etwas verschwommene Begriff der Lebensqualität ist unter anderem entstanden als theoretische Abwehr der kleinbürgerlich-liberalen Kulturkritik an der Propagierung der Konsumgesellschaft.«¹¹

Vor allem ist jedoch festzuhalten, daß der programmatische Begriff »Lebensqualität« anfänglich nicht von seiten bürgerlicher Theorie formuliert und propagiert wurde — er schillert heute noch in allen Farben —, sondern daß er eher spontan als Parole einer neopoujadistischen Bewegung in Zusammenhang mit Umweltschutzinitiativen seine Verbreitung fand.¹² Die Forderungen nach mehr »Lebensqualität«, nach »Umweltschutz« und bestenfalls »qualitativem Wachstum« und ähnliches, knüpfen an höchst reale Probleme an und mußten gar nicht zur künstlichen Schaffung eines falschen Bewußtseins von oben herab verordnet werden. Der Begriff »Lebensqualität« hatte von Anfang an einen stark ökologistischen Charakter und hat ihn noch — die sozialen Felder bilden eher die Corona des Begriffs, nicht seinen Kern: »Begriffe der Umwelt sind der Ausgangspunkt für die Qualität des Lebens.«¹³ Daß der Begriff in der bürgerlichen

Sozialwissenschaft immer noch einen Fremdkörper bildet, zeigen unter anderem die hilflosen Versuche der Sozialindikatorendebatte, ihn zu assimilieren. Zur Parole kristallisiert, hat die neue Ideologie ihre politische Wirksamkeit gezeigt: die massive Forderung nach »Umweltschutz«, die sie impliziert, bringt tausende Menschen auf die Straßen, mobilisiert sie gegen den Bau von Kernkraftwerken, chemischen Fabriken, Flughäfen, Raffinerien und gegen ähnliche technische Großprojekte. Die in ihrem Namen auftretende Bewegung nimmt zeitweise die Dimensionen einer Massenbewegung an, Dimensionen, die die Arbeiterbewegung in den Industriestaaten Westeuropas lange nicht erreichte. In ihrem unmittelbaren Auftreten legt die im Namen der Verbesserung der Lebensqualität auftretende Bewegung sich quer zu den Expansionsinteressen des Großkapitals.

Damit soll nicht behauptet werden, daß Umweltschutz und Lebensqualität kein Geschäft sei.¹⁴ Von der Kläranlage bis zum Abgasfilter wird Umweltschutz stückweise als Ware verkauft, und »Lebensqualität am Arbeitsplatz« und »menschengerechte Technologie« sind nicht nur ein gutes Geschäft für Zulieferindustrien,¹⁵ sondern vor allem eine Prophylaxe gegen eine Wiederholung und Ausbreitung Detroit und Turiner Vorfälle, wo Arbeiter die Produktion sabotierten und Fließbänder zerstörten. Ebenso wenig soll bestritten werden, daß der Begriff von bürgerlichen Parteien wahltaktisch-manipulativ gewendet wird: Durch seinen vagen Forderungscharakter, die schiere Unmöglichkeit ihn einzugrenzen und verbindlich zu konkretisieren, öffnet er Tür und Tor für politische Demagogie (siehe Anmerkung 12). Aber ebenso offensichtlich ist, daß die aus dem Begriff »Lebensqualität« herausdestillierten Derivate von politischen, ökonomischen und ökologischen Forderungen das Geschäft des Großkapitals auch vermessen können. Denn im Innersten drückt er genuine antikapitalistische Ressentiments der Massen aus. »Ihrer logischen Struktur nach . . . ist die Forderung nach einer politisch zu verbessernden Qualität des Lebens eine in ihren Implikationen antikapitalistische Forderung; daran ändert der Umstand wenig, daß dies gegenwärtig von den Gegnern dieser Forderung genauer gesehen wird als von ihren Protagonisten.«¹⁶ Intentional durchstößt der Begriff »Lebensqualität« den Fetischcharakter des Warenschleiers und nennt den durch Tauschbeziehungen verstellten Gebrauchswert der Welt wieder beim Namen; insofern ist er revolutionär. Aber wie er geht und steht, beschwört er in abstrakter Unmittelbarkeit naturwüchsige Zustände, ist zivilisationsfeindlich und reaktionär. Am deutlichsten wird diese Zwiespältigkeit an der unter kapitalistischen Verhältnissen grotesken Forderung nach Wachstumsbeschränkung oder gar »Nullwachstum«.¹⁷ Denn im Kapitalismus ist die »erweiterte Reproduktion«, also das ökonomische Wachstum, ein strukturelles Funktionserfordernis des Systems und nicht das Ergebnis einer individuellen Manie der einzelnen Kapitalisten, einem »Bereicherungstrieb« oder einer »Investitionsneigung«, welche mit dem gutmütig-naiven Verordnen »neuer Werte«, mit ein bißchen Einsicht und gutem Willen aus der Welt zu schaffen wären: »Der kapitalistische Produktionsprozeß ist wesentlich und zugleich Akkumulationsprozeß«¹⁸ — gerade darin, in der Anhäufung von Produktivkapital, in der über die Konkurrenz und den Kampf um den relativen Mehrwert

vermittelten Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, dem stürmischen wissenschaftlich-technisch-industriellen Fortschritt der Naturbeherrschung und -ausbeutung, in dieser rasanten Entwicklung, welche die einfache Reproduktion vorkapitalistischer Wirtschaftsordnungen gesprengt hat, gerade darin lag ja das historische Verdienst des Kapitalismus. Dagegen ist die Parole vom »Nullwachstum« der heute ebenso verständliche, weil an den Horizont des historisch Notwendigen gerückte, wie in seiner gesellschaftstheoretischen Unbedarftheit bewußtlose Protest gegen eine Fortführung dieses Akkumulationsprozesses angesichts einer Situation, in der die weitere »Entfesselung« der im Schoße des Kapitalismus ausgebrüteten Produktivkräfte rapide umschlägt in die Freisetzung von Destruktivkräften der Naturbasis. In dieser Parole wird damit eine Ahnung ausgesprochen von der heraufdämmernden Notwendigkeit und potentiellen Möglichkeit einer harmonischen Homöostase von Ökonomie und Ökologie, einer einfachen Reproduktion auf technologisch hoher Stufe, einem Leben in Muße und Freiheit in einer Gesellschaft, die ihre heutigen Zwangsglieder freigibt; unter den herrschenden Verhältnissen aber wird deren kapitalistische Travestie provoziert: Krise, Depression und Arbeitslosigkeit. An der absurden Propaganda vom »krisenfreien Nullwachstum im Kapitalismus« kündigt sich schlagend der kleinbürgerliche Charakter dieser neuesten Ideologie im Spätkapitalismus schon an: ihre rein phänomenalistische, begriffslose Begrifflichkeit sowohl als ihr antikapitalistischer Impuls. Wie jede kleinbürgerliche Ideologie im Urzustand ist sie ambivalent. »Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die europäische Linke sich auf die ökologische Bewegung nicht eingelassen hat. Sie nimmt zwar gewisse Momente aus der Umweltdiskussion in das Repertoire ihrer antikapitalistischen Agitation auf, verhält sich aber der zugrundeliegenden ökologischen Hypothese gegenüber skeptisch und vermeidet es, mit rein ökologisch orientierten Gruppen Bündnisse einzugehen.«¹⁹

Für die materialistische Linke stellt sich nichtsdestoweniger die grundsätzliche Frage, wie diese Ideologie, vor allem aber, wie die in ihrem Namen auftretende Bewegung von Bürgerinitiativen langfristig einzuschätzen sei. In der Folge soll ein Beitrag zu den Versuchen zur Beantwortung dieser Frage gemacht werden. Ist sie doch nicht allein von theoretischem Interesse, sondern zugleich von eminent praktisch-politischer Bedeutung. Eine Antwort auf sie kann sich nicht damit begnügen zu konstatieren, daß die Bewegung und ihre Ideologie kleinbürgerlich-ambivalent sei, daß sie je nach ihrem aktuellen Auftreten, ihren Inhalten und Intentionen eine andere Haltung verlange. Wird die Antwort auf diese Weise nach tagespolitischer Opportunität und aktuellen Inhalten und Zielen einer Aktion ad hoc gegeben, so verliert die Linke auf einem vermutlich wichtiger werdenden Gebiet die Initiative: statt zu agieren, reagiert sie. Umgekehrt kann natürlich eine allgemeine Antwort keine dogmatische Position pro oder kontra Bürgerinitiativen begründen — diese wird nach wie vor von deren konkreten Inhalten und dem jeweiligen situativen Kontext abhängen —, wohl aber muß sie im gleichen Maße zur Entwicklung einer grundsätzlichen strategischen Linie beitragen können, wie die im Namen der Wahrung und Verbesserung der »Lebensqualität« auftretenden, über-

wiegend ökologistischen Bürgerinitiativen selbst strukturelle Gemeinsamkeiten erkennen lassen. Dazu aber ist eine genauere Untersuchung ihrer *Klassenbasis* erforderlich.

Um die Analyse des scheinbaren Widerspruchs und des relativen Stellenwerts von »Konsumideologie« und »Lebensqualität«, das scheinbare Umschlagen der Ideologie in ihr Gegenteil, weiterzubringen, ist zunächst festzuhalten, daß keine Rede davon sein kann, daß die »Umweltzerstörung«, gegen die sie heute protestiert, etwas historisch Neues sei. Denn der Fortschritt des Kapitalismus war immer schon »nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in der Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist ist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten zum Beispiel, von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«²⁰ Die massenhafte Zerstörung der »Umwelt« setzt spätestens mit der Industrialisierung Europas und Nordamerikas ein, nur blieb ihre Sichtbarkeit lange Zeit *räumlich* auf die industriellen Zentren und *sozial* auf die Erlebnissphäre des um diese Zentren zusammengepferchten Industrieproletariats konzentriert und beschränkt.

III. Zur Klassenbasis des Ökologismus I

Um das Ausmaß der »Umweltzerstörung« und des Elends, auch des »ökologischen« Elends, des Proletariats im 19. Jahrhundert ins Gedächtnis zu rufen, mag ein längeres Zitat aus »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« von F. Engels aus dem Jahre 1845 genügen: »Jede große Stadt hat ein oder mehrere »schlechte Viertel«, in denen sich die arbeitende Klasse sammelt. Oft freilich wohnt die Armut in versteckten Gäßchen dicht neben den Palästen der Reichen; aber im allgemeinen hat man ihr ein apartes Gebiet angewiesen, wo sie, aus den Augen der glücklicheren Klassen verbannt, sich mit sich selbst durchschlägt, so gut es geht. Diese schlechten Viertel sind in England in allen Städten ziemlich egal eingerichtet — die schlechtesten Häuser in der schlechtesten Gegend der Stadt; meist zweistöckige oder einstöckige Ziegelgebäude in langen Reihen, möglicherweise mit bewohnten Kellerräumen und fast überall unregelmäßig angelegt... Die Straßen selbst sind gewöhnlich ungepflastert, höckerig, schmutzig, voll vegetabilischen und animalischen Abfalls, ohne Abzugskanäle oder Rinnsteine, dafür aber mit stehenden, stinkenden Pfützen versehen. Dazu wird die Ventilation durch die schlechte, verworrene Bauart des ganzen Stadtviertels erschwert, und da hier viele Menschen auf einem kleinen Raume leben, so kann man sich leicht vorstellen, welche Luft in diesen Arbeiterbezirken herrscht.« Und weiter: »Der große Industriebezirk in der Mitte der britischen Insel, der dichtbevölkerte Strich

von West-Yorkshire und Süd-Lancashire, gibt mit seinen vielen Fabrikstädten den übrigen großen Städten nichts nach... Die Täler des Aire, an denen Leeds liegt, und des Calder, durch welche die Manchester-Leeds-Eisenbahn läuft, gehören zu den anmutigsten Englands und sind überall mit Fabriken, Dörfern und Städten besät... Leeds liegt... an einem sanften Abhänge, der in das Tal des Aire hinabläuft. Dieser Fluß durchschlingt die Stadt auf einer Länge von ungefähr anderthalb (englischen) Meilen und ist während des Tauwetters oder heftiger Regengüsse starken Überschwemmungen ausgesetzt. Die höhergelegenen, westlichen Stadtteile sind für eine so große Stadt reinlich, aber die niedrigen Gegenden um den Fluß und seine tributären Bäche sind schmutzig, eng und schon an und für sich hinreichend, um das Leben der Einwohner — besonders kleiner Kinder — zu verkürzen; hiezu noch gerechnet den ekelhaften Zustand der Arbeiterbezirke um Kirkgate, March Lane, Cross Street und Richmond Road, der sich hauptsächlich von ungepflasterten und abflußlosen Straßen, unregelmäßiger Bauart, den vielen Höfen und Sackgassen und der gänzlichen Abwesenheit auch der gewöhnlichsten Reinlichkeitsmittel beschreibt — das alles zusammengekommen, und wir haben Ursachen genug, um uns die übergroße Sterblichkeit in diesen unglücklichen Regionen des schmutzigsten Elends zu erklären. Infolge der Überschwemmungen des Aire (der, wie hinzugefügt werden muß, gleich allen der Industrie dienstbaren Flüssen am einen Ende klar und durchsichtig in die Stadt hinein- und am anderen dick, schwarz und stinkend von allem möglichen Unrat wieder hinausfließt) werden die Wohnungen und Keller häufig so voll Wasser, daß dies auf die Straße hinausgepumpt werden muß; und zu solchen Zeiten steigt das Wasser, selbst wo Kloaken sind, aus denselben in die Keller — man vergesse nicht, daß diese »Keller« keine Rumpelkammern, sondern Wohnungen für Menschen sind —, erzeugt miasmatische, stark mit Schwefelwasserstoffgas vermischte Ausdünstungen, und hinterläßt einen ekelhaften, der Gesundheit höchst nachteiligen Rückstand.«²¹

Wenn daher die Umweltzerstörung in großem Maßstab mindestens so alt ist wie der Industriekapitalismus selbst, so hat sie anderseits mit der Expansion und Vervielfachung der Industriezonen, mit der Massenproduktion und der physiko-chemischen Aggressivität moderner Produktionstechnologien objektiv insofern eine qualitativ neue Stufe erreicht, als sie tendenziell das ökologische Gleichgewicht des ganzen Planeten gefährdet. Der subjektiv erlebbare Bereich »zerstörter Umwelt« hat sich dabei räumlich und sozial in dem Sinne ausgeweitet, daß er jetzt auch die Reproduktionssphäre mittelständischer Sozialschichten mit einbegreift. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich jedoch aus den gleichen Gründen, welche die ökologische Zerstörung tendenziell ins Globale gesteigert haben, nämlich gerade aus Gründen der enorm gesteigerten Produktion für den Massenkonsum, das Problem in seiner unmittelbaren Erlebbarkeit für das Proletariat eher entschärft: Ein Blick auf die Sozialgeschichte des Elends genügt, um zu sehen, daß bei diesem »Umbau der Welt in ein Großchicago mit etwas Landwirtschaft dazwischen« (E. Bloch) das Proletariat in seinen reproduktiven Lebensbedingungen weniger zu verlieren hatte als der Mittelstand. Es ist daher zu vermuten, daß die Wurzel der Ideologie der

»Lebensqualität« in der zunehmenden Proletarisierung der Lebensbedingungen des Kleinbürgertums und des Mittelstandes liegt.

Tatsächlich geht dieser Proletarisierungsprozeß auf mehreren Dimensionen gleichzeitig vor sich. Die relative Angleichung proletarischer und kleinbürgerlicher Lebensbedingungen außerhalb der Arbeitswelt durch Erhöhung des materiellen Reproduktionsniveaus der Arbeiterschaft führt zu einer tendenziellen Einebnung äußerlicher Klassen- und Schichtmerkmale, Lebensformen und Lebensinhalte und zu einer teilweisen Klassenpromiskuität in der Konsum- und Reproduktionssphäre, die, wie oben skizziert, durch spätkapitalistische Massenproduktionsbedingungen ökonomisch erzwungen wird. Gleichzeitig werden die Arbeitsbedingungen der lohnabhängigen, aber dem Kleinbürgertum sich sozial zurechnenden, mittleren Angestelltenschicht durch technische und organisatorische Rationalisierung der Büroarbeit, Arbeitsteilung, Leistungskontrolle, Einschränkung der Dispositionsfreiheit und so fort den strukturellen Formen proletarischer Arbeit angenähert.²²

Drittens und vor allem aber wird in der Reproduktionssphäre der nicht unmittelbar über Warenerwerb vermittelte Lebensbereich des Mittelstandes auf ein Niveau heruntergebracht, das traditionell dem proletarischen Lebenszusammenhang vorbehalten war: Die »Exkremente der Produktion und Konsumtion« (Marx) dringen jetzt bis in den Lebensraum der Kleinbourgeoisie. Die Fluchtkosten in eine »reine Umwelt« steigen in einem Ausmaß, daß sie nur mehr vom Großbürgertum getragen werden können. Während für den Angestellten innerhalb des Produktionsbereichs zumindest der Schein individueller Aufstiegsmöglichkeiten aus dem für die ganze Schicht sich proletarisierenden Arbeitsmilieu durch Internalisierung von Leistungs- und Anpassungsnormen gewahrt, ja über die tendenzielle Verbesserung von »Chancengleichheit«, durch den Ausbau von Fort-, Weiter- und Umschulungsmöglichkeiten, ein Schein von Dynamik erweckt wird, welcher die Fiktion einer Fluchtmöglichkeit aus dem drohenden proletarischen Arbeitsmilieu aufrechterhält, wird in der Reproduktionssphäre auch der mittlere Manager mit sinnlich evidenter Unausweichlichkeit in den proletarischen Lebenszusammenhang hineingezogen. Die im »Leistungsprinzip« bis aufs Skelett abgemagerte Ideologie des Liberalismus mit ihrem subjektivistischen Erfolgskalkül stützt immer noch die moralische Input/Output-Matrix des Kleinbürgers und rechtfertigt beruflichen Aufstieg und Untergang durch individuelles Verdienst und Verschulden; sie versagt in der Rechtfertigung der — individuellen Anstrengung gegenüber resistenter — Verelendung der Reproduktion, zerbricht mit dem gestörten Genuß des Erworbenen. Gleichzeitig mit der Erweiterung der Warenschwemme zerstört die hochtechnisierte Massenproduktion des Spätkapitalismus die (noch) nicht der privaten Kapitalverwertung unterworfenen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft (wie »Natur«, öffentliche Einrichtungen) — diese neuen Mangelbereiche müssen durch Warenkonsum wiederum gedeckt werden. Dadurch steigen, wie Offe klargemacht hat, die realen Reproduktionskosten der Arbeitskraft, steigt der im individuellen Warenkonsum gemessene »Lebensstandard«, ohne daß das Lebensniveau im gleichen Maße steigen müßte. Offe meint sogar, daß

das Gegenteil der Fall sei: »In allen hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften, auch und gerade in denjenigen, die sich mit dem Begriff des »Wohlfahrtsstaates« schmücken, treffen wir heute die Situation an, daß die (in der Regel) steigenden *Realeinkommen* hinter den ebenfalls wachsenden *gesellschaftlichen Reproduktionskosten* der Arbeitskraft dauernd zurückzubleiben drohen und sie immer nur zeitweise *einholen*, wobei also von einer Erhöhung des Wohlstandes . . . (im Sinne von) Teilhabe an Gütern und Leistungen, die nicht nur der Bereitstellung und Erhaltung von Arbeitskraft unter geltenden technischen, organisatorischen und kulturell-ideologischen Kriterien dienen, keine Rede sein kann.«²³ Das, was an gleichsam apriorischen natürlichen und gesellschaftlichen Lebensvoraussetzungen das Individuum, insbesondere das bürgerliche Individuum, traditionellerweise vorzufinden erwarten durfte, wird zerstört und muß durch Warenerwerb ersetzt werden; vieles, was als Konsumtionsmittel für die Vermehrung von Genuß und privater Bequemlichkeit ausgegeben und verstanden wird, hat in Wahrheit die Funktion eines Produktionsmittels für die notwendige Reproduktion der Arbeitskraft. Der »Warenhunger« im Spätkapitalismus hat seine Ursache daher nicht nur in Manipulation und Verblendung, sondern durchaus auch seine materielle Basis im Reproduktionsinteresse des Konsumenten, das sich durch *neue gesellschaftliche Mangelbereiche* definiert: In der Befriedigung nicht bloß »falscher«, dem Individuum subjektiv anmanipulierter Bedürfnisse, wohl aber »gemachter«, durch die gesellschaftliche Struktur objektiv erzeugter Bedürfnisse, welche zugleich in Warenform befriedigt werden können und müssen. In dem Maße jedoch, wie das Warenuniversum der Konsumsphäre sich ausdehnt, bisher nicht dem Äquivalententausch unterworfenen Lebensbereiche seiner Geltung integriert, vom Naturerlebnis bis in den privaten Schlupfwinkel hinein Lebensbedingungen technologisch aufbereitet und in Warenform vermittelt werden, ändert die bürgerliche Rezeption der »Umwelt« qualitativ ihren Charakter: *Mit der Massenware treten die Menschenmassen in das bürgerliche Gesichtsfeld.*

Am klarsten hat dies von bürgerlicher Seite Ortega y Gasset in seinem Essay »Der Aufstand der Massen« ausgesprochen, der wegen seiner Breitenwirkung Beispielcharakter beanspruchen darf: »Es gibt eine Tatsache, die das öffentliche Leben Europas in der gegenwärtigen Stunde (wir schreiben das Jahr 1930, R. B.) . . . entscheidend bestimmt: das Heraufkommen der Massen zur vollen sozialen Macht . . . Wir nähern uns dieser historischen Erscheinung vielleicht am besten, wenn wir uns auf eine visuelle Erfahrung stützen und einen Zug unserer Zeit hervorheben, der mit Augen zu sehen ist . . . ich nenne ihn die Tatsache der Anhäufung, der Überfüllung . . . es gibt zu viele Passanten auf der Straße, zu viele Patienten in den Wartezimmern berühmter Ärzte; Theater und Kinos, wenn sie nicht ganz unzeitgemäß sind, wimmeln von Zuschauern, die Badeorte von Sommerfrischlern. Was früher kein Problem war, ist es jetzt unausgesetzt: einen Platz zu finden.«²⁴ Im 19. Jahrhundert war es für das Proletariat sehr wohl ein Problem »einen Platz zu finden«, und sei es nur, um irgendwie zu vegetieren; es war allerdings nicht in der Lage, »in den Wartezimmern berühmter Ärzte« zu drängeln und dem Bürger durch seine auf-

dringliche Anwesenheit auf die Nerven zu fallen, auch nicht in den Badeorten als Sommerfrischler zu »wimmeln«, solange es keinen gesetzlichen Mindesturlaub gab. Hören wir noch einmal Engels und das Jahr 1845: »Oft ist eine ganze irische Familie in *einem* Bett zusammengedrängt; oft verbirgt ein Haufen schmutziges Stroh und Decken von altem Sackleinen alle in einem ununterscheidbaren Haufen, wo jeder durch Mangel, Stumpfsinn und Liederlichkeit gleich erniedrigt ist. Oft fanden die Inspektoren in einem Hause mit zwei Zimmern zwei Familien; in dem einen Zimmer schliefen sie alle, das andere war gemeinsames Eßzimmer und Küche; und oft wohnte mehr als eine Familie in einem einstubigen feuchten Keller, in dessen pestilenzialischer Atmosphäre zwölf bis sechzehn Menschen zusammengedrängt waren.«²⁵ Aber der Bürger Ortega meint: »Menschenansammlungen, Überfülltheit waren früher nicht häufig. Warum sind sie es jetzt?«²⁶ »Überfülltheit« war sehr wohl häufig, aber die Bourgeoisie hat sie in der *Konsumsphäre* nicht gesehen, denn das Proletariat lebte im sozialen Getto des Elends, in einer anderen Welt. Es war das ökonomische Interesse des sich entwickelnden Kapitalismus selbst, das es als Konsumenten der Massenproduktion benötigte und dadurch jene »Klassenpromiskuität der Konsumsphäre« schuf, von der wir gesprochen haben und die den Mittelstand schreckt. Jetzt werden die Massen störend sichtbar: »Jetzt (sehen) unsere Augen überall nur Mengen. Überall? Nein; gerade an den vornehmsten Stellen, die, als verhältnismäßig verfeinerte Schöpfungen der menschlichen Kultur, vorher ausgewählten Gruppen, mit einem Wort, den Eliten vorbehalten waren. Die Menge ist auf einmal sichtbar geworden und nimmt die besten Plätze der Gesellschaft ein. Früher blieb sie, wenn sie vorhanden war, unbemerkt; sie stand im Hintergrund der sozialen Szene. Jetzt hat sie sich an die Rampe vorgeschoben ... Es gibt keinen Helden mehr; es gibt nur noch den Chor.«²⁷ Vor rund einem halben Jahrhundert, als der Essay geschrieben wurde, war dieser Prozeß der sozialen Durchmischung in seiner Bedeutung nur wenigen bürgerlichen Intellektuellen bewußt; erst mit der spätkapitalistischen Massenproduktion hat er seine volle Wirksamkeit und Sichtbarkeit entfaltet. Dadurch aber ist das Bürgertum, insbesondere der Mittelstand, in seiner sozio-kulturellen Identität bedroht — die Großbourgeoisie hat ihre sozialen Inseln immer noch, aber nur noch diese.

Daher bedeutet auch »Umweltschutz« nicht nur Schutz der Natur vor physischen Zerstörungen durch materielle Produktionsprozesse, mitgemeint ist immer auch der Schutz der Natur vor proletarischen Massen: Der gestörte Friede der Natur ist die öffentliche Erscheinungsform des gestörten Friedens bürgerlicher Privatheit. *Gegen diesen relativen und absoluten Status — und drohenden sozialen Identitätsverlust des Mittelstandes, der in dem Moment eintritt, in dem der konsumtive »Lebensstandard« des Proletariats sich spürbar erhöht hat, hat »Lebensqualität« wesentlich auch die Funktion einer Abwehrideologie.* Es ist daher nur scheinbar paradox, wenn der Begriff »Lebensqualität« immer auch etwas von einer Entsagungsparole an sich hat und mit Maßhalteappellen verschwägert ist: er ist die Negation des Warenwohlstands im Rahmen des Warenwohlstands.

In der in ihr ausgedrückten Erfahrung, daß das Glücksversprechen des

Warenkonsums uneingelöst bleibt, daß ein steigendes, im Warenverbrauch sein Maß findendes Konsumniveau durchaus mit einer Herabsetzung des Reproduktionsniveaus und einer Verarmung des Lebens einhergehen kann, hat die Ideologie der »Lebensqualität« jedoch zugleich ihre klassenunabhängige Wahrheit und menschliche Authentizität. Sie kann deshalb auch proletarische Schichten ergreifen. Es ist daher immerhin möglich, daß sie von diesen Inhalten weitergetrieben und konkretisiert wird, an denen proletarisches Klassenbewußtsein sich aufrichten könnte: zu Forderungen nach Erfüllung kollektiver sozialer Bedürfnisse, die nicht in Warenform befriedigt werden können. So könnten durch Forderungen nach Herstellung basisdemokratischer Arbeitsbeziehungen, die aus dem Begriff »Lebensqualität« auch ableitbar sind, Konfliktpotentiale aufgebaut und Arbeitskämpfe eskaliert werden, die in ihrer Stoßrichtung über die kapitalistische Warenproduktion hinausweisen, insbesondere den Warencharakter der Arbeitskraft selbst in Frage stellen; ein Konfliktpotential, das über reine Lohnforderungen im Zeitalter der »säkularen Inflation« (Hofmann) nicht mehr erreichbar ist, denn: »Der ökonomische Kampf der Arbeiter hat nicht als systemsprengendes Element gewirkt, sondern war vielmehr notwendig, um einen Binnenmarkt zu schaffen, der die Expansion der kapitalistischen Produktion ermöglichte.«²⁸ Eine solche praktische Ausdeutung des Begriffs »Lebensqualität« ist immerhin möglich, sie muß jedoch vor dem Hintergrund des Wissens geschehen, daß es sich dabei um den Versuch handelt, eine in ihrem Ursprung kleinbürgerliche Ideologie so umzugießen und zu transformieren, daß sie zur Stützung sozialistischer Strategien und zur Mobilisierung von Aktionen, die den Produktionsprozeß selbst betreffen, dienen kann. Daß dieses Unternehmen ebenso notwendig wie in sich widerspruchsvoll ist, zeigt eine Analyse der »Bürgerinitiativen« als der Bewegung, in denen die Ideologie der »Lebensqualität« bisher tatsächlich »die Massen ergreift«.²⁹

Nun ist es gegenüber der überwiegenden Mehrzahl bisheriger Bürgerinitiativen sicher eine heroische Übertreibung, von »Massenbewegungen« zu sprechen.³⁰ In ihren politischen Zielsetzungen meist eher bescheiden, regional zersplittert, instabil und sozial inhomogen, machen sie lokale »Übelstände«, Planungsdefizite und Mankobereiche der Reproduktions-sphäre, die als Fehlleistungen der Administration interpretierbar sind, dingfest: »Die vorliegenden empirischen Untersuchungen stimmen darin überein, daß Bürgerinitiativen vorwiegend auf Grund konkret erfahrbarer Mangelsituationen im Reproduktionsbereich entstehen, das heißt, sie werden von Personen gegründet, die entweder mit getroffenen oder aber ausgebliebenen Entscheidungen unzufrieden sind, wobei solche Entscheidungen ihrer Qualität nach den privaten Lebensbereich direkt tangieren. Dementsprechend arbeiten die meisten Bürgerinitiativen in Aktionsbereichen wie Wohnen, Bildung, Umweltschutz, Verkehrs-, Regional- und Industrieplanung . . . die Aktionsstrategie . . . dürfte am ehesten dem Bewußtsein einer gehobenen Mittelschicht entsprechen, die Ausbeutung nicht unmittelbar erfährt, für die Disparitätenkonflikte sich deshalb als skandalöse Ausnahmeerscheinungen darstellen können« . . . Zum anderen aber muß darauf verwiesen werden, daß es ein mittlerweile

konstitutives Moment bürgerlichen Bewußtseins ist, bestehende politische und gesellschaftliche Konflikte als partikulare zu erfahren, dementsprechend auch darauf zu hoffen, durch öffentliche Mobilisierung eine Konfliktlösung im Rahmen des bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systems zu erreichen.«³¹ Die Aktionen sind daher auch wieder verhältnismäßig leicht administrativ aufzufangen, ja ihre Integration kann selbst noch durch demonstrative Berücksichtigung eines plebiszitär kanalisierten Bürgerwillens zur formal-demokratischen Legitimation eben der Apparate, gegen die die Initiative sich wandte, propagandistisch ausgebeutet werden. Darüber hinaus »stellt sich die Frage, ob Bürgerinitiativen, die sich unter anderem auf eine Verbesserung der Lebenschancen in genau diesen Bereichen der Reproduktion konzentrieren, nicht unwissentlich etwas fordern, was ohnehin auf der Tagesordnung steht, und sich damit zum Anhängsel statt zum radikalen Opponenten einer wohlfahrtsstaatlichen Administration machen, deren Reform-Anstrengungen . . . nicht über das Gebot hinausgehen, die notwendigsten infrastrukturellen Vorleistungen für den relativ störungsfreien Fortbestand kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse bereitzustellen. Im Zuge einer solchen Politik der »Modernisierung« des Kapitalismus mögen »Bürgerinitiativen« sogar als willkommene Partner der Verwaltung eine Rolle spielen, insofern sie als politische »Frühwarnsysteme« mögliche Konflikte und sich abzeichnende Entwicklungsengpässe rechtzeitig signalisieren und damit Hinweise geben, an welchen Stellen die Administration aktiv werden muß.«³²

Dies darf jedoch nicht über die potentielle Militanz von Bürgerinitiativen hinwegtäuschen, denn wie jüngere Erfahrungen von Aktionen gegen technologische Großprojekte — etwa gegen das Kernkraftwerk in Wyhl (BRD) und gegen das Bleichemiewerk in Marckolsheim (Elsaß)³³ — zeigen, können sich Bürgerinitiativen zu kämpferischen Massenbewegungen auswachsen, die das administrative System in ernste politische Schwierigkeiten bringen, ja die Dämme administrativ-legalistischer Kanalisierung überhaupt zu sprengen drohen.³⁴

IV. Zur Klassenbasis des Ökologismus 2

Damit scheinen sich in einzelnen Fällen Bürgerinitiativen einer neuen Dimension anzukündigen, und es stellt sich die Frage, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit es zu einem solchen wahrhaft qualitativen Sprung von Bürgerinitiativen mit bescheidenem Umfang und halbem Petitionscharakter zu kämpferischen Massenaktionen kommt. Die bisherigen Erfahrungen (siehe Anmerkung 33) deuten darauf hin, daß dies dann der Fall ist, wenn zu einer potentiellen oder konkret erlebbaren Schädigung des Reproduktionsbereiches eine unmittelbare ökologische Bedrohung der produktiven Interessen einer ökonomisch selbständigen Schicht von Kleinproduzenten hinzutritt. Mobilisiert wird dadurch natürlich nicht nur die in ihrer produktiven Naturbasis existenzbedrohte, kapitalbesitzende lokale Kleinbourgeoisie selbst, sondern mit ihr zugleich die ganze Schicht der von ihr ökonomisch Abhängigen, insbesondere der von ihr Lohnabhängigen. Man kann daher die These vertreten, daß eine Massenmobilisierung genau

dann eintritt, wenn durch ökologisch gefährliche technologische Großprojekte das bodenständige und in einem sehr spezifischen Sinn »umweltabhängige« Kleinkapital in seinen ökonomischen Interessen bedroht wird. Trifft diese These zu, das heißt werden Bürgerinitiativen zu Massenaktionen, dann, wenn sie im Widerspruch zwischen lokal bornierten Interessen der bodenständigen Kleinbourgeoisie (insbesondere agrarisches Kapital, aber auch Fremdenverkehr, Dienstleistungsbetriebe, unter Umständen auch Kleinindustrie und Handwerk) und den überregionalen Expansionsinteressen des progressiven Großkapitals (Grundstoffindustrie, metallverarbeitende Schwer- und Leichtindustrie, chemische Industrie und ähnliches) sowie vor allem im Konflikt mit der im Interesse der Expansion des führenden Industriekapitals betriebenen staatlichen Infrastrukturpolitik auf dem Gebiet des Verkehrswesens und der Energiewirtschaft, ihre ökonomische Basis in der Produktionssphäre finden, so wäre die Offesche Erklärung über disparitäre Lebensbereiche (siehe Anmerkung 23, 32), die sich auf die Reproduktions- und Konsumsphäre bezieht und im Hinblick auf Bürgerinitiativen kleineren Umfangs entwickelt wurde, nicht zu revozieren, sondern zu ergänzen: denn gerade an den Massenaktionen zeigt sich der kleinbürgerliche Klassencharakter bisheriger Bürgerinitiativen und der Lebensqualitätsbewegung von allen Seiten: Ist die Ideologie der »Lebensqualität« in der Proletarisierung der reproduktiven Lebensbedingungen des Mittelstandes begründet und entfaltet sie daher ihre Breitenwirkung als Ideologie über dem gesamten, auch dem lohnabhängigen Mittelstand — und darüber hinaus —, so beziehen die in ihrem Namen auftretenden ökologistischen Massenbewegungen ihre Triebkraft aus dem ökonomischen Interessenwiderspruch zwischen selbständiger Kleinbourgeoisie und industriellem Großkapital in der Produktionssphäre.³⁵ Erst wenn dieser Widerspruch in aktueller Form virulent wird, so ist zu vermuten, nimmt die Ideologie »Lebensqualität« in Form von Masseninitiativen tätliche Gewalt an. Das Proletariat wird, sofern es an diesen Aktionen überhaupt beteiligt ist, ideologisch mitgeschleift; initiativ ist es nicht.³⁶

Das produktive Kapital insgesamt verhält sich gegenüber der sogenannten »natürlichen Umwelt« im Grunde vorkapitalistisch im Sinne Max Webers: es beutet Natur aus in der Weise des vorbürgerlich-irrationalen Abenteuerunternehmers. Da nichtverseuchte Luft, nichteutrophiertes Wasser und vor allem nichterneuerbare Bodenschätze nicht (oder noch nicht) zu ihren Reproduktionskosten getauscht werden (getauscht werden können), findet die Warenwelt hier (noch) ihre Grenze. »Umwelt« ist das der Warenwelt, der Welt des Äquivalententausches, (noch) Äußere. Sie wird gerade deshalb um so hemmungsloser ausgebeutet, weil ihre Nutzung nicht der reglementierenden und zu sparsam-rationellem Verhalten zwingenden Äquivalenzlogik des Warentauschs unterworfen ist: »Die Natur ist gratis da«, wie Josef Dietzgen sich in: »Die Religion der Sozialdemokratie« noch naiv-zynisch ausdrückte. Langfristig untergräbt der Verwertungsprozeß des Kapitals damit seine eigene Naturbasis.³⁷ Kurzfristig aber zerstört der ökologische Imperialismus des gegenüber der Naturbasis ungleich aggressiveren Industriekapitals die natürliche Existenzgrundlage des nichtindustriellen, vor allem des agrarischen Kleinkapitals.³⁸

So ist es nicht erstaunlich, wenn eine neuere empirische Untersuchung von Bürgerinitiativen zum Kernkraftwerksbau zu dem Ergebnis kommt: »Während im ländlichen Gebiet die Bürgerinitiativen große Teile der Bevölkerung für ihre Ziele mobilisierten, ist dies den Bürgerinitiativen im Ballungsgebiet bisher nicht gelungen.«³⁹ In der Studie wird dies mit der empirischen Bestätigung der eigenen forschungsstrategischen Vermutung erklärt, »daß das KKW (Kernkraftwerk, R. B.) im ländlichen Untersuchungsgebiet als potentielle Bedrohung der materiellen und immateriellen Existenz erlebt wird und der Umweltschutz für die Betroffenen eine Möglichkeit zur Sicherung dieser Existenz darstellt, während das Argument einer möglichen Arbeitsplatzsicherung oder gar -erweiterung einen unwesentlichen Stellenwert einnahm und umgekehrt im Ballungsgebiet auf Grund der stärkeren ökonomischen Abhängigkeit eines Großteils der Betroffenen eine Entscheidung zugunsten des KKW, des Energiewachstums und der Sicherung von Arbeitsplätzen anzunehmen war, was im Konfliktfall eine Entscheidung gegen Umweltschutz bedeuten könnte.«⁴⁰ Hinsichtlich der Schichtenspezifität kommt die Studie zu dem Schluß: »Gerade in dem Untersuchungsgebiet mit dem relativ höchsten Anteil an Selbständigen (Landwirte und Winzer) finden sich vergleichsweise starke und beachtete Bürgerinitiativen im Bereich von KKW. Demgegenüber sind Bürgerinitiativen im Bereich von KKW im untersuchten Ballungsgebiet mit einem vergleichsweise hohen Anteil von Arbeitern und Angestellten nur schwach vertreten.«⁴¹

Diese spezifischen Interessenkonstellationen finden auch im Inhalt der verwendeten Argumentationsführung ihren Ausdruck: Im ländlichen Untersuchungsgebiet sind »klimatisch-ökonomische Gefährdungseffekte als Kern der Argumentation . . . anzusehen . . . Demgegenüber treten kernenergiespezifische Auswirkungen (Radioaktivität, Atommüllbeseitigung) . . . in den Hintergrund der Argumentationsführung. Insbesondere fällt auf, daß das Argument der GAU-Möglichkeit (größter anzunehmender Unfall, R. B.) kaum verwendet wird . . . Dementsprechend richtet sich auch die über den technischen Kraftwerksbetrieb hinausgehende Argumentation auf die Gefahr der Ansiedlung von umweltschädigender Industrie am großräumlichen Standort zweier KKW.«⁴² Im Unterschied dazu leiten die Bürgerinitiativen in Ballungsgebieten »ihre Gegnerschaft gegen KKW aus allgemeinen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen wie Nullwachstum und Umweltschutz als vorrangiges Ziel der Politik ab.«⁴³ Mit dieser Forderung stehen jedoch die »Bürgerinitiativen im Ballungsgebiet im Widerspruch zur Meinung der betroffenen Bevölkerung, die — vor die Alternative mehr Umweltschutz oder Energiewachstum und Sicherung der Arbeitsplätze gestellt — sich mehrheitlich für das Energiewachstum entschieden hat.«⁴⁴

V. »Sozialismus oder Barbareik«?

»Lebensqualität« als der ideologische Überbau dieser Bewegung ist daher ebenso sehr Abwehrideologie des Mittelstandes wie authentischer Protest gegen die Verschlechterung von Lebensbedingungen im Spätkapitalismus überhaupt; zugleich werden in ihrem Namen jedoch auch öko-

nomische Interessen mehr oder minder camoufliert befördert: Artikuliert von einem, insbesondere in seinen reproduktiven Lebensverhältnissen zunehmend proletarisierten Mittelstand, in Anspruch genommen für ökonomische Interessen der von der Expansion des industriellen Großkapitals in ihrer Naturbasis existenzbedrohten bodenständigen Kleinbourgeoisie, wird sie zur Ideologie, weil sie diese Interessen in einer Weise vertritt, daß sie zugleich an authentische Bedürfnisse der Massen anknüpft und klassenunabhängig zum Ausdruck bringt, ja das Überlebensinteresse der Menschheit schlechthin zu ihrem Thema erhebt: *Sie verfolgt die Interessen einer Klasse, indem sie die Interessen der Gattung vertritt.*⁴⁵

Dieses quid pro quo gelingt ihr, weil sie zwar auf sehr reale, aktuelle oder potentielle Katastrophen des Spätkapitalismus verweist, dies aber bloß *auf der Ebene ihrer Erscheinung* tut. Dieser theoretischen Verkürzung entspricht eine praktische: Denn politisch äußern sich Bürgerinitiativen ja in der Sphäre der Zirkulation, nicht in der Produktion: in der bürgerlichen Öffentlichkeit des Marktes, wo der Mensch dem Menschen formal gleichberechtigt und scheinbar gleich beziehungsweise reziprok interessiert gegenübertritt: als Citoyen dem Citoyen, und nicht als Proletarier dem Bourgeois.

Es ist dieser phänomenalistische Charakter der Ideologie der »Lebensqualität« und ihres praktischen Ausdrucks, der tätlichen Kritik von Bürgerinitiativen an *sinnlichen Äußerlichkeiten* fortgeschrittener kapitalistischer Wirtschaftsprozesse, der ihre subjektiv gemeinte Menschlichkeit in eine objektiv reaktionäre Borniertheit bannt. Auch und gerade ihr anti-kapitalistischer, basisdemokratischer Impuls weist nicht über das System hinaus, sondern bleibt protestierend an dieses gebunden: In seinen Zielen objektiv konservativ, weil er die strukturnotwendige Dynamik des Kapitalismus auf einem bestimmten Niveau einfrieren zu können glaubt, ist er im Versuch einer Restitution unvermittelter bürgerlicher Öffentlichkeit angesichts spätkapitalistischer Verkehrsformen in seinen Mitteln illusionär. Durch ihre nur scheinbar klassenunabhängige, »allgemein menschliche« Kleinbürgerbefangenheit bleibt die Bewegung in einer immanenten Systemkritik stecken. Gerade weil sie nicht radikal ist, steht zu befürchten, daß sie rabiat wird.

Es ist daher nicht auszuschließen, daß die Bürgerbewegung bei Anwachsen der ökologischen Krise selbst gewaltförmige Züge annimmt,⁴⁶ oder wahrscheinlicher noch, die im Spätkapitalismus latent drohenden Formen autoritärer Systemintegration als Problemlösungsverhalten des bürgerlichen Staates *hervortreibt und zugleich legitimiert.*⁴⁷ Denn durch eine sowohl phänomenalistische wie rabiate Kritik an den Folgeproblemen kapitalistischer Wachstumsprozesse würde sie deren Lösung auf der *Ebene ihrer Erscheinung* verlangen und rechtfertigen: genau dies aber ist das abstrakte Wesensmerkmal autoritär-bürgerlicher Systemintegration: »Der Faschismus . . . sieht sein Heil darin, die Massen zu ihrem Ausdruck, beileibe nicht zu ihrem Recht kommen zu lassen. Die Massen haben ein Recht auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse; der Faschismus sucht ihnen einen *Ausdruck* in deren Konservierung zu geben.«⁴⁸ Dadurch, daß die interventionistische Planung im Spätkapitalismus *Folgeprobleme* pri-

vater Kapitalakkumulation unter ihre steuernde Kontrolle zu bringen versucht, ohne die Grundlagen des kapitalistischen Systems anzutasten, operiert sie im Bereich der Wirkungen, nicht der Ursachen, legitimiert sich durch ihre Erfolge auf der Ebene der Erscheinungen: und zu diesen gehört neuerdings auch die »ökologische Krise« als massenhafte Erscheinungsform des Widerspruchs zwischen Verwertungsinteresse und Naturbasis. In ihrem objektiv reaktionären Versuch, von der Ökonomie bedingte Formen extern zu manipulieren, das heißt abhängige Variable zu Konstanten zu machen, muß staatliche Planung im Kapitalismus ab einem gewissen Punkt der Entwicklung gesellschaftlicher Widersprüche notwendig gewaltförmig werden.

So bezeichnete F. Pollock die kapitalistische Planung als die »höhnische« Antwort auf die Krise, indem sie auf »verkehrte« Weise ein Modell der Planwirtschaft realisiere, in dem es monopolistischen Gruppen überlassen sei, »über das Wohl und Wehe aller übrigen Wirtschaftssubjekte, Kapitaleigentümer und Arbeiter zu bestimmen«. ⁴⁹

Bleibt die private Dispositionsgewalt und der bei Strafe des Untergangs des privaten Einzelkapitals geltende strukturelle Akkumulationszwang — die objektiven Wurzeln des Problems — außerhalb der Reichweite der Kritik, so drohen als systemimmanente Reaktionen auf die ökologische Krise dem Wirtschaftsprozess Zwangsregulierungen politisch aufgepfropft zu werden, die der ungehemmten industriellen Entwicklung zuwiderlaufen. Bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung privater Warenproduktion muß dies langfristig zu schweren Deformationen des Wirtschaftskreislaufs führen. Wie die Dinge liegen, ist aber das unmittelbare Lebensinteresse der überwiegenden Mehrheit der Lohnabhängigen im Rahmen des Systems an die Expansionsinteressen der Industrie notwendig gebunden: dem Proletariat ist das ökonomische Hemd näher als der ökologische Rock. Stockt die Produktion, finden die produzierten Waren keinen Absatz, so findet auch die produzierende Ware, die Ware Arbeitskraft, keinen Markt. Fällt die ökonomische Systemintegration über den Markt auseinander, so droht die politische Integration durch offene Gewalt und Zwangsbewirtschaftung: »In Wirklichkeit wird die zukünftige Umwelt-, Rohstoff-, Energie- und Bevölkerungspolitik des Kapitalismus den letzten liberalen Illusionen den Garaus machen. Ohne zunehmende Repression und Reglementierung ist sie nicht denkbar. Der Faschismus hat sich schon einmal als Retter in einer extremen Krisenlage und als Administrator des Mangels bewährt. In einer Atmosphäre der Panik und der unkontrollierbaren Emotionen, das heißt im Falle einer unmittelbar und massenhaft wahrnehmbaren ökologischen Katastrophe, wird die herrschende Klasse nicht zögern, auf ähnliche Lösungen zurückzugreifen. Die Fähigkeit der Massen, in einer solchen Lage den Zusammenhang zwischen Produktionsweise und Krise zu durchschauen und offensiv zu reagieren, läßt sich nicht voraussagen; sie hängt von dem Grad der Politisierung und der Organisation ab, der bis dahin erreicht sein wird.« ⁵⁰

Sind die Warnungen der Ökologen, der bewußtesten naturwissenschaftlichen Wortführer der »Lebensqualität«-Bewegung, nur einigermaßen ernst zu nehmen — und wir meinen, sie sind es in hohem Maße —, so sind es in gleichem Maße auch die in ihr schlummernden politischen

Gefahren. Unter einer längerfristigen Perspektive ist daher keine Beschwichtigungs- und Verniedlichungstaktik am Platz. Umgekehrt: Nicht nur, um ökologische Schäden katastrophalen Ausmaßes selbst zu vermeiden, sondern auch die politischen Folgen einer aus ihrer Drohung gespeisten rabiatischen Kleinbürgerbewegung, muß versucht werden, die Bewegung zu radikalisieren. Dieser Versuch muß *theoretisch* darin bestehen, die bisher fast ausschließlich phänomenalistisch geführte Kritik an der Umweltzerstörung polit-ökonomisch mit den Konstituentien des Systems, dem objektiven Zwang zur Kapitalakkumulation bei privat betriebener Warenproduktion zu vermitteln und zur Systemkritik voranzutreiben; *politisch*, die kurzgreifenden, aber sinnlich-konkret erfahrbaren und theorieelos nachvollziehbaren Motive der Bürgerbewegung in die historischen Ziele der Arbeiterbewegung einzuspannen, jene dadurch auszuweiten und diese an einem neuen, massenhaften Problembewußtsein zu konkretisieren; *praktisch*, die Protestformen in der Zirkulationssphäre mit Arbeitskämpfen in der Produktionssphäre zu vermitteln.

Die Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen, liegen jedoch nicht zuletzt darin begründet, daß dieses Programm auch in der Arbeiterbewegung einem heute zu eng gewordenen, dogmatischen Fortschrittsbegriff sich gegenüberfindet, der aus dem entstehenden Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts sich herleitet und dessen Quantitätsborniertheit es außer Kraft zu setzen gilt. Einem Fortschrittsbegriff nämlich, der geformt ist nach dem Bilde einer realitätsmächtigen Abstraktion, dem Fetisch des akkumulierenden Kapitals, dem »Wert heckenden Wert«, der die Qualitäten des ihn schaffenden Lebens nicht nur bereichert, sondern zunehmend unter sich begräbt; einem Begriff, in dem der kategorische Imperativ der Bourgeoisie, das: »Akkumuliert, akkumuliert, das ist Moses und die Propheten« (Marx) seine klassenneutrale Formel gefunden hat. Walter Benjamin hat dies in den »Geschichtsphilosophischen Thesen« kurz vor seinem Tode auf der Flucht vor dem Faschismus schon 1940 unmißverständlich ausgesprochen. In der XI. These heißt es: »Es gibt nichts, was die deutsche Arbeiterschaft in dem Grade korrumpiert hat, wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom. Die technische Entwicklung galt ihr als das Gefälle des Stromes, mit dem sie zu schwimmen meinte. Von da war es nur ein Schritt zu der Illusion, die Fabrikarbeit, die im Zuge des technischen Fortschritts gelegen sei, stelle eine politische Leistung dar. Die alte protestantische Werkmoral feierte in säkularisierter Gestalt bei den deutschen Arbeitern ihre Auferstehung... Dieser vulgärmarxistische Begriff von dem, was die Arbeit ist, hält sich bei der Frage nicht lange auf, wie ihr Produkt den Arbeitern selber anschlügt, solange sie nicht darüber verfügen können. Er will nur die Fortschritte der Naturbeherrschung, nicht die Rückschritte der Gesellschaft wahrhaben. Er weist schon die technokratischen Züge auf, die später im Faschismus bezeugen werden. Zu diesen gehört ein Begriff der Natur, der sich auf unheilverkündende Art von dem in den sozialistischen Utopien des Vormärz abhebt. Die Arbeit, wie sie nunmehr verstanden wird, läuft auf die Ausbeutung der Natur hinaus, welche man mit naiver Genugtuung der Ausbeutung des Proletariats gegenüberstellt.«⁵¹ Die brennende Aktualität dieser Sätze kann

nicht mehr übersehen werden. Daß die Thematisierung der »Ausbeutung der Natur« heute eher den rationalen Kern einer kleinbürgerlichen Ideologie ausmacht, welche sich um die »Ausbeutung des Menschen« wenig kümmert, macht die Sache nicht besser. Im Gegenteil: Nur wenn es gelingt, die kleinbürgerliche Klassenbasis der ökologistischen Lebensqualitätsbewegung mit einer proletarischen zu vermitteln, die weiß, wo ihre ökologischen und ökonomischen Interessen liegen, könnte die ökologische Krise des Spätkapitalismus auch die Kräfte freisetzen, die einmal berufen schienen, den Natur und Mensch ausbeutenden Kapitalismus zu überwinden und einen humanen, demokratischen Sozialismus mit planmäßig geregelter Güterproduktion zu realisieren; eine Gesellschaft, die endlich das wäre, was Marx in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten antizipiert: »Die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und der durchgeführte Humanismus der Natur.«⁵² Gelingt es jedoch nicht, die Gewalt des auch in der Arbeiterbewegung eingestrichenen, dogmatischen Fortschrittsbegriffs der Bourgeoisie aufzusprengen, so ist zu befürchten, daß eine Wende einmal mehr am zuspätkommenden Bewußtsein derer scheitert, die erst in der Dämmerung zu begreifen beginnen.

ANMERKUNGEN

- 1 Um einer Mißinterpretation dieser Sätze als idealistische These vorzubeugen: Die gesellschaftliche Integration in kapitalistischen Gesellschaftsformationen geschieht vor allem über die stille Gewalt der Ökonomie, über Austauschprozesse des Marktes (des Güter- und des Arbeitskraftmarktes) — gerade dadurch definieren sich bürgerliche Gesellschaftsformationen allgemein auf höchster Abstraktionsstufe. Diese ökonomische Integration über den Markt ist allerdings immer von einer politischen Integration, durch angedrohte oder ausgeübte Gewalt, strukturiert, eingerahmt und durchsetzt: beide Gewalten bedingen und ergänzen einander und können einander teilweise substituieren, wobei die ökonomische dominiert — in ökonomischen Krisen jedoch, die immer auch gesellschaftliche Integrationskrisen sind, tritt die politische Gewalt des Staates als manifeste Gewalt hervor. Aber diese polit-ökonomische »Objektintegration« muß von den vergesellschafteten Individuen — den Unterdrückten wie den Unterdrückern — immer auch subjektiv als Sinnzusammenhang verstanden und gelebt werden — und das dafür sozial objektiv geltende Interpretationsschema der gesellschaftlichen Wirklichkeit, das sich subjektiver Willkür entzieht, nennen wir »Ideologie«. »Weil die Schicksale der Menschen zu den verschiedenen Zeiten und zu derselben Zeit, ja innerhalb eines Volkes höchst ungleich sind, auch keinen einheitlichen Sinnzusammenhang aufweisen, ist es nach der Marxschen Theorie »Ideologie«, die wirtschaftlich nicht privilegierten Klassen durch die Behauptung eines solchen Zusammenhangs über ihre wirklichen Leiden zu beruhigen.« (M. Horkheimer, *Ein neuer Ideologiebegriff?*, in: »Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung«, 15. Jg., 1930, S. 45.)

(Zu ergänzen wäre: auch das latent schlechte Gewissen der privilegierten Klassen, sonst gerät der Horkheimersche Satz zu nahe an eine Manipulationsthese.) Im idealtypischen — historisch nie existenten — Grenzfall des florierenden Konkurrenzkapitalismus tritt die politische Gewalt des Staates zurück, seine Integrationsleistung bleibt indirekt und beschränkt sich auf die Garantie der Einhaltung der formalen Bedingungen der »Gattungsgeschäfte des Kapitals« (K. Marx), die Objektintegration gelingt allein über Austauschprozesse des Marktes. Die Ideologie des ökonomischen Liberalismus schrumpft in diesem Grenzfall auf die »bürgerliche

Basisideologie des gerechten Tausches« (J. Habermas) — sie ist selbst »liberal« im journalistischen Sinn des Wortes. Daher die Sprengkraft der Marxschen Mehrwerttheorie, die diese »bürgerliche Basisideologie« ideologiekritisch als falschen Schein entlarvt. Siehe dazu unter anderen:

Nicos Poulantzas, *Klassen im Kapitalismus heute, Studien zur Klassenanalyse*, Bd. 5, Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, Westberlin 1975.

Renate Damus, *Vergesellschaftung oder Bürokratisierung durch Planung in nachkapitalistischen Gesellschaften*, in: »Leviathan«, 2. Jg., Heft 2, Düsseldorf 1974, S. 179 ff.

- 2 Die klassische marxistische Wirtschaftsanalyse ging davon aus, daß der Gütermarkt in erster Linie ein Markt der Produktionsmittel war und daß die Ausdehnung des Konsumgütermarktes nur innerhalb enger Grenzen erfolgte. Daraus wuchs dem ökonomischen (Lohn-)kampf der Arbeiterorganisationen eine wichtige Funktion zu. Dieser ökonomische Kampf der Arbeiterklasse und die technische Entwicklung führten dazu, »daß der Mechanismus der Kapitalakkumulation« — von der Zeit der Marxschen Analyse bis heute — »sich allmählich gewandelt hat, in dem Sinne, daß... die Abteilung, die Konsumgüter produziert, im Akkumulationsprozeß... immer größere Bedeutung gewinnt... so daß die starre Unterordnung der zweiten Abteilung (Konsumgüter) unter die erste (Produktionsmittel), die in dem Marxschen Schema — und zu seiner Zeit — im Hinblick auf die Akkumulation und die interne und internationale Expansion des Kapitalismus allein von Bedeutung war, vollkommen überholt ist... Die individuelle Konsumtionskraft wird damit zu einem für die Abteilung I und II entscheidenden Element.« (Dario Lanzardo, *Produktion, Konsumtion und Klassenkampf*, in: *Spätkapitalismus und Klassenkampf*, Frankfurt 1970, S. 36 ff.)
- 3 Siehe in diesem Zusammenhang: Herbert Ostleitner, *Wachstum und gesellschaftliche Stabilität*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, Wien, Heft 1/75, S. 15 ff.
- 4 Joan Robinson, zitiert nach: Dario Lanzardo, a. a. O. S. 54.
- 5 André Gorz, *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*, Frankfurt/Main 1967, S. 7.
- 6 Siehe dazu: Giacomo Mararamao, *Zum Verhältnis von Politischer Ökonomie und kritischer Theorie*, in: »Ästhetik und Kommunikation«, H. 11, Rowohlt 1973, S. 79 ff., zitiert nach: S. 89.
- 7 Frankfurter Institut für Sozialforschung, *Soziologische Exkurse*, Frankfurt 1956, S. 178.
- 8 Zur Konstitutionsproblematik siehe z. B. die Diskussion und Dokumentation in: *Geschichte und Klassenbewußtsein heute*, Amsterdam 1971.
- 9 Barbara Kowalzik, *Individuelle materielle Konsumtion im Dienste des ideologischen Klassenkampfes*, in: »Weimarer Beiträge«, Heft 12/1973, S. 21.
- 10 Ebenda S. 21 f.
- 11 Ebenda S. 23.
- 12 Tatsächlich begann der Begriff seine große politische Laufbahn mit einem Satz im »Bericht zur Lage der Nation« von John F. Kennedy am 15. Jänner 1963: »Die Qualität des amerikanischen Lebens muß Schritt halten mit der Quantität der amerikanischen Güter.« (J. F. Kennedy, *Glanz und Bürde*, Düsseldorf 1964, S. 54). Aber wenn R. Nixon ihn 1971 in einer fast identischen Formulierung aufgreift (R. Nixon, Bericht zur Lage der Nation, USIS-Bericht, Washington, 22. Jänner 1971), wenn auch Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 19. Jänner 1973 auf ihn nicht verzichtete, so beweist dies ebenso wie seine Verwendung in unzähligen politischen Sonntagsreden eine Zähigkeit der manipulativen Brauchbarkeit des Begriffs, die ihrerseits mit reiner Manipulation nicht erklärbar sein dürfte. Viel überzeugender scheint die Erklärung, daß hier mit sicherem politisch-taktischem Instinkt ein zunehmendes Unbehagen breiter Schichten an den Lebensbedingungen in der Leistungs- und Konsumgesellschaft aufgegriffen und in vager, unverbindlicher Pseudoprogrammatik anbiedernd zurückgespielt wurde und wird. Siehe dazu insbesondere: C. Offe, *Lebensqualität — Eine neue Friedensformel sozialdemokratischer Innenpolitik?*, in: »Leviathan«, 1/74, S. 1 ff.
- 13 E. Jones, *The Future of Planning*, London 1973, S. 166.

- 14 Mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, drückt sich der Managementtheoretiker Peter Drucker aus: »Institutionen müssen lernen, die Qualität des Lebens mit ihren Hauptaufgaben vereinbar zu machen. Beim Wirtschaftsunternehmen bedeutet dies, daß das Erreichen der Qualität des Lebens als eine Chance angesehen werden muß, die vom Management zu einem profitablen Geschäft umgewandelt werden sollte.« (P. F. Drucker, *Neue Managementpraxis*, Bd. 1, Düsseldorf 1974, S. 68.)
- 15 Siehe dazu: Hannes Swoboda, *Probleme der Umweltpolitik*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, Wien, Heft 1/1975, S. 77 ff., insbesondere S. 91 f.
- 16 C. Offe, a. a. O. S. 6.
- 17 Siehe dazu: Herbert Ostleitner, a. a. O. vor allem S. 26; Egon Matzner, *Gesellschaftliche Folgen und Bedingungen eines gedrosselten Wirtschaftswachstums*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, Wien, Heft 2/75, S. 37 ff.
- 18 Karl Marx, *Das Kapital III*, MEW, Bd. 25, S. 228.
- 19 Hans Magnus Enzensberger, *Zur Kritik der politischen Ökologie*, in: »Kursbuch« 33, Oktober 1973, S. 8.
- 20 Karl Marx, *Das Kapital I*, MEW, Bd. 23, S. 529 f.
- 21 Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, Berlin 1947, S. 92 und S. 105 f.
- 22 Zur strukturellen Proletarisierung im Angestelltenbereich siehe z. B.: Willi Pöhler, Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklungstrends der Arbeitsbedingungen im Angestellten- und Dienstleistungsbereich; vervielfältigtes Manuskript von der DGB-Konferenz »Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe«, Mai 1974.
- 23 Claus Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt 1972, S. 156.
- 24 José Ortega y Gasset, *Der Aufstand der Massen*, Hamburg 1956, S. 7.
- 25 Friedrich Engels, a. a. O. S. 131.
- 26 Ortega y Gasset, a. a. O. S. 8.
- 27 Ebenda.
- 28 Dario Lanzardo, a. a. O. S. 39.
- 29 Zur Aufarbeitung empirischer Untersuchungen über Bürgerinitiativen in der BRD siehe insbesondere: Udo Bernbach, *Bürgerinitiativen — Instrumente direkter Demokratie?*, in: »Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft«, Wien 1974, Heft 4, S. 547 ff. sowie die dort angegebene Literatur.

Bernbach stützt seine Untersuchung hauptsächlich auf folgende empirische Befunde: Barbara Borsdorf-Ruhl, *Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet*, »Schriftenreihe Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk« Nr. 35, Essen 1973; Bericht einer Forschungsgruppe an der Freien Universität Berlin, *Zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik und Westberlin, Analyse von 61 Bürgerinitiativen*, in: »Zeitschrift für Parlamentsfragen«, Heft 2, Opladen 1973, S. 247 ff.; eine Befragung durch das bayerische Innenministerium vom 29. Dezember 1972: *Bürgerinitiativen in Bayern* (vervielfältigtes Manuskript); sowie: Theodor Ebert, *Bürgerinitiativen zum Städtebau, ein Vergleich von Erfahrungen*, vervielfältigtes Manuskript, Hamburg 1973.

- 30 Nach Theodor Ebert, a. a. O. S. 5, umfaßt die Gesamtzahl der Mitglieder von Bürgerinitiativen in der BRD etwa 1 Prozent der Bevölkerung, also rund ein Drittel aller in politischen Parteien Organisierten. Laut U. Bernbach liegen andere Schätzungen sogar bei einer Organisationstärke, die der der politischen Parteien vergleichbar sei (siehe U. Bernbach, a. a. O. S. 553). Andererseits aber sieht die Organisationsstärke der Einzelgruppierungen folgendermaßen aus: Nach Barbara Borsdorf-Ruhl, a. a. O. S. 78: 42 Prozent mehr als 20 aktive Mitglieder, 24 Prozent 10 bis 20 Mitglieder, 21 Prozent bis zu 10 Mitglieder; nach Forschungsgruppe Freie Universität Berlin, a. a. O. S. 265: 46 Prozent bis zu 20 Mitglieder, 23 Prozent zwischen 21 und 50 Mitglieder (zitiert nach U. Bernbach, a. a. O. S. 558).
- 31 Ebenda S. 551 f.

Die Aktionsfelder scheinen auf den ersten Blick unserer Interpretation als »ökologistische« zu widersprechen: Nach Barbara Borsdorf-Ruhl, a. a. O. S. 53 ff., entfallen auf: Bauleitplanung 16 Prozent, Gemeinschaftseinrichtung 15 Prozent, Ver-

kehr 14 Prozent, Schul- und Kindergarten 12 Prozent, Umwelt 8 Prozent, Kommunale Neugliederung 4 Prozent, Freizeit/Erholung 4 Prozent; nach Forschungsgruppe Freie Universität Berlin, a. a. O. S. 262 entfallen auf: Wohnen, Stadtplanung und Sanierung 40 Prozent, Bildungsbereich 16 Prozent, Umweltschutz 15 Prozent, Verkehrs-, Regionalplanung 12 Prozent (zitiert nach U. Bernbach, a. a. O. S. 551).

Faßt man die einzelnen Bereiche jedoch in der Weise zusammen, daß sie dem kategorialen Begriff der »ökologischen Krise«, wie Georg Picht ihn entfaltet hat, entsprechen, und wie er für unsere Untersuchung allein angemessen ist, so ergibt sich aus beiden Studien ein Anteil »ökologischer Aktionsfelder« von rund 60 Prozent. (Nach G. Picht umfaßt der Begriff »ökologische Krise« Fehlentwicklungen in den Mensch-Umweltbeziehungen wie negative Agglomerationserscheinungen, Umweltverschmutzung, Bodenerosion, Rohstoffverknappung, Zersiedelung der Landschaft u. ä. Siehe Georg Picht, *Industrieplanung in der ökologischen Krise*, in: »Umwelt«, Zeitschrift des BDI, Nr. 1/72, S. 29.)

32 Claus Offe, a. a. O. S. 163.

33 Siehe den Erfahrungsbericht über die Massenbewegung gegen diese beiden Großprojekte: Walter Mossmann, *Die Bevölkerung ist hellwach*, in: »Kursbuch« 39, Berlin, April 1975, S. 129 ff. Weiters die Studie: *Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken*, Bericht des Battelle-Institutes e. V. für das Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), Bonn 1975, im folgenden zitiert als: »Battelle-Studie«.

34 An der Bewegung in Wyhl, die über die Presse international bekanntgeworden ist, waren zeitweise (z. B. laut »Der Spiegel« vom 14. April 1975) 25.000 Menschen aktiv beteiligt.

35 »Alarmiert durch die Warnungen der Umweltschützer und die Welle von Umweltskandalen, über die in den Medien wenigstens berichtet wird, vertreten (die Sprecher der Bürgerinitiativen) zunächst ökonomische Interessen.« W. Mossmann, a. a. O. S. 133.

36 »Am 12. Jänner 1975 gab es in Wyhl einen »Bürgerentscheid«. 98 Prozent (!) der Wahlberechtigten stimmten ab, ob das gemeindeeigene Gelände... an die Kernkraftwerke Süd verkauft werden soll oder nicht. Das Ergebnis — 55 Prozent für den Verkauf, 43 Prozent dagegen — stiftete in der Öffentlichkeit allerhand Verwirrung... Die Bürgerinitiative gegen das KKW in Wyhl hat die besonderen Probleme der Arbeiter nicht aufgegriffen, sie hatte dazu auch gar keinen Zugang. Aber die einfachen Umweltschutz-Parolen konnten in Wyhl eben nicht so wirken wie in den anderen Dörfern. Kühlturmnebel? Wer keinen Acker hat, hat auch nichts zu verlieren. Gammastrahlen? Die Rhodia-Arbeiter bekommen ihr Quantum Gift jeden Tag in der Fabrik ab. Zerstörung der Landschaft? Für einen, der täglich eine Stunde durch diese Landschaft zur Arbeit fahren muß, verliert sie gewaltig an Reiz.« (W. Mossmann, a. a. O. S. 149 f.)

In der Battelle-Studie klingt dieses letzte Argument im Hinblick auf städtische Bereiche so: »(Es) ist zu vermuten, daß die Bevölkerung im Ballungsgebiet auf Grund langfristiger Risikogewöhnung (starke Umweltgefahren und -zerstörung, Wohnung in einem industriellen Ballungsraum) eine höhere Risikoakzeptanz entwickelt hat und ihre Risikoperzeption stark von der einer ländlichen Population abweicht.« (Battelle-Studie, a. a. O. S. 141.)

37 Selbstverständlich ist der Begriff »Naturbasis« selbst ein historischer: Was Naturbasis der gesellschaftlichen Produktion ist, hängt vom historischen Stand der Produktivkräfte selbst ab; insofern wäre es falsch, in mechanischer Weise etwa von einer »Erschöpfung der Rohstoffe« zu reden, denn was Rohstoffe sind, definiert sich durch den Entwicklungsstand der Technologie, sie ändern sich mit dieser. Andererseits aber werden durch eine bestimmte historische Phase des technologisch vermittelten »Stoffwechsels mit der Natur« langfristige, unter Umständen überhistorisch andauernde Prozesse oder Zustände ausgelöst oder abgebrochen, Wirkungen hervorgebracht, welche die begrenzte technologische Periode ihrer Verursachung bei weitem überdauern (Verschwinden biologischer Arten, Bodenerosion, klimatische Veränderungen, Erzeugung langlebigen spaltbaren Materials, radioaktiver Isotope und Transurane u. ä.).

- 38 Dieser maligne Prozeß kann durch das in der Umweltschutzdebatte eine große Rolle spielende »Verursacherprinzip« zwar teilweise reglementiert, aber kaum aufgehalten werden. Denn die Idee des »Verursacherprinzips« ist nichts anderes als die tendenzielle Ausdehnung des Wertäquivalentenaustauschs des bürgerlichen Warenverkehrs auf die gesamte natürliche Umwelt: Natur selbst soll in allen ihren physikalischen, chemischen und biologischen Dimensionen zur Ware werden, die zu ihren Wiederherstellungskosten getauscht wird. Das Prinzip scheitert jedoch praktisch entweder an unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten — wie schon der Emissions- und Immissionskontrolle, der quantitativen Bewertung von Landschaftszerstörung u. ä. — oder an absoluten Naturschranken, wie bei nicht erneuerbaren Rohstoffen oder drohender radioaktiver Verseuchung, die über überhistorische, geologische Zeiträume wirkt: grundsätzlich bei allen durch die Produktion ausgelösten irreversiblen Naturprozessen.
- 39 Battelle-Studie, a. a. O. S. 168.
- 40 Ebenda S. 236.
- 41 Ebenda S. 249.
- 42 Ebenda S. 154 f.
- 43 Ebenda S. 163.
- 44 Ebenda S. 159.
- 45 Damit soll die möglicherweise tatsächliche gegenwärtige Bedrohung des ökologischen Gleichgewichts des ganzen Planeten und die globale Existenzgefährdung der Menschheit durch Vernichtung ihrer eigenen ökologischen Nische, von der Georg Picht spricht, und wie sie von einer Reihe von Autoren behauptet wird, nicht bezweifelt werden; genauer, sie steht hier gar nicht zur Debatte; zur Debatte steht vielmehr die Identifikation des sozialen Trägers, der sie als Ideologie artikuliert — und warum. Denn daß etwas eine allgemein eingesehene globale Bedrohung darstellt, ist offensichtlich allein noch lange kein Grund, daß das Wissen darum eine politische Massenwirksamkeit entfaltet — hier braucht nur an die Atomrüstung und an die Existenz der thermonuklearen Arsenale erinnert zu werden, angesichts deren unmittelbar evidenter apokalyptischer Drohung der Kampf gegen die »Umweltverschmutzung« sich bei aller Dramatik wie ein ins Ökumenische gesteigerter, neurotischer Waschzwang ausnimmt.
- 46 »In Frankreich gibt es eine Organisation für den Umweltschutz, die extrem rechts orientiert ist, die sogenannte »Öko-Faschisten«, deren Präsident kein anderer ist als der Verantwortliche für die Folterpraxis der Franzosen im Algerienkrieg, General Massu.« (H. M. Enzensberger, a. a. O. S. 42).
- 47 Die Befürchtung wird auch in der Battelle-Studie ausgesprochen: »Die von den Bürgern selbst erlebte oder beobachtete geringe Durchsetzungsmöglichkeit der von ihnen repräsentierten Interessen führt... zu einem Vertrauensbruch zwischen Staat und Betroffenen. Diese »Staatsverdrossenheit« findet ihren manifesten Ausdruck in einer Skepsis und Ablehnung von Parteien und Wahlen... Die Gefahr solcher negativer Erfahrungen zahlreicher Bürger für das politische System sollte nicht unterschätzt werden. Denn einerseits kann dieser Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Demokratie eine Reflexion der Ursachen und politischen Zusammenhänge bewirken (sic!), andererseits erscheinen in einer solchen Bewußtseinslage autoritäre Lösungsversuche ebenso möglich.« (Battelle-Studie, a. a. O. S. 310.)
- 48 Walter Benjamin, *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, in: W. Benjamin, *Gesammelte Schriften*, I. 2, Frankfurt 1974, S. 506.
- 49 F. Pollock, *Bemerkungen zur Wirtschaftskrise*, in: »Zeitschrift für Sozialforschung«, II, 1933, S. 350.
- 50 H. M. Enzensberger, a. a. O. S. 38.
- 51 Walter Benjamin, *Über den Begriff der Geschichte*, in: *Gesammelte Schriften*, I. 2., a. a. O. S. 698 f.
- 52 Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, Leipzig 1974, S. 186.

Alte Kartelle neu geprüft

Maria Szecsi und Hans Wehsely

Vor mehr als drei Jahren wurde das neue Kartellgesetz, welches jenes von 1951 vollständig ersetzt, einstimmig verabschiedet (November 1972). An meritorischen Neuerungen brachte es vor allem die von den Gewerkschaften seit langem geforderte Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen, zu der allerdings bis heute noch keine wesentliche Judikatur vorliegt;¹ ferner ein Verbot »abgestimmter Verhaltensweisen«, das jedoch durch generelle Ausnahmegestimmungen für alle im Rahmen der paritätischen Zusammenarbeit — etwa in der Paritätischen Kommission — sowie der amtlichen Preisregelung durchgeführten Preiserhöhungen wenig erfolversprechend ist. Im übrigen wurde vor allem eine gewisse Modernisierung des streng formaljuristisch angelegten Begriffsrasters des alten Gesetzes vorgenommen, die in ihrer Gesamtheit eine sowohl etwas strengere als auch den wirtschaftlichen Gegebenheiten besser Rechnung tragende Interpretation des Kartellbegriffs gestattet.² Auf diese Seite des Gesetzeswerkes kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur soviel sei gesagt, daß alles in allem dem immer wieder vorgebrachten Verlangen der Arbeitnehmer nach einer generellen Verschärfung der Bestimmungen gegen Kartelle, bis hin zum absoluten Kartellverbot, auch unter der Ägide der sozialistischen Alleinregierung nur ein mäßiger Erfolg beschieden war. Da das Justizministerium von vorne herein klargemacht hatte, daß nur eine von den »Sozialpartnern« akkordierte Vorlage in Frage kommen könne, war realistischlicherweise nichts anderes zu erwarten. Für ein abschließendes Urteil über die Auswirkungen der neuen gesetzlichen Bestimmungen wäre es im Hinblick auf den Schneckengang des kartellrechtlichen Verfahrens ohnehin noch zu früh.

In diesem Artikel soll lediglich die bisherige Tätigkeit des Paritätischen Ausschusses beim Kartellgericht beleuchtet werden, der im neuen Gesetz

eine gewisse Verbesserung seiner personellen Ausstattung und eine gewisse, wenn auch noch unerprobte, Erweiterung seiner Kompetenzen erfahren hat. Vorerst scheint es jedoch nützlich, den rechtlichen und politischen Hintergrund dieses wenig bekannten Gremiums und die damit verbundene Diskussion um eine Reform des Kartellverfahrens zu erörtern.

Der Paritätische Ausschuß als Kartellamtsersatz

Das österreichische Kartellrecht zeichnet sich durch eine Eigentümlichkeit aus, die im Gegensatz zu der ganzen Entwicklung des internationalen, vor allem auch des deutschen und des EG Wettbewerbsrechtes steht. Während in praktisch allen Ländern, in denen es überhaupt ein ausgebildetes Kartell- oder Monopolrecht gibt, der Weg eines Verwaltungsverfahrens oder eines gemischten, mehrgleisigen Verfahrens zur Durchführung der Gesetze eingeschlagen wurde, ist es in Österreich bei einem *ausschließlich gerichtlichen* Verfahren geblieben. Das Verwaltungsverfahren ist vor allem für die skandinavischen Länder charakteristisch, wo die Verwaltungsbehörde sowohl die Ermittlungen durchführt wie auch Entscheidungen trifft. Das Bundeskartellamt in Deutschland — eine »justizförmige« Behörde — ermittelt, untersucht und entscheidet, es kann Praktiken untersagen und Bußgelder auferlegen, die Oberlandesgerichte fungieren nur als Berufungsgerichte. Weiters gibt es Länder mit besonders konstruierten Kommissionen, wie zum Beispiel die englische Monopolies Commission, die zwar in ihrer Funktionsausübung an die Weisungen der Verwaltung gebunden ist, aber doch sehr große Eigenkompetenzen hat, oder die schweizerische Kartellkommission, die das weitestgehende Maß von Unabhängigkeit, aber keine Entscheidungsrechte hat.

Die Argumente für ein weitgehend außergerichtliches Verfahren in Kartell- und Monopolsachen sind so einleuchtend, daß sie auch in Österreich schon vor einem Dreivierteljahrhundert allgemein akzeptiert waren. Denn schon damals, um die Jahrhundertwende, war die Schaffung eines Kartellgesetzes sehr ernsthaft im Gespräch, zwei dieser Anläufe gediehen sogar bis zur Vorlage im Parlament, ohne allerdings dessen Zustimmung zu finden. Die Mehrzahl der Vorschläge, die im Zusammenhang mit diesem Vorhaben gemacht wurden, hatten die Errichtung eines Kartellamtes im Rahmen der Verwaltungsbehörde, entweder im Finanz- oder im Handelsministerium, zum Kernstück. Als Hauptaufgabe dieses Kartellamtes wurde die Preisfestsetzung für kartellierte Waren betrachtet.³

Höchst bemerkens- und erinnerungswert war die Stellungnahme Otto Bauers sowohl zum Gesamtproblem des Anti-Kartell und Anti-Monopolkampfes aus marxistischer Sicht wie auch zur Verfahrensfrage.⁴ Bauer charakterisierte die Bestrebungen nach einem Kartellgesetz im wesentlichen als Ausfluß einer kleinbürgerlichen Mittelstandspolitik, mit der sich die Sozialdemokratie zwar nicht identifizieren könne, da sie ihren ganzen Vorstellungen vom Entwicklungsgang des kapitalistischen Systems widerspreche. Dennoch könnten sich solche Bestrebungen im Einzelfall durchaus mit den Interessen der Arbeiterschaft decken und zur Abstellung von

eklatanten Mißständen beitragen. Die Sozialdemokratie werde daher an den Beratungen über ein Kartellgesetz »ohne Illusionen, aber auch ohne Mißachtung des Erreichbaren« teilnehmen. Bauer skizzierte weiter die Minimumanforderungen an ein solches Gesetz, das (lang hats gedauert!) nicht nur auf Kartelle, sondern auch auf »monopolistisch beherrschende« Unternehmen zugeschnitten sein müsse.

Hinsichtlich des Verfahrens, das uns hier an erster Stelle interessiert, entwarf er einen ganz neuen Plan. Die staatliche Bürokratie, meinte er, sei ebensowenig geeignet wie die Gerichte, gegen Kartelle vorzugehen, erstens weil sie unter dem Druck der mit den Kartellen verbundenen Interessengruppen, vor allem der Banken, stehe, zweitens weil auch sie in wirtschaftlichen Fragen »ungeschult und unerfahren« sei. Sie sollte daher nur mit der Sammlung und Veröffentlichung der notwendigen Unterlagen, etwa Kartellvereinbarungen, Kartellbeschlüsse, Preise, Preisvergleiche etc. betraut werden, während die Bewertung der Unterlagen und die Entscheidungen von einem *unabhängigen*, und zwar sowohl von der Regierung wie vom Parlament unabhängigen, »Kartellamt« zu treffen seien. Über die Zusammensetzung dieses »Amtes« sagte Bauer nur, daß sie höchst sorgfältig überlegt werden müsse. Er dachte hier vermutlich an Vertreter von Körperschaften der Wirtschaft, an Konsumentenvertreter und Experten.

Warum man sich in Österreich 1951 nicht zu irgend einer Konstruktion nach den vorliegenden Entwürfen entschließen konnte, sondern dabei blieb, die Gerichte allein mit einem Verfahren zu belasten, dem die Richter schon vor ihrer Ausbildung her nicht gewachsen sein konnten, hat wohl überwiegend politische Gründe. Mit wie wenig Überzeugung es geschehen ist, zeigt übrigens schon der Umstand, daß man die beiden Kartellgerichte zunächst verschämt als »Kartellkommission« bezeichnete.⁵

Sicher waren auch die oft bemühten verfassungsrechtlichen Bedenken an dieser Entscheidung mitbeteiligt: die österreichische Verfassung kennt nämlich keinen Instanzenzug von der Verwaltung zu den Gerichten.⁶ In Wirklichkeit war aber sicher das gegenseitige Mißtrauen der Koalitionsparteien, das jede Kompetenzerweiterung eines Ministeriums zu einer Kardinalfrage der Machtverteilung machte, ausschlaggebend. Dazu kommt, daß sich schon damals die künftigen Formen der Zusammenarbeit der Verbände in der Wirtschaftsverwaltung abzuzeichnen begannen. In diesem Sinne kam es dann, 1958, auf Wunsch der Gewerkschaften zu einer typisch österreichischen Ersatzlösung. Dem Kartellgericht wurde als Hilfsorgan ein Paritätischer Ausschuß (PA), von Bundeskammer und Arbeiterkammer besetzt, mit der Funktion eines Gutachters beigegeben. Da schon von Anfang an die beiden Kammern sowohl als Parteien im kartellgerichtlichen Verfahren zugelassen waren als auch die Beisitzer in den Kartellsenaten stellten, erhielten damit die Interessenvertretungen maßgeblichen Einfluß auf die Handhabung des Kartellrechts. Aber dieser blieb auf die bei Gericht anhängigen Kartellverfahren beschränkt, das heißt, er kann nur in formell engsten Grenzen und überdies nur in einem wettbewerbspolitisch immer mehr an Bedeutung verlierenden Bereich — nämlich dem der offiziellen Kartellvereinbarungen — geltend gemacht werden.

Die kleine Reform 1972

In der innergewerkschaftlichen Diskussion um das neue Kartellgesetz wurde erstmalig wieder die Verfahrensfrage auf einer breiteren Basis aufgerollt. Hatte man sich seinerzeit bei der Errichtung des Paritätischen Ausschusses damit begnügt, ein enges Verhandlungsgremium zu schaffen, in dem allenfalls *ad hoc* Kompromisse in Detailfragen erzielt werden konnten, wurde diesmal ein »radikaler Umbau« des ganzen Verfahrens mit dem Ziel einer besseren Integration des wettbewerbsrechtlichen Instrumentariums in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß auf die Tagesordnung gesetzt.⁷ Vor allem wurde Wert gelegt auf die Schaffung einer vom Kartellgericht unabhängigen Untersuchungsinstanz, die in allen wettbewerbspolitischen Fragen auf eigene Initiative tätig werden könnte und personell adäquat ausgestattet werden müßte. Ob es sich um eine Verwaltungsbehörde oder um eine andere Konstruktion nach vorliegenden Beispielen — etwa eine Kommission nach schweizerischem Muster — handeln sollte, wurde offengelassen.

In den eigentlichen Vorverhandlungen über die Regierungsvorlage machte sich allerdings nur mehr ein schwacher Nachhall dieser weitgehenden Reformvorschläge bemerkbar. Die gewerkschaftlichen Forderungen hinsichtlich des Verfahrens reduzierten sich auf eine Erweiterung der Kompetenzen und des Personals des Paritätischen Ausschusses. So kam es schließlich zu einer kleinen Reform: der PA erhielt zusätzlich zu je drei (statt wie bis dahin je zwei) Kammernvertretern eine Geschäftsführung, bestehend aus zwei Geschäftsführern, die zwar ebenfalls von den Kammern ernannt, aber nicht wie die gewöhnlichen Mitglieder auch von diesen abberufen werden können. (Oder sagen wir besser, *formell* nicht.) Dazu kam, was am wichtigsten ist, daß der Ausschuß mit einem eigenen Büro ausgestattet wurde, das nach ursprünglichen Vorstellungen mit bis zu vier Fachkräften besetzt werden sollte. Wie wenig bisher von dieser gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, geht aus dem Umstand hervor, daß derzeit nur ein einziger dieser Posten besetzt ist.

Was die Kompetenzen des PA betrifft, geht das neue Gesetz zwar mit keinem Wort *explizit* über das alte hinaus: Begutachtung aller registrierungspflichtigen Anträge an das Kartellgericht (Neueintragungen, Vertragsabänderungen, Preisempfehlungen der Verbände) zur Prüfung ihrer »volkswirtschaftlichen Rechtfertigung«. Obwohl das Gericht an diese Gutachten nicht gebunden ist, hat sich schon längst die Praxis eingebürgert, daß es *einstimmige* Gutachten des PA regelmäßig bestätigt. Das hat ihm in der Fachliteratur allgemein schlechte Noten eingetragen. So zum Beispiel urteilte Streissler, daß damit das Kartellgericht praktisch zum »Exekutivorgan der Interessenvertretungen herabgewürdigt« worden sei.⁸ Eine Besonderheit dieser Konstruktion blieb in den Kommentaren allerdings stets unerwähnt: für die Arbeitnehmervertreter im Ausschuß besteht ein *einseitiger Kompromißzwang*, da im Falle der Nichteinigung (geteiltes Gutachten), die Chancen auf eine für sie günstige Entscheidung des Gerichtes erfahrungsgemäß minimal sind. Ob das weiter so bleibt, ist abzuwarten.⁹

Ebenso bleibt abzuwarten, ob und wie weit es möglich sein wird, das

— vorläufig allerdings noch rudimentäre — Büro zur systematischen Aufarbeitung von einschlägigen Unterlagen und zur Sammlung von Informationen heranzuziehen, die *nicht direkt* mit einem Kartellverfahren zusammenhängen. Das Gesetz schweigt sich darüber aus, desgleichen die Erläuterungen; in den Parteienverhandlungen galt sogar schon das Wort »Branchenuntersuchungen« als Reizwort, hinter dem ängstliche Unternehmer eine Vorstufe zu einer Wirtschaftsplanung nach französischem Muster witterten. Andererseits besteht aber kein gesetzliches Hindernis gegen eine solche Tätigkeit, die daher — sofern im Ausschuß selbst Konsensus erzielt wird — sozusagen *praeter legem* ausgeübt werden könnte.

Im Unterschied zu den Kartellkommissionen und Kartellämtern anderer Länder steht der PA bei allen derartigen Ermittlungen allerdings unter dem schweren Handicap, daß es ihm gegenüber keine Auskunftspflicht gibt. Nach der derzeitigen Gesetzeslage ist er lediglich auf die freiwillige Kooperation der Unternehmen oder deren Verbände angewiesen — wie das eben so im »österreichischen Sozialbiedermeier« (um ein treffendes Wort von Heinz Kienzl zu borgen) üblich ist.

Grundsätze zur Überprüfung der Altkartelle

Aufgrund der Übergangsbestimmungen des Kartellgesetzes stand vor dem PA als erstes die Aufgabe, sämtliche registrierte Kartelle im Hinblick auf das Kriterium der »volkswirtschaftlichen Rechtfertigung« *neu zu überprüfen*; die Kartellbevollmächtigten hatten entsprechende Anträge zu stellen. Es ist bezeichnend für den lethargischen Zustand der bisherigen Kartellpraxis, daß die Kartellvereinbarungen fast ausnahmslos seit ihrer Eintragung materiell unverändert geblieben waren. Mehr noch, in vielen Fällen, vor allem bei den wirtschaftlich bedeutendsten »Altkartellen«, waren Ende 1972 noch Vereinbarungen aufrecht, die aus der Zeit der Ersten Republik stammten und seither niemals geändert worden waren, außer in bezug auf technische Details wie Mitgliederstand, Preise und so weiter. Die Grundzüge der Vereinbarungen gingen vielfach sogar auf die Zeit der Monarchie zurück.

Insgesamt stellten 63 Kartelle einen Überprüfungsantrag, 22 Kartelle, meist von geringerer Bedeutung, verzichteten auf die Eintragung und lösten sich somit freiwillig auf. (Siehe Anlagen I und II.) Zum größten Teil handelte es sich dabei um *Preisbindungen der zweiten Hand*, die schon seit längerer Zeit obsolet waren und auch keine Aussicht auf ein positives Gutachten des PA hatten, darunter die jahrelang von Arbeitnehmern und Konsumenten bekämpften Markenartikelvereinbarungen in der Radioindustrie. Es kann gleich vorwegnehmend gesagt werden, daß damit die letzten Preisbindungen, die in Österreich noch *offiziell* bestanden hatten, aus dem Register gestrichen wurden (bis auf eine völlig unbedeutende, die überdies befristet ist). Auf das Problem der über »unverbindliche« Empfehlungen bewirkten *de facto* Preisbindungen wird noch zurückzukommen sein. Ob die nicht mehr zur Eintragung kommenden Kartelle auch tatsächlich aufgehört haben zu bestehen, konnte leider auf Grund der Gesetzeslage nicht geprüft werden.

Da der Begriff der »volkswirtschaftlichen Rechtfertigung« nach einem

Vierteljahrhundert Kartellpraxis in der österreichischen Judikatur noch immer weitgehend unerhellte geblieben ist, mußte sich der PA selbst die allgemeinen Gesichtspunkte zurechtzimmern, die er seinem Überprüfungsverfahren zugrunde legte. Diese sind — auch das eine »revolutionäre« Neuerung — in dem von ihm erstatteten Jahresbericht für 1973 niedergelegt.¹⁰ Wir rekapitulieren nur die wichtigsten der in diesem Dokument enthaltenen Grundsätze:

1. Hinsichtlich der *Preis- und Quotenkartelle*, die in Österreich vor allem in der Nahrungsmittel-, Baustoff- und Papierindustrie sowie in der Stahl- und Metallverarbeitung auf eine traditionsreiche Vergangenheit zurückblicken können, heißt es, daß eine »besonders strenge« Prüfung mit dem Ziel durchzuführen sei, »Quotenabsprachen nach Möglichkeit zu eliminieren oder bei Vorliegen gewichtiger Gründe zumindest flexibler zu gestalten«. Im Hinblick auf den offensichtlich strukturkonservierenden und produktivitätshemmenden Charakter dieser klassischen Kartellform war das wohl die mildeste Formel, die gefunden werden konnte. Immerhin wurde, entgegen der bisherigen Spruchpraxis festgehalten, daß das alte Argument der »Sicherung von Arbeitsplätzen« nicht mehr als Rechtfertigungsgrund für Quotenabsprachen gelten könne. Dies wurde mit dem Hinweis auf die staatliche Vollbeschäftigungspolitik begründet, die nicht auf die Sicherung jedes einzelnen Arbeitsplatzes, sondern auf die Erhaltung des Niveaus der Beschäftigung gerichtet sei. Ausdrücklich anerkannt wurde andererseits die Möglichkeit, daß die durch ein solches Kartell geschützte Branchenstruktur in besonderen Fällen der Abwehr des Eindringens ausländischen Kapitals dienen könne.

Bei *horizontalen Preiskartellen ohne Quoten* sei der bloße Hinweis auf einen drohenden »ruinösen Wettbewerb« allgemein zurückzuweisen, aber allenfalls in Fällen zu berücksichtigen, in denen die Kartellteilnehmer einer »konzentrierten Nachfragemacht« gegenüberstehen. Jedoch wurde festgehalten, daß die »öffentliche Hand« insgesamt nicht als ein Auftraggeber zu betrachten sei, da ein genügendes Maß an Konkurrenz zwischen den verschiedenen Hoheitsträgern bestünde.

2. Eine »grundsätzlich positive Haltung« sei gegenüber den *Konditionenkartellen* einzunehmen, sofern sie nicht mit einem Preiskartell verbunden sind. Maßgeblich war dabei die Erwägung, daß — sofern die Erzeugerpreise frei sind — ein Konditionenkartell (Regelung von Händler-rabatten, Rabattstaffeln, Skonti, Lieferbedingungen und so weiter) dem Konditionenwettbewerb der Erzeuger auf dem Händlermarkt vorzuziehen ist. Ein Gedankengang, der an sich nicht unrichtig ist, aber wegen der mangelnden Kontrollmöglichkeiten über das tatsächliche Marktverhalten der Kartellteilnehmer von vorne herein darauf verzichtet, die unter dem Deckmantel von Konditionenkartellen häufig praktizierten Preisabsprachen und Preisbindungen in den Griff zu bekommen.

3. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß der PA grundsätzlich darauf bestand, daß in den eingetragenen Vereinbarungen nur jene Punkte aufscheinen, die tatsächlich innerhalb des Kartells praktiziert werden. Keinesfalls dürften stringendere Bestimmungen oder Sanktionen im Vertrag stehen bleiben, die dann in Zukunft ohne Zustimmung des Ausschusses wie-

der belebt werden könnten. Tatsächlich wurden zahlreiche Verträge nach diesem Grundsatz erheblich beschnitten und vereinfacht. (So zum Beispiel wurde im Fall des *Glühlampenkartells* eine seit den sechziger Jahren sistierte Quotenregelung aufgehoben. Die Kartellanten pochten sehr nachdrücklich darauf, diese Bestimmung für den Fall einer künftigen Strukturkrise beibehalten zu können, drangen aber nicht durch.)

Soweit es lediglich das laufende Überprüfungsverfahren angeht, konnten diese sehr groben Richtlinien tatsächlich in den meisten Fällen adäquate Dienste leisten. In Zukunft wird sich sicher die Notwendigkeit ergeben, die Grundsatzdiskussion auf wesentlich kompliziertere und spezialisiertere Probleme des Wettbewerbsrechtes — man denke etwa an die große Familie der Ausschließlichkeit — Gebietsschutz- und Depotverträge, oder an die »abgestimmten Verhaltensweisen« — auszudehnen. Vor allem wird es notwendig sein, sich mit den Fragen der Marktbeherrschung auseinanderzusetzen, um den Begriff des »Mißbrauchs« der Marktmacht überhaupt interpretieren zu können.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt wird man bei allen diesen Überlegungen sicher nicht von dem Modell des atomistischen Wettbewerbs ausgehen können, das ja schon in den besseren Lehrbüchern fallengelassen wurde. An seiner Stelle ist in der wettbewerbspolitischen Diskussion schon längst nur mehr von einem »funktionsfähigen« oder »möglichen« Wettbewerb die Rede. Eine allgemeine Formel dieser Art mag wohl auch für Österreich als akzeptabel gelten, aber ihr Inhalt wird in sehr differenzierter Weise auf die wirtschaftlichen, vor allem strukturpolitischen Erfordernisse unseres kleinen Landes, aber auch im Hinblick auf übergeordnete wirtschaftspolitische Zielsetzungen definiert werden müssen. So kann es für Österreich generell sicher nicht darauf ankommen, die Konzentration zu verhindern, aber es wird sehr scharf darauf zu achten sein, daß in diesem Prozeß nicht wettbewerbsbeschränkende Praktiken eingesetzt werden, die über die bloße Marktmacht hinausgehen. Die auch wettbewerbspolitisch erwünschte Konzentration in einer Branche kann nicht denselben Vorgang in einer anderen rechtfertigen. Wo Konzentrationsvorgänge und/oder Kartellbildungen tatsächlich der Abwehr ausländischen Einflusses dienen, werden sie anders zu beurteilen sein als ähnliche Vorgänge, die den Einfluß ausländischer Unternehmen stärken würden. Auch regionalpolitische Erwägungen könnten dort zu beachten sein, wo sie sich aus besonderen staatlichen Zielsetzungen ergeben. Keine dieser Einschränkungen darf jedoch so formuliert werden, daß sie als Schutzmantel für lokale protektionistische Interessen — sei es der Unternehmer oder der Arbeitnehmer — dienen kann. In der Hauptsache wird jedoch das Augenmerk darauf zu richten sein, daß überall dort, wo das Regulativ des Wettbewerbs aus welchen Gründen immer ausgeschaltet ist, das Regulativ der staatlichen Kontrolle und Aufsicht so weit als möglich ausgebaut werde.

Vorgangsweise und Ergebnisse

Um überhaupt eine Informationsgrundlage zur Beurteilung der Übertragungsanträge zu erhalten, wurden vom PA Fragebögen verfaßt, die dem Inhalt der jeweiligen Vereinbarungen angepaßt waren. Die Fragen bezogen

sich unter anderem auf die Bedeutung der kartellierten Waren im Rahmen der Gesamtproduktion der einzelnen Unternehmen und des Industriezweigs, auf das Ausmaß der Importkonkurrenz, auf Substitutionsprodukte, Marktanteile und Preisgestaltung. Zum überwiegenden Teil wurden die Fragen beantwortet, wenn auch oft sehr zögernd und keineswegs immer vollständig. Anschließend an die schriftliche Vorinformation wurden mit den Kartellteilnehmern Gespräche — oft sehr viele — geführt, die meist den Charakter eines »bargaining«-Prozesses hatten. Versäumt wurde meist die Möglichkeit, zu diesen Gesprächen auch die »Kartellgeschädigten«, also zum Beispiel Abnehmer, Konsumenten und den Handel einzuladen, wie das allgemein in »Anhörungen« üblich ist.

In durchkartellierten Industriezweigen würde die isolierte Betrachtung der einzelnen Verträge leicht zu Fehleinschätzungen führen. So sind zum Beispiel die *Papierindustrie* und die *papierverarbeitende Industrie* vom Rohstoff bis zum Endprodukt durch insgesamt elf Vereinbarungen vertikal und horizontal miteinander verbunden. (Siehe Anlage III.) Ähnliche Verknüpfungen, wenn auch nicht so komplex wie bei Papier, bestehen in der *Spanplattenindustrie*, wo ausgehend von der auch in der Papierindustrie verankerten Spreißelholzvereinbarung die verschiedenen Plattenerzeugnisse durch vier Vereinbarungen verbunden sind. Die *Zucker-* und die *Bierindustrien* haben ebenfalls Marktordnungen aufgebaut. Um in dieser schwer durchschaubaren Kartellandschaft überhaupt sinnvoll verfahren zu können, mußte der PA — entgegen den Wünschen der Kartellanten — darauf bestehen, diese Vertragswerke im Gesamtzusammenhang zu prüfen. Bis auf wenige Ausnahmen, die allerdings nicht unbedeutend sind (Bier darunter), ist das Übertragungsverfahren nunmehr mit fast ausschließlich einstimmigen Empfehlungen des PA abgeschlossen worden. Ein geteiltes Gutachten gab es nur in zwei Fällen, von denen jener des *Zuckerkartells* exemplarische Bedeutung haben dürfte. Was hat dieser Aufwand gebracht?

Vorwegnehmend kann das Ergebnis in zwei Sätzen zusammengefaßt werden: Erstens, es wurde kein wirtschaftlich bedeutendes Kartell, keines von den gewachsenen »Altkartellen« aufgelöst. Zweitens, es wurde aber auch keines ganz ungeschoren gelassen. Die Kartelle sind, kurzum, mehr oder minder leicht geschoren davongekommen.¹¹

Die zähesten Verhandlungen betrafen, wie man sich vorstellen kann, die Quotenregelungen. Diese wurden bisher ausnahmslos auf der Basis starr fixierter Marktanteile, oft bis in die tausendstel Prozente festgelegt, durchgeführt. Gesichert wird ein solches System üblicherweise durch Pönalezahlungen der Quotenüberschreiter, die durch das Kartellbüro an die Unterschreiter verteilt werden. Daß es damit zur Erhaltung von technisch rückständigen Grenzbetrieben beiträgt, während die technisch besten Betriebe in ihrer Entwicklung gehemmt werden, ist unbestritten. Vielfach ist auf diese Weise die *Betriebsgrößenstruktur* der Branche über Jahrzehnte erhalten geblieben, wenn auch die *Unternehmenskonzentration* nicht ganz verhindert werden konnte. Es ist bezeichnend für die stark mittelständisch geprägte Mentalität der österreichischen Unternehmer, daß selbst Kartellmitglieder, die eine dominierende Marktposition in den

betreffenden Produktionszweigen haben und durchaus expansionsfähig wären, regelmäßig als Wortführer für die Erhaltung der Quoten auftraten. Das Motiv der Hochhaltung der Preise dürfte dabei eine geringere Rolle spielen, da die Marktbeherrschung im Normalfall ausreichen würde, um eine wirksame Preisführerschaft auszuüben. Neben der traditionellen Verbandssolidarität dürfte allerdings in manchen Fällen auch der Wunsch nach einem gewissen »optischen« Schutz zur Verschleierung monopolistischer Strategien eine Rolle gespielt haben. Das vorgebrachte Argument der Abwehr von Importen durch gemeinsame Belieferungsstrategien hatte geringe Plausibilität, da bei den 22 zur Übertragung kommenden Quotenvereinbarungen die Importkonkurrenz wegen des natürlichen Frachtschutzes (zum Beispiel Zement), der ja oft eine Bestandsbedingung derartiger Kartelle ist, teils auch wegen bestehender internationaler Gebietsabsprachen, kaum eine Rolle spielt. Einen hohen Schutzzoll über das Abschöpfungssystem genießt nur mehr das Zuckerkartell.

Für die vom PA überall verlangte und auch durchgesetzte Lockerung der Quotensysteme standen zwei Strategien zur Verfügung: Erstens die Schaffung von »Freiräumen«, innerhalb deren eine Quotenüberschreitung nicht mehr pönalisiert werden kann; zweitens die Verpflichtung zur Neufestsetzung der Quoten auf Grund der Produktionsergebnisse der vergangenen Perioden in regelmäßigen Intervallen. Die sofort wirksam werdenden Freiräume sind dem Umfang nach nicht gerade imponierend, sie bewegen sich meist zwischen 3 und 5 Prozent der jeweiligen Quote, nur in einem Fall, in dem ein Duopol besteht, höher (10 Prozent). Allerdings kann die Wettbewerbswirksamkeit des Freiraums nicht allein an diesen Prozentsätzen abgelesen werden, sie hängt weitgehend von den strukturellen und regionalen Gegebenheiten der Branche ab. Das kann am besten am Beispiel des *Zementkartells* exemplifiziert werden.

Das *Zementkartell* hat 11 Mitglieder, von denen die Perlmooser Zementwerke mit ihren zwei Konzernbetrieben seit je eine Quote von rund 50 Prozent inne hat. Über die im Hinblick auf den natürlichen Frachtschutz überhaupt möglichen Wettbewerbsverhältnisse äußerte sich der PA wie folgt: »Ohne die Kartellvereinbarung würden in den Räumen I Wien, Niederösterreich und nördliches Burgenland, II Kärnten, Steiermark und südliches Burgenland und III Vorarlberg, monopol- oder duopolartige Angebotsmärkte vorliegen. Vorwiegend in Tirol, Salzburg und Oberösterreich wäre durch das Vorhandensein mehrerer Unternehmen ein intensiverer Wettbewerb vorstellbar.« Auf Grund dieser Sachlage kann die gesamte »Freimenge« — das sind in diesem Fall 3 Prozent von 6 Millionen Tonnen, also 180.000 Tonnen — auf den östlichen Teil Tirols, Salzburg und Oberösterreich bezogen werden. Das bedeutet für diesen Raum praktisch eine Freimenge von mehr als 10 Prozent. Die längerfristigen Auswirkungen der neuen Vereinbarung, die Anfang 1975 in Kraft trat, können natürlich noch nicht abgeschätzt werden. Für eine gewisse Mobilisierung der Strukturverhältnisse spricht jedoch der Umstand, daß bereits ein Grenzbetrieb, die »Gollinger Zementwerke«, seither von Perlmooser und den Gebrüdern Leube gemeinsam übernommen wurde. (Vgl. die Skizze der Standorte der Zementindustrie auf Seite 47.)

Ähnliche Gesichtspunkte wurden bei den übrigen Neuregelungen von Quotenvereinbarungen beachtet. Im Detail kann darüber wegen der Vertraulichkeit der Verhandlungen noch nicht berichtet werden. Soviel kann jedoch gesagt werden, daß kein Kartell mit starren Quoten davonkam. Über die sofort wirksam werdenden Freiräume hinaus wurde in manchen Fällen eine weitergehende Lockerung nach einem gewissen Zeitablauf in die Verträge eingebaut, oder zumindest informell ein neuerliches Gespräch im PA vereinbart.

Von geringerer Bedeutung im Übertragungsverfahren waren horizontale Preiskartelle ohne Quoten. Hier lagen nur wenige Anträge vor, alle von wirtschaftlich untergeordneter Bedeutung. Die Preisabsprachen konnten größtenteils eliminiert werden. Wachsende Bedeutung könnte in Zukunft den *Preismeldestellen* zukommen, die erstmalig im neuen Gesetz als Kartell gelten. Bei dieser Kartellform, die oft einem Preiskartell nahekommt, müssen die Erzeugerpreise einem Kartellbüro gemeldet werden, das die Einhaltung der vereinbarten Konditionen (hauptsächlich der an die Käufer gewährten Rabatte) überwacht. Es ist klar, daß die Überwachung nur den Sinn haben kann, Preisnachlässe von den ohnehin »rein zufällig« gleichen Listenpreisen möglichst hintanzuhalten. Derzeit liegt nur ein solcher Antrag vor, von dessen Ausgang es vermutlich abhängen wird, ob sich bei der Wirtschaft ein größerer Bedarf nach registrierten Preismeldestellen geltend machen wird. Was die reinen *Konditionenkartelle* betrifft, gab es nur wenige strittige Punkte. Der PA hat die Verträge meist etwas bereinigt und zurechtgestutzt, aber im wesentlichen unverändert gelassen. Größere Probleme ergaben sich allerdings dort, wo die Konditionenvereinbarungen in Verbindung mit bestehenden amtlichen Preisregelungen stehen oder durch zusätzliche Vereinbarungen abgesichert sind; auf diese Weise kann praktisch ein Kartellzwang begründet werden, der dem einer Preisbindung gleichkommt. In zwei solchen Fällen (*Mühlengkartell*, *Schallplatten*) konnten die Vereinbarungen entschärft werden, in einem dritten (*Pharmazeutische Artikel*) konnte sich der PA wegen der Besonderheiten dieser Branche nicht zu einem Abgehen von der bisherigen Regelung entschließen.

Schließlich wäre als erfreulich anzumerken, daß der PA die Neueintragung eines *Gesamtrabattumsatzkartells* abgelehnt hat. Im Rahmen solcher Verträge schließen sich im Regelfall Unternehmen zusammen, um einen oder mehrere mißliebige Konkurrenten aus dem Markt zu drängen oder zur Teilnahme an der Absprache zu zwingen. Die ablehnende Haltung des PA war hier, wie ja auch in manchen anderen seiner Überlegungen, von der Entwicklung des Wettbewerbsrechtes in der EG, vor allem auch der BRD, beeinflußt.

Erreichtes und Versäumtes

Überblickt man das Gesamtergebn der bisherigen Tätigkeit des Paritätischen Ausschusses in der Anwendung des neuen Kartellgesetzes, wird man es wohl kaum als den Beginn einer grundlegend neuen Ära in der österreichischen Wettbewerbspolitik bezeichnen können. Allerdings muß zugestanden werden, daß die Kapazität des Ausschusses durch das Über-

tragungsverfahren so vollständig in Anspruch genommen war, daß eine initiative Tätigkeit auf anderen Gebieten gar nicht erwartet werden konnte. Es kann daher fairerweise nur das beurteilt werden, was getan wurde.

Am positivsten ist vielleicht die Tatsache einzuschätzen, daß es zum erstenmal überhaupt zu einer solchen Generalüberprüfung der Kartelle gekommen ist; sie wurde auch — wenn man die personelle Beschränkung des Ausschusses und seine beschränkten Informationsmöglichkeiten berücksichtigt — relativ gründlich vorgenommen. Zweifellos ist im Zuge dieser Verhandlungen nicht nur der Informationsgrad der Wirtschaftspolitik über einige bisher recht dunkle Bereiche des Wirtschaftslebens gestiegen, es dürften auch die Kartellvertreter den Eindruck erhalten haben, daß ihre Aktivitäten künftig mehr als bisher unter Kontrolle stehen werden.

Im Abbau der stringenten Wettbewerbsbeschränkungen der bedeutenden Altkartelle ist hingegen nur ein geringfügiger unmittelbarer Fortschritt erzielt worden. Allerdings wäre es auch vom Arbeitnehmerstandpunkt kaum möglich gewesen, eine sofortige und totale Aufhebung der Quoten zu verlangen, da dies zu rasche, möglicherweise krisenhafte Struktureinbrüche in diesen schon lange unter dem Kartellschutz gewachsenen Branchen ausgelöst hätte.

Die vom ÖAKT nominierten Vertreter im Paritätischen Ausschuß haben daher für ein zwar allmähliches, aber *zeitlich befristetes* Auslaufen aller Quotensysteme plädiert, um den notwendigen Strukturbereinigungs- und Konzentrationsprozeß in geordneten Bahnen verlaufen zu lassen. Die Befristung konnte in keinem der wichtigen bisher abgeschlossenen Fälle durchgesetzt werden, sie steht aber weiterhin auf der Tagesordnung künftiger Verhandlungen. Leider bietet das geltende Gesetz keine Möglichkeit, eine neuerliche Prüfung in absehbarer Zeit zu erzwingen. Der Wunsch der Arbeitnehmer nach einer automatischen Befristung aller Kartelle, die eine solche Handhabe geboten hätte, wurde auch anno 1972 abgelehnt. Es ist indes nicht auszuschließen, daß im Rahmen des paritätischen Verfahrens — das ja nicht nur im PA des Kartellgerichtes stattfindet — ein Weg dazu auf freiwilliger Basis gefunden wird. Gegenwärtig bestünde nur die Möglichkeit, einen Löschantrag zu stellen und auf diese Weise ein Prüfungsverfahren herbeizuführen.

Schon im Übertragungsverfahren, in dem Auskünfte nur — oder doch hauptsächlich — von Wirtschaftszweigen verlangt wurden, die wegen ihrer sonstigen Verhandlungsposition in den verschiedenen Wirtschaftsgremien, insbesondere im Preisunterausschuß, ein Mindestmaß an Kooperationsbereitschaft zeigen mußten, hat sich der Mangel einer gesetzlich verankerten Auskunftspflicht sehr stark bemerkbar gemacht. Vor allem über die *Innenverhältnisse* in den Kartellen waren kaum Auskünfte zu erlangen, sogar bei den Umsatzzahlen gab es Schwierigkeiten. Vielfach wurden dadurch die Verhandlungen ungebührlich in die Länge gezogen, die angestrebte »Transparenz« der Kartellaktivitäten wurde nur sehr unvollständig erreicht. Man kann sich vorstellen, wie groß die Auskunftsbereitschaft sein würde, wenn sich die Untersuchungen des Ausschusses auf

Einzelunternehmen oder Wirtschaftsbereiche erstrecken sollten, die weniger Interesse an guten Betragensnoten von seiten der Verbände oder staatlicher Stellen haben. Man denke in diesem Zusammenhang etwa an ausländische Unternehmen oder auch an den ganzen Dienstleistungsbereich. Nun ist es zwar richtig, daß auch *de lege lata* die Möglichkeit besteht, einen gerichtlichen Auftrag zur Auskunftserteilung anzufordern. Aber solange der Ausschuß auf diesen Weg angewiesen bleibt, bestehen kaum Aussichten auf Erfolg. Die Schaffung echter Ermittlungsmöglichkeiten für den Paritätischen Ausschuß selbst muß daher als vordringlich bei jeder künftigen Novellierung betrachtet werden.

Nicht minder dringlich stellt sich die Frage der Kompetenzen des Ausschusses. Er muß, wie erwähnt wurde, derzeit nur bei der Begutachtung von Anträgen im *Registrierungsverfahren* eingeschaltet werden. Mit der sinkenden Bedeutung von Kartellen, die ja längst nicht mehr den Schwerpunkt im Komplex wettbewerbsbeschränkender Verhaltensweisen bilden, wird diese Tätigkeit in Zukunft nur mehr marginale Bedeutung haben. Es ist kaum verständlich, daß bei der Neufassung des Gesetzes die Gelegenheit nicht wahrgenommen wurde, den Ausschuß auch dort in das Verfahren einzuschalten, wo der künftige Schwerpunkt liegen muß und wo überdies die schwierigsten sachlichen Probleme liegen: in der *Mißbrauchsaufsicht*. Gerade hier wäre der Einsatz des dem Gesetzgeber mühsam abgerungenen Büros des Paritätischen Ausschusses in erster Linie von Bedeutung. Es müßte möglich sein, daß der Ausschuß von sich aus eine Sachverhaltsuntersuchung anstellen kann, wenn ihm schwerwiegende Verdachtsmomente, daß ein Mißbrauch vorliegt, gemeldet werden; oder daß er mindestens bei erfolgten Mißbrauchsanzeigen vom Gericht in derselben Weise als Gutachter herangezogen werde, wie derzeit im Kartellverfahren. Andernfalls wird auch diese Bestimmung, wie viele andere, toter Buchstabe bleiben.

In diesem Zusammenhang muß noch eine Frage gestreift werden, die zwar nicht ein Verfahrensproblem ist, aber doch mit dem Verfahren zusammenhängt. Wenn bisher über das Problem der *Preisbestimmung* nicht gesprochen wurde, so deshalb, weil das Kartellgericht — und daher auch der Ausschuß — derzeit überhaupt keine Preiskompetenz hat. Zwar kommen alle Preiserhöhungen, sowohl der Kartelle wie auch Verbandsempfehlungen, zur Registrierung, aber der Ausschuß kann nur prüfen, ob die angemeldeten Preise mit den in der Preiskommission ausgehandelten übereinstimmen. Das traditionelle Verfahren in der Preiskommission, nämlich die Bewilligung von — natürlich gleichen — Preiserhöhungen für ganze Branchen nach Abschluß eines Kollektivvertrages, oder für ganze Produktgruppen, wie sie für die sogenannten Verbandsempfehlungen beantragt werden, kommt in der Praxis einer Sanktionierung »abgestimmter Verhaltensweisen« wenn auch vielleicht nicht gleich, so doch sehr nahe. Wohl beziehen sich die Bewilligungen nur auf die *maximale* Preiserhöhung, die Unternehmen sind nicht daran gehindert, den Preiswettbewerb durch Verzicht auf den zugestandenen Spielraum zu entfalten. Das gleiche gilt für die amtlichen Preise. Aber es wäre doch naiv zu glauben, daß sich die Gleichförmigkeit der Bewilligungspraxis nicht auch auf die Preispolitik

der Unternehmen auswirken würde, besonders in dem österreichischen, allgemein und von allen Autoren übereinstimmend als hochgradig wettbewerbsfeindlich bezeichneten Klima. Der ganze preispolitische Komplex kann daher nur von dieser Seite aufgerollt werden, der Appell an das kartellrechtliche Instrumentarium wird so lange vergeblich bleiben, als sich die preispolitisch entscheidenden Instanzen nicht zu einer zumindest hinsichtlich der größeren Unternehmen differenzierten Vorgangsweise entschließen. Nur dann wäre eine Behandlung des Preisverhaltens der Kartelle im paritätischen Ausschuß eine sinnvolle Zukunftsaufgabe.

ANMERKUNGEN

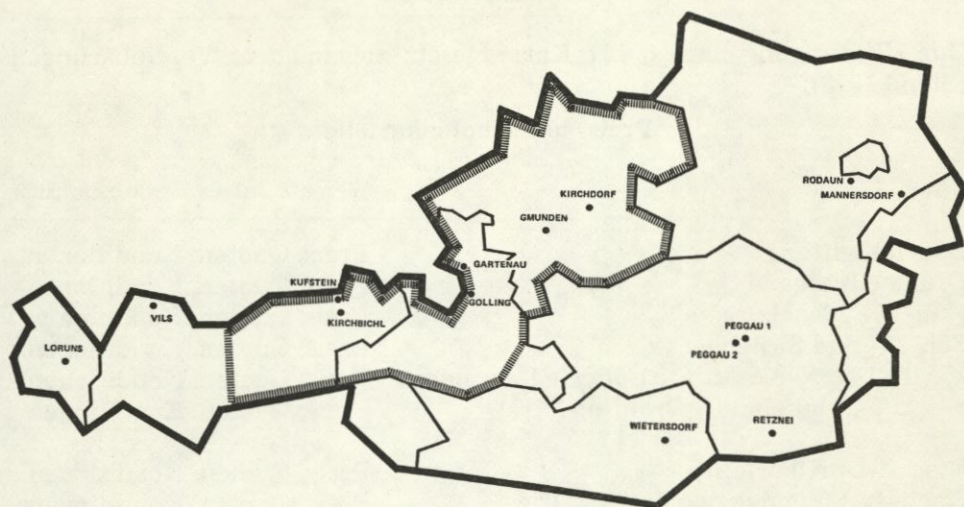
- 1 Laut § 46 KG kann das Kartellgericht die mißbräuchliche Ausnützung einer marktbeherrschenden Stellung untersagen. Den Tatbestand des Mißbrauches bilden insbesondere die Erzwingung »unangemessener Preise«, die »Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher«, ferner die Diskriminierung von Vertragspartnern und erzwungene Kopelungsgeschäfte.

Derzeit sind nur zwei Verfahren aufgrund von Anzeigen der im Kartellverfahren zugelassenen Parteien anhängig, und zwar gegen die Firma Electro-Diesel, die der Diskriminierung durch Ausschließlichkeitsverträge mit ihren Abnehmern beschuldigt wird, und gegen die ÖMV wegen der Weigerung, einen Großkunden direkt zu beliefern.

- 2 Der Zwang zur Modernisierung der Begriffsbestimmungen ergab sich schon aus der Notwendigkeit einer gewissen Anpassung an das EG-Recht. So zum Beispiel wurde der Kartellbegriff im Sinne der Folgetheorie erweitert, das heißt, daß es nicht mehr wie früher nur auf die Absicht der Kartellanten ankommt, den Wettbewerb zu beschränken, sondern auch auf die tatsächlichen Auswirkungen des Vertrages. Vgl. Maria Szecsi, *Kartelle*, in: »Arbeit und Wirtschaft«, Nr. 10/72.
- 3 Helmut Wilhelm, *Die Rechtsstellung der Kartelle und die Behandlung ähnlicher Wettbewerbsbeschränkungen in der modernen österreichischen Rechtsentwicklung*. »Beiträge zum europäischen Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht«, Bg. 4, Karlsruhe 1966, S. 45 ff.
- 4 Otto Bauer, *Der Staat und die Kartelle*, in: »Der Kampf«, 2. Jhg. 1908, S. 71.
- 5 Helmut Wilhelm, a. a. O. S. 57.
- 6 Diese Schwierigkeit kann allerdings ausgeräumt werden, wie sich am Beispiel von Streitigkeiten in Sozialversicherungssachen zeigen läßt: hier entscheidet zunächst die Pensionsversicherungsanstalt, die eine Verwaltungsbehörde ist; gegen diese Entscheidung kann beim Schiedsgericht Klage erhoben werden. Um der Verfassung Rechnung zu tragen wurde die Konstruktion so gewählt, daß das Schiedsgericht die Entscheidung der Anstalt nicht überprüft, sondern zunichte macht und neu entscheidet. Ob eine analoge Konstruktion auch in Kartellsachen zweckmäßig wäre, ist damit natürlich nicht gesagt.
- 7 Vgl. »Arbeitspapiere zum 7. Bundeskongreß des ÖGB (1971), Arbeitskreis Nr. 5«, Kapitel *Kartellrecht und Wettbewerb*. Hier heißt es:
 »Es ist daher eine Instanz zu schaffen, die ... die Ermittlungsbefugnisse und Mittel ... erhalten muß, um folgende Aufgaben zu erfüllen:
 1. Untersuchung von wettbewerbspolitisch wichtigen Sachverhalten, Begutachtung von Kartellanträgen ... laufende Aufsicht über Kartelle, Untersuchung der Folgewirkungen ... anderer Vereinbarungen.
 2. Bei festgestellten Machtmißbrauch, Durchführung eines Güteverfahrens zur Abstellung der beanstandeten Praktiken, wenn dieses ergebnislos verläuft, Formulierung von Empfehlungen an die Bundesregierung, die geeignet sind, die Wettbewerbssituation auf dem betreffenden Markt mit anderen Mitteln zu verbessern.

3. Bei voller Wahrung wirklicher Geschäftsgeheimnisse muß sich die Tätigkeit dieser Instanz so weit wie möglich in der Öffentlichkeit vollziehen ...»
- 8 Erich Streissler, *Wirtschaftspolitische Grundsätze der österreichischen Kartellgesetzgebung und der Tatbestand der gesamtwirtschaftlichen Rechtfertigung*. »Wiener Studien zur Wirtschafts- und Sozialpolitik«, Heft Nr. 2, 1960, S. 51. Ähnlich urteilt Wilhelm: »Seit Schaffung des Paritätischen Ausschusses ist das Kartellzulassungsverfahren praktisch ein Akt der Selbstverwaltung der Wirtschaft geworden«, a. a. O. S. 180. Hoffmann wiederum macht den PA für den Mangel an gerichtlichen Grundsatzentscheidungen und für den Ausschluß der Öffentlichkeit verantwortlich. Gerhard Hoffmann, *Das Kartellgesetz im Rahmen einer Wettbewerbspolitik*, in: »Berichte und Informationen«, Dezember 1972, Heft 1266.
- 9 Damit soll das Kartellgericht keineswegs der bewußten Parteilichkeit geziehen werden. Das Grundübel dürfte in der Unbeweglichkeit der Judikatur liegen, die sich noch immer an den Entscheidungen orientiert, die in den frühen fünfziger Jahren gefallen sind und vielleicht der damaligen wirtschaftlichen Lage des Landes sowie den kartellrechtlichen Traditionen noch früherer Zeiten entsprachen. Was immer die Ursachen, jedenfalls ist es eine Tatsache, daß der ÖAKT seinen Standpunkt in keinem einzigen Verfahren von nennenswerter Bedeutung gegen die von den Vertretern der Bundeskammer (als Beisitzer) unterstützten Kartellanten durchsetzen konnte.
- 10 Laut Kartellgesetz ist das Kartellobergericht verpflichtet, einen jährlichen Tätigkeitsbericht vorzulegen. Dieser enthält auch den Bericht des Paritätischen Ausschusses. Die Veröffentlichung erfolgt im »Amtsblatt der österreichischen Justizverwaltung«. Für den Tätigkeitsbericht für 1973 siehe die Nummer vom 9. September 1974.
- 11 Für die folgenden Angaben über die Änderung von Kartellverträgen vgl. den Tätigkeitsbericht für 1974, »Amtsblatt«, 24. September 1975.

Standorte der im Zementkartell zusammengefaßten Betriebe



IIIIIIIIIIIIIIII = GRENZEN DES POTENTIELLEN WETTBEWERBSRAUMES

LEGENDE ZUR KARTE

Unternehmen	Standort
Gebrüder Bernhofer	Golling
Gmundner Zementwerke Hans Hatschek AG	Gmunden
Gebr. Leube	Gartenau
Peggauer Zementwerke A. Kern	Peggau I
Perlmooser Zementwerke AG	Kirchbichl Mannersdorf Retznei Rodaun
Portland-Cementwerk Kirchdorf	Kirchdorf/Krems
Schretter und Cie.	Vils
Steir. Montanwerke AG (Konzernunternehmen der Perlmooser)	Peggau II
Vorarlberger Zementwerke	
Lörüns AG (Konzernunternehmen der Perlmooser)	Lörüns
Wietersdorfer Zementwerke	Wietersdorf
Zementwerk Eiberg	Eiberg bei Kufstein

ANHANG I

Zur Übertragung nach § 127 Kartellgesetz angemeldete Vereinbarungen
(Stand 1973):

Preis- und Quotenkartelle

	Wesentl. Inhalt der Absprachen
Baustahlgitter	Preis, Quoten, Konditionen
Drahtseilverband	Preis, Quoten, Konditionen
Kabel-Evidenzbureau	Preis, Quoten, Konditionen
Sensen- und Sichelwerke	Preis, Quoten, Konditionen
Vertriebsgesellschaft für isolierte Leitungen	Preis, Quoten, Konditionen
Werkübereinkommen Drahtindustrie	Preis, Quoten, Konditionen
Eternit-Duritkartell	Preis, Quoten, Konditionen
Kartellvertrag der Zementindustrie	Preis, Quoten, Konditionen, Frachtsätze
Österreichische Natursteinwerke	Preis, Quoten, Konditionen, Frachtsätze
Verkaufsgemeinschaft steirischer Ziegelwerke	Preis, Quoten, Konditionen
Weißhohlglaserzeuger Österreichs	Preis, Konditionen, Investitionsbeschränkungen
Altpapier-Ein- und Verkaufsübereinkommen	Preis, Quoten, Konditionen
Handpappefabriken	Preis, Quoten, Konditionen
Sulfitzellstoffindustrie	Preis, Quoten, Konditionen
Österreichische Kleberollenerzeuger	Preis, Quoten, Konditionen
Österreichische Maschinenpappefabriken	Preis, Quoten, Konditionen
Österreichische Papierverkaufsgesellschaft (ÖPA)	Preis, Quoten, Konditionen
Österreichische Wellpappeerzeuger	Preis, Quoten, Konditionen
Vereinbarungen der österreichischen Kohlensäureindustrie	Preis, Quoten, Konditionen
Preßhefekartell	Preis, Quoten, Konditionen, Gebietsabsprache, Frachtenausgleich
Rübeneinkaufs- und Zuckerverkaufs- übereinkommen	Preis, Quoten, Konditionen, Absatz- u. Rohstoffgebiets- regelung, Frachtenausgleich
Österreichische Glühlampenindustrie	Preis, Quoten, Konditionen
Arbeitsgemeinschaft Briefumschlaghersteller	Preis, Konditionen
Holzfaser- und Isolierbauplatten	Quoten, Konditionen
Holzimportvereinbarung der Papierindustrie	Quoten
Sprießelholzvereinbarung	Quoten

Übereinkommen zum Verkauf von Hartplattenerzeugnissen in Österreich	Quoten, Konditionen
Essigkartell	Quoten
Speiseölkartell	Quoten
Flaschenbierkontingentverträge für Linz, Salzburg und Wien	Quoten
Schulbücherkartell	Quoten
Autosammelladungskonferenz	Frachtsätze
Bahnsammelladungskonferenz	Frachtsätze
Bleiwarenerzeuger	Preise, Konditionen
Brennstoffhändler von Linz und Umgebung	Preise, Konditionen
Montagekartell der österreichischen Stark- und Schwachstromindustrie	Montagesätze
Österreichische Scheideanstalten	Bearbeitungssätze
Sägen- und Maschinenmesserkonvention	Preise, Konditionen
Vereinigung österreichischer Papiergroßhändler	Kalkulationsrichtlinien
Verkauf kaltgewalzten Bandstahles	Preise, Konditionen

Konditionenkartelle

Lesezirkelkartell	
Konditionenkartell der Baumwollspinner	
Konditionenkartell der Baumwollweber	
Textilveredelungsindustrie	
Übereinkommen der Seidenweber	
Übereinkommen der Wollweber	
Arbeitsgemeinschaft Pharmazeutica	
Arbeitsgemeinschaft Veterinaria	
Pharmig (Erzeuger pharmazeutischer Produkte)	
Konditionenkartell der Handelsmühlen Österreichs	
Konditionenvertrag der Kärntner Brauereien	
Marktregelungsvertrag der österreichischen Schallplattenhändler (mit Reversen)	
Photoartikel (Marktregelung durch Ausübungsbeschränkung und Reverse)	
TEGU — Interessengemeinschaft technischer Gummi- und Asbestwarengroßhändler	
Österreichische Zylinder-Lager- und Kurbelwellenbearbeitungsbetriebe (mit Beitrittsbeschränkung)	
Zylinder-, Lager- und Kurbelwellenmaterial	

Sonstige Vereinbarungen

Kunststoffisolierrohrerzeuger	Preismeldestelle, Konditionen
Austria-Emailwerke — Metallwerke Seebach	Rationalisierungsabsprache
Hamol — Kosmetische Produkte	Preisbindung der zweiten Hand
Kundenversicherungsvertrag der österreichischen Brauerei	Zeitlich unbefristete Sicherung eines Abnehmers

ANHANG II

Kartelle, die nach dem Kartellgesetz 1972 keinen Übertragungsantrag gestellt haben:

Name des Kartells

Art des Kartells

Marktregelungsvertrag der Radioerzeuger

Konditionenkartell
Markenartikel-
vereinbarungen

Eumig Markenartikelvereinbarungen

Preisbindung der 2. Hand

Hakle-Toilettpapier

Preisbindung der 2. Hand

Bunzl & Biach »Feh«-Taschentücher

Preisbindung der 2. Hand

Assoziierungsabkommen zum Kartell der

Preisbindung der 2. Hand

österreichischen Wellpappeerzeuger

Quotenkartell

Henhapel, Eisen- und Eisenwaren

Rayonkartell

Lackdraht (Eldra-Felten)

Preis-, Konditionen-,
Quotenkartell

Büromaschinen

Preiskartell, Marken-
artikelvereinbarung

Runderneuerung von Fahrzeugreifen

Konditionenkartell

Gevaert, Fotoprodukte

Preisbindung der 2. Hand

Agfa Copyrapid Materialien

Markenartikel-
vereinbarung

3-M Ferrania

Preisbindung der 2. Hand

Philishave

Preisbindung der 2. Hand

Kunstharzleim

Preis-, Konditionen-,
Quotenkartell

Zündmittel

Preis-, Konditionenkartell

Klöppelspitzen

Preiskartell

Fleuresse, Markenware

Preisbindung der 2. Hand

Diering — Österreichische Werbungsmittler
und Agenturen

Konditionenkartell

Filmverleih- und Vertriebsunternehmen

Konditionenkartell

Porsche, Konstruktionen

Preisbindung der 2. Hand

Opel, Handel

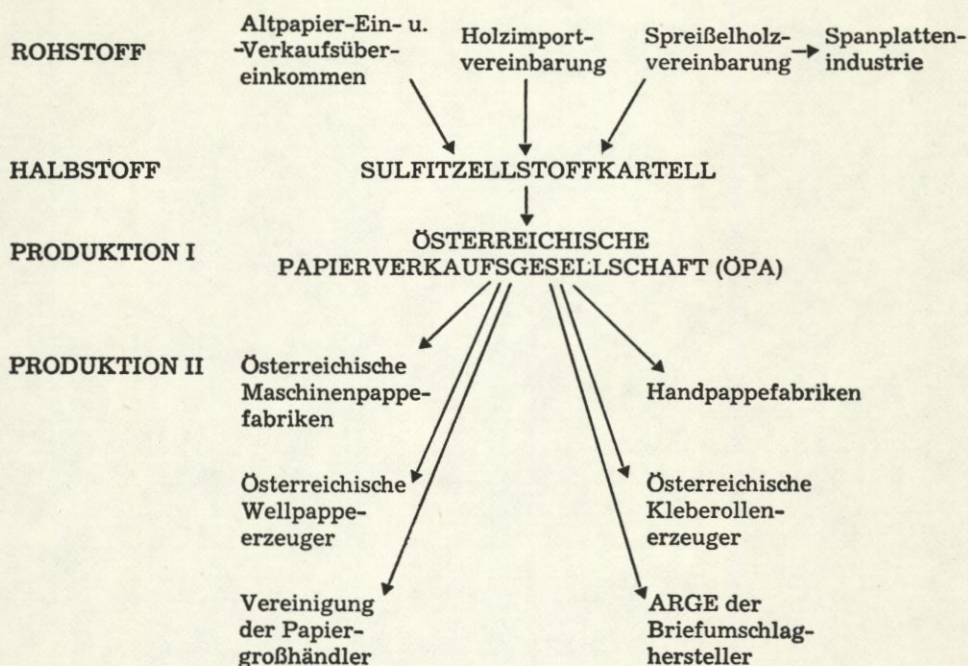
Konditionenkartell

Holzfaserplattenwerke, -händler

Preiskartell

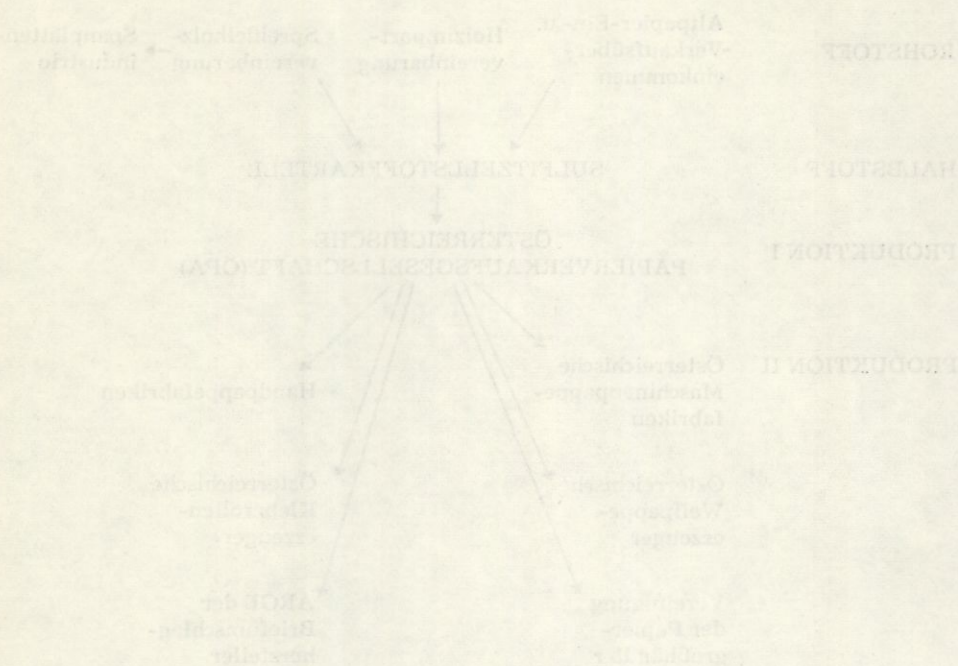
ANHANG III

Kartelle im Bereich der papiererzeugenden und -verarbeitenden Industrie



ANHANG III

Karte 1: Bereich der Haupterzeugnisse für die chemische Industrie



Neuorientierung der Forschung

Theodor Prager

Forschung im Spannungsfeld von Markt und Staat

Forschung heißt in unbekanntes Terrain vorstoßen; das Ergebnis von Forschung ist ungewiß; Forschung ist ökonomisch riskant. Forschung kann zwar außerordentlich lohnend sein, die gewonnenen Erkenntnisse und Kenntnisse lassen sich aber oft nicht im vollen Umfang vom individuellen oder unternehmerischen Forschungstreibenden so einfangen, daß sie nur ihm zugute kommen. Selbst im günstigsten Fall läßt der Ertrag oft lange auf sich warten. Dies gilt im besonderen Maß für Grundlagenforschung. Aus allen diesen Gründen tendiert das freie Spiel des Marktes zur Unterdotierung der Forschung, besonders der Grundlagenforschung.¹ In einer Gesellschaft, die begriffen hat, welche eminente Rolle die Forschung bei der Entfaltung der Produktivkräfte, bei der Hebung des technischen Niveaus und darüber hinaus bei der Stärkung der Grundlagen des gesellschaftlichen Lebensprozesses innehat, pflegt daher der Staat in die Bresche zu springen. Er finanziert nicht nur einen großen Teil der Forschung, er trachtet, da es ja in jedem Zeitpunkt drängende gesellschaftspolitische Probleme gemeinschaftlicher Natur gibt, auch die Forschungsprioritäten zu setzen.² Letzteres kommt vor allem in der staatlichen Auftragsforschung zum Ausdruck, die bisher allerdings vorwiegend im Dienste militärischer, machtpolitischer oder sonstiger nationaler Prestigeprojekte stand. In den USA, die soviel oder mehr für die Forschung ausgeben wie die ganze übrige Welt, nahmen diese Projekte bis vor kurzem noch den Löwenanteil aller Forschungsmittel und die große Mehrzahl aller Forschungstreibenden in Anspruch.³ Wie wir sehen werden, gibt es aber neuerdings eine spürbare Neuorientierung der staatlichen Forschungspolitik.

Die Durchführung — zum Unterschied von der Finanzierung — liegt vielfach bei großen Privatfirmen. Würde man sich nur daran halten, so könnte man meinen, ihre Forschungsbereitschaft lasse nichts zu wünschen

übrig. Wo aber die Ziele von außen vorgegeben sind und der Finanzaufwand von außen gesichert ist, kann man kaum von unternehmerischer Risikobereitschaft oder reinem Spiel der Marktkräfte sprechen. Zugleich mit dem staatlichen Forschungsauftrag wird der auftragnehmenden Firma die Einrichtung ihres Forschungsestablishments finanziert. Solcherart hält sie sich an der Frontlinie des technologischen Fortschritts und verbessert ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber allfälligen Rivalen. Riskant wäre es für große Firmen vielmehr, sich *nicht* um Auftrag und Finanzmittel zu bemühen. Dort aber, wo — wie in den Niederlanden, in der Schweiz oder in Japan — der Großteil der gesamten Forschungsbemühungen von privaten Firmen getragen wird, ohne daß sie sich dabei auf nennenswerte staatliche Aufträge stützen können, kann man wieder aus dem andern Grund nicht von einem forschungsgerechten Kräftespiel des Marktes sprechen; weil nämlich hier die Marktstärke der einzelnen Konzerne eine solche ist, daß kaum ein Konkurrent, zumindest auf dem einheimischen Markt, Nutzen aus einem allfälligen »spill-over« oder »spin-off« der Forschungsergebnisse (»know-how«) zu ziehen vermag.

Es geht hier nicht darum, der Marktwirtschaft oder dem Unternehmertum eins am Zeug zu flicken, sondern bloß um die nüchterne Tatsachenfeststellung, daß Forschung heutzutage an außerordentliche wirtschaftliche oder politische Macht gebunden ist — und diese Macht natürlich ihrerseits verstärkt. Daß wichtige wissenschaftliche und technische Durchbrüche oft nach wie vor von kleinen Personengruppen oder Firmen erzielt werden, kann kaum als Gegenargument dienen; es ist wohl bekannt — und gerade österreichische Erfinder und Firmen wissen davon ein Lied zu singen —, daß die industrielle und kommerzielle Verwertung letztlich fast immer irgendwelchen großen und finanziell potenten Auslandkonzernen anheimfällt.

Wir hatten bisher vorwiegend die anwendungs- oder wirtschaftsorientierte Forschung im Auge. Grundlagenforschung gilt traditionell als Reservat der Hochschulen. Zwar haben sich die Grenzlinien verwischt. Großkonzerne betreiben oft selber Grundlagenforschung; Hochschulen — und nicht nur die Technischen — gehen stärker in die anwendungsorientierte Forschung hinein. Oft treffen sich die beiden Bereiche beziehungsweise suchen sie den Kontakt zueinander. In Ländern wie Deutschland und den USA waren die Bindungen auf Gebieten wie Chemie oder Elektrotechnik immer schon stark, die Kommunikationslinien dicht, die personellen und auch finanziellen Verflechtungen eng. Anderswo bemüht man sich um stärkere Kommunikation und sogar Koordination. Das entspricht einem realen Erfordernis und ist durchaus in Ordnung. Nur wird dabei gelegentlich übersehen, oder nicht entsprechend berücksichtigt, daß auch so mancher industrielle Forschungsauftrag an den Hochschulprofessor und sein Institut Anlagen und Mittel in Bewegung setzt, man könnte allenfalls auch behaupten, abzweigt, die eigentlich vom Staat beigestellt worden sind. »Warwick University Ltd.« war der satirische Beiname, der der Universität in Coventry vor einigen Jahren beigelegt wurde,^{3a} um die über die Maßen dichte Verflechtung zwischen Firmeninteressen und Hochschulforschungsbetrieb zu kennzeichnen. Ähnliches soll es anderswo auch geben. (Womit

Österreich noch am wenigsten gemeint ist, denn hier war die beiderseitige Geschäftstüchtigkeit lange Zeit eher unterentwickelt. Wenn sich das jetzt allmählich ändert, so vor allem Dank dem Umstand, daß immer mehr Auslandskonzerne sich des hiesigen Forschungspotentials bedienen.)

Die Rolle der »Wirtschaft« als Forschungsträger wird auch sonst oft überbewertet. Gelegentlich werden Berechnungen angestellt, die zeigen sollen, daß jeder von der Industrie aufgewendete »Forschungsschilling« viele Junge wirft, also ein Vielfaches an Wertschöpfung, Exporterträgen, Steueraufkommen und so weiter erbringt. Nur wird dabei übersehen, daß der Forschungsschilling hinausgeworfenes Geld wäre, würden sich ihm nicht jeweils mehrere Bildungsschillinge, Straßenschillinge, Telefonschillinge, Krankenhausschillinge und so weiter hinzugesellen; daß also die gesamte Infrastruktur genügend ausgebaut und funktionsfähig sein muß, soll die Forschungsinvestition Früchte tragen.

Verantwortung des Staates

Tatsache ist jedenfalls, daß der Staat so gut wie überall die Hauptlast der Erhaltung der universitären wie der außeruniversitären Forschungstätigkeit trägt. Dies gilt selbst für jene vorhin zitierten Länder, wo die großen Privatfirmen Hauptträger der Forschung sind, denn in allen diesen Ländern stellt der Staat die erforderlichen komplementären Mittel für Bildung, Gesundheit, Verkehrs- und Nachrichtenwesen und so weiter bei und gewährt überdies namhafte Steuererleichterungen und Begünstigungen für die Forschungsaufwendungen der Firmen. Nun könnte man natürlich geltend machen, daß der Staat ja seinerseits die Mittel aus jenem Steuertopf schöpft, der von der Allgemeinheit direkt — über Einkommen- und Vermögensteuern — oder indirekt — über die Umsatzsteuern und so weiter, also über die Preise und Tarife — gespeist wird. Mit anderen Worten, die Forschungsmittel des Staates stammen ihrerseits aus dem Wirtschaftsertrag, und dieser wird durch die Leistungen aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten erbracht.

Gut, aber das heißt ja auch nichts anderes, als daß die Allgemeinheit ein berechtigtes Interesse an der klugen und gesellschaftlich vertretbaren Verwendung dieser Mittel hat. Dieses Interesse kann auf vielerlei Weise, so durch eine informierte und kritische Presse, durch die Artikulierung von Wünschen, Anregungen, Klagen, Beschwerden organisierter Gruppen, sowie natürlich einzelner (denen eine Vielfalt von hörbaren Äußerungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen soll) bekundet werden, die ihren Niederschlag in den Beschlüssen der parlamentarischen Körperschaften zu finden haben. Damit es nicht zu einseitigen Entscheidungen kommt, damit der Entscheidungsprozeß möglichst informiert, transparent und demokratisch erfolgt, wurde im Laufe der letzten Jahrzehnte in allen industrialisierten und in vielen ökonomisch noch unterentwickelten Ländern institutionelle Vorsorge für den notwendigen Informationsfluß und Meinungsaustausch getroffen, an dem möglichst viele direkt oder indirekt berührten Interessengruppen mit dem Problem der Prioritätensetzung — und miteinander — konfrontiert werden. In Österreich stützen sich die Entscheidungen über die finanziellen Aufwendungen der öffentlichen

Hand für »Wissenschaft und Forschung« (wie es bei uns heißt) auf die Vorarbeiten und Vorschläge eines eigenen Wissenschaftsressorts, das sich seinerseits auf die Beratungen und Vorschläge einer ganzen Reihe von Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Fonds, Beiräten und sonstigen Gremien stützt, in denen »Wirtschaft, Wissenschaft und Staat« zusammen-treffen.

Es wäre natürlich unrealistisch, zu meinen, die entsprechenden Bera-tungen, Enunziationen und Beschlüsse fußten auf feinstens ausgewogenen hochwissenschaftlichen Methoden und Vorgangsweisen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein kontinuierliches vielseitiges Tauziehen um mehr Geld, Einfluß, Prestige und Macht, wobei es bei dem vor langem in Gang gekommenen Entscheidungsprozeß nicht um erstmals zu treffende Grund-satzbeschlüsse, sondern bloß um allfällige Umschichtungen, um einen größeren oder kleineren Anteil an dem absolut wachsenden Geldtopf geht. Es ist auch der Streit um Forschungsprioritäten und um den größtmög-lichen Happen eine höchst erdnahe Angelegenheit, doch kann man mit gutem Gewissen behaupten, daß wir heute ein Klima relativ zivilisierter Konfliktaustragung haben, in dem Information zwar oft sehr unvoll-ständig ist, in dem auch rein egoistische Interessen oft erfolgreich bemän-telt oder verklärt werden, wo aber keiner ohne gesellschaftsbezogene Begründungen auskommt und niemand gegen unehrerbietige Kritik gefeit ist. Das mag noch sehr weit entfernt sein von idealen Modellen, oft auch noch ziemlich weit von den besten bisher gefundenen Lösungen im Aus-land (die auch ihrerseits höchst unvollkommen zu sein pflegen). Aber es ist jedenfalls ein Fortschritt gegenüber früheren Zuständen, da der Staat die Forschung nicht nur finanziell als Stiefkind behandelte, sondern sich überhaupt kaum noch Rechenschaft darüber gab, was Forschung, bezie-hungsweise was die Aushungerung der Forschung bedeutet. Vor allem hat sich das öffentliche Klima in den letzten zehn, fünfzehn Jahren insoferne außerordentlich verändert, als Forschung nicht länger als Luxus einer kleinen Elite oder gar als Hobby intellektueller Spinner betrachtet wird, sondern als gesellschaftliche Notwendigkeit.

Die Wissenschaft hat an Prestige gewonnen, Forscher gelten mehr denn je als nützliche Mitglieder der Gemeinschaft, denen man, auch das wird schon ziemlich allgemein verstanden, sogar eine gewisse Narrenfrei-heit einräumen muß . . . Ja, das Pendel beginnt fast schon nach der anderen Seite auszuschlagen, in eine gewisse Wissenschaftsgläubigkeit, die dazu neigt, den Wissenschaftlern Entscheidungskompetenzen zuzubilligen, die ihnen als Wissenschaftlern, notabene als Naturwissenschaftlern, nicht un-bedingt zukommt. Das ist allerdings keine spezifisch lokale Tendenz, sie ist vielmehr in der zunehmenden Komplexität, Unübersichtlichkeit und Konfliktlatenz der modernen Industriegesellschaft angelegt.

Nebeneffekte eindimensionalen Wirtschaftswachstums

Die Unsicherheit, die dieser Wissenschaftsgläubigkeit — oder auch umgekehrt, der völligen Verwerfung der Wissenschaft als Interpretations- und Orientierungsbehelf — zugrunde liegt, hat wohl mehrere Wurzeln.

Eine davon, und sicher nicht die unwichtigste, ist eine gewisse Desillusionierung mit den Wohltaten des Wirtschaftswachstums. Es ist noch gar nicht so lange her, da galt es hierzulande den Nachweis zu führen, daß Wirtschaftswachstum die Quelle ist, aus der die Ansprüche des einzelnen und der Gemeinschaft optimal befriedigt werden können, und die gleichzeitig die Mittel für den sozialen Ausgleich in seinen mehrfachen Dimensionen liefert; und daß Forschung und Entwicklung einen entscheidenden Hebel für das Wirtschaftswachstum darstellt. Gewiß mußte dieser Hebel richtig angesetzt werden, gewiß war er nur einer von mehreren Hebeln (Japan schien ohne ihn auszukommen, England setzte ihn offenbar nicht optimal ein); aber unter bestimmten günstigen Voraussetzungen, die zu schaffen eine vernünftige Wirtschafts-, Bildungs- und Forschungspolitik durchaus imstande sein sollte, würde sich der Erfolg früher oder später einstellen.

Nun läßt sich für Österreich nicht ohne weiters behaupten, daß die Förderung, die der Forschung neuerdings zuteil wird, entscheidenden Anteil an dem rasanten Wirtschaftswachstum hatte, das unser Land erlebt hat; aber da bekanntlich nichts so erfolgreich ist wie der Erfolg, durfte man auch für die Forschung in Anspruch nehmen, daß sie einer der Väter dieses Erfolgs war. Die überraschende — und peinliche — Wendung liegt in den Folgen, die das Wirtschaftswachstum selber zu zeitigen begonnen hat. Anderswo sind diese unerwünschten Nebeneffekte noch drastischer zu spüren, anderswo macht man sich schon Sorgen darüber, ob sie sich nicht als Haupteffekte erweisen werden,⁴ aber auch hier sind sie zu spüren, auch hier hat die Debatte über die »Grenzen des Wachstums«, über die Fragwürdigkeit eines eindimensionalen Wirtschaftswachstums eingesetzt.

Es mag paradox scheinen, aber es ist kaum zu leugnen: Je größer das sogenannte Bruttonationalprodukt, und je rascher es wächst, um so rascher steigt der Bedarf an Mitteln, um die Gesellschaft auf einem Pfad halbwegs stabilen Gleichgewichts zu halten. Und zwar nicht bloß und nicht so sehr im Sinn der konventionellen Nationalökonomie und ihrer Ziele und Kriterien (Vermeidung von größeren Konjunkturschwankungen, inflationistischen Überhitzungen, Einkommenpolarisierung, unerträglichen Zahlungsbilanzdefiziten und so weiter), sondern in solchen Dimensionen wie regionale Gleichgewichtigkeit, also Vermeidung übermäßiger Ballungen auf der einen Seite, von Entleerungs- und Auszehrungstendenzen auf der anderen; in der Wahrung einer lebenswerten Umwelt, letztlich eines Gleichgewichts zwischen Ökonomie und Ökologie; in der Herstellung von Arbeitsbedingungen, die den arbeitenden Menschen nicht unzumutbarer physischer Anspannung, psychischer Belastung oder gar gesundheitsschädlichen Einwirkungen aussetzen; in der Gewährleistung eines Klimas der Demokratie, der Toleranz, der Rücksichtnahme, in dem vernünftige zwischenmenschliche Beziehungen gedeihen können.

Da ein Teil des Wirtschaftswachstums bloß auf das Wachstum der Bevölkerung beziehungsweise der Zahl der Beschäftigten zurückgeht, ergibt sich ganz von selbst ein proportional größeres Erfordernis an Wohnungen, Schulen und dergleichen, oft sogar ein überproportionales, wenn

es mit größerer Wohndichte Hand in Hand geht. Darüber hinaus erfordert die größere Beanspruchung der natürlichen Ressourcen aller Art — Boden, Wasser, Wälder, Rohstoffe — einen größeren Aufwand zur »Instandhaltung« der natürlichen Umwelt; und zwar um so mehr, da ja der größere Produktionsumfang und Verbrauch vielfach äußerst energieintensive, raumfressende und umweltbelastende Geräte, Verfahren und Aktivitäten erfordert und nach sich zieht. Die sogenannten Güter des gehobenen Bedarfs heben meist auch den Bedarf an öffentlichen oder Kollektivgütern: Kraftwerken und Flugplätzen, Straßen und Brücken, Polizisten und Mistbauern, Klär- und Müllverbrennungsanlagen, Ärzten und Spitälern — und wie sich zeigt, auch an Psychiatern und Nervenheilstalten, Entwöhnungsheimen und Besserungsanstalten . . .

Das Paradox vom Wirtschaftswachstum läßt sich an der Hand eines sehr österreichischen — oder alpinen — Beispiels illustrieren: Je mehr Einkommen durch Fremdenverkehr, Hotel- und Apartmentbau, Schilifte und Massensport geschaffen wird, um so mehr muß für Autostraßen, Müllbeseitigung, Lawinenschutz und für »Rettung« und »Sicherheit« ausgegeben werden. Wie der Trend jetzt läuft, sieht es ganz danach aus, als ob der wachsende Wohlstand mit einer immer größeren Verschandelung und Ruinierung der natürlichen Umwelt, also mit der fortschreitenden Untergrabung der menschlichen Existenzgrundlagen bezahlt wird. Und je größer der Produktivitätsgewinn in Industrie und Wirtschaft generell, je stärker die Mechanisierung, Motorisierung und Chemisierung der Lebensweisen, um so größer die nervliche, psychische und physische Beanspruchung und Belastung der Menschen, was sich nicht nur in der wachsenden Zahl und Quote der Unfälle und der sogenannten Zivilisationskrankheiten niederschlägt, sondern auch in einer Trendumkehr der durchschnittlichen Lebenserwartung.

Neuorientierung der Forschung

Es liegt auf der Hand, daß die neuen und gravierenden Probleme, die das Wirtschaftswachstum, oder besser, die der stets wachsende Umfang und beschleunigte Rhythmus der Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesse mit sich bringt, eine entschiedene Neuorientierung der Forschungsbemühungen erfordert und nach sich zieht. Neue Richtungen und Disziplinen sind entstanden und neue Ansätze und Methoden entwickelt worden, vor allem auch solche, die Brücken nicht nur innerhalb verschiedener Bereiche der Natur- und der Gesellschaftswissenschaften schlagen, sondern auch zwischen diesen, wie zum Beispiel die Systemanalyse. Gewiß ist dies mit eine Folge immanenter Gesetzmäßigkeiten der wissenschaftlichen Bemühung, gewiß aber auch der Anstöße, die durch die Problematik der gesellschaftlichen Entwicklung gegeben wurden. Unleugbar spielten dabei, wie das bisher noch meistens der Fall war, der handfeste Zwang zur Behauptung im internationalen Wettbewerbskampf und die Bemühung um militärisch-politische Hegemonie eine, ja, die entscheidende Rolle; auch ist es gerade in Großstaaten stets leichter, Verständnis und Zustimmung für den Einsatz riesiger Mittel für rüstungsorientierte Forschung zu erhalten

als zum Beispiel für gesundheitsorientierte. Immerhin ist aber bereits allorts eine deutliche Umorientierung bei den staatlichen Forschungsbemühungen — und Prioritäten — festzustellen. Was nützt das schönste Waffenarsenal, fragt man in den USA, wenn uns gleichzeitig reine Luft und sauberes Wasser ausgehen, wenn der Straßenverkehr an Verstopfung eingeht, wenn sich abends keiner mehr ins Freie trauen kann und wenn Alkohol, Rauschgiftsucht und Medikamentenmißbrauch die Gesundheit der Nation zerstören? Die akute Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität durch neue ökologische, raumbedingte, soziale, psychische Störungen ruft das Bedürfnis nach deren Erforschung und Bewältigung hervor. Was bisher durch Gespür und Improvisation einigermaßen unter Kontrolle gehalten werden konnte, verlangt nun nach systematischer Durchleuchtung und nach Entwicklung und Anwendung neuer Sozialtechniken. Forschung wird zum Instrument des gesellschaftlichen »crisis-management«. ^{4a}

Entfielen zu Beginn der sechziger Jahre fast neunzig Prozent der staatlichen Forschungsaufwendungen der USA auf Militär-, Weltraum- und Nuklearforschung, so waren es am Ende der Dekade weniger als achtzig Prozent (während der Aufwand für Wohlfahrt-, Gesundheits- und Umweltforschung von sieben auf 13 Prozent stieg). In Großbritannien sank der entsprechende Anteil in derselben Zeit von 80 auf 60, in Kanada von 44 auf 29, in Frankreich von 69 auf 52 Prozent. ⁵ In den siebziger Jahren hat sich dieser Trend fortgesetzt. Allerdings — und das gibt zu denken! — ist der Anteil, den Forschung und Entwicklung insgesamt am Bruttonationalprodukt einnehmen, in den USA von rund drei auf weniger als zweieinhalb Prozent zurückgegangen. Andere Länder, nicht nur Großbritannien mit seinen Zahlungsbilanznöten, neigen ebenfalls dazu, lange vor der »Traumgrenze« von drei Prozent innezuhalten und sogar zurückzuschrauben. Die Forschung, bis vor kurzem noch mit hohem Prestige- und Prioritätenglanz ausgestattet, sieht sich dem scharfen Wettbewerb anderer drängender Bedürfnisse ausgesetzt: Städte- und Umweltsanierung, Umbau des Verkehrssystems, Ausbau des Gesundheitswesens, Bemühung um besseren Regionalausgleich und andere mehr. Gemessen an der Fülle dieser und anderer akuter gesellschaftlicher Erfordernisse erweisen sich auch die durch Prosperität und Wirtschaftswachstum reichlich fließenden Mittel als knapp. ⁶ Mit knappen Mitteln aber muß umsichtig und sparsam gewirtschaftet werden; die Setzung von Prioritäten muß überlegt erfolgen; Kosten und Nutzen müssen für Projekte und womöglich für ganze Bereiche gegeneinander abgewogen werden; Forschungspolitik darf weniger als je zuvor auf gut Glück erfolgen oder bloß die Resultante des üblichen Tauziehens sein; sie muß sich auf ein möglichst umfassendes Datenmaterial, einschließlich plausibler Varianten wahrscheinlicher Zukunftsentwicklungen stützen können, wobei die Wertungen hinsichtlich gesellschaftlicher Relevanz und Priorität möglichst deutlich offen zu legen sind.

Prioritätensetzung erfordert Wertungen

Es wäre nämlich eine Illusion, wenngleich eine weithin verbreitete und mitunter auch sorgsam gepflegte Illusion, zu meinen, Forschungspolitik

könne wertfrei gehalten oder gemacht werden. Knappe Mittel stehen vielfältigen Zielsetzungen gegenüber, deren relative Dringlichkeit notwendigerweise Sache von Wertungen oder Werturteilen ist. Diese Wertungen sind daher notwendigerweise mitbestimmend für den Einsatz der Mittel, der durch die Forschungspolitik festgelegt wird. OECD-Forschungsexperte Professor C. Freeman schreibt ausdrücklich: »Forschungspolitik ist zwangsläufig von Wertungen bestimmt; die forschungspolitische Diskussion kann und soll nicht wertfrei sein.«⁷ Und ein späteres OECD-Dokument zur Forschungspolitik ergänzt: »Wir möchten erneut unsere nachdrücklichen Vorbehalte dagegen anmelden, daß der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnis und Kenntnis zuviel zugemutet wird. Solches Wissen ist zweifellos unentbehrlich für die Gegenüberstellung und Inbeziehungsetzung der diversen Bedürfnisse und Bestrebungen. Die Anordnung der Prioritäten jedoch hängt ab von den Hoffnungen und Ängsten der Menschen. Die Wissenschaft . . . kann die innere Vereinbarkeit dieser Haltungen und Bestrebungen feststellen und herstellen helfen, sie kann diese aber nicht ersetzen.«⁸ Ohne gesellschaftspolitischen Bezug gibt es keine Forschungspolitik.⁹ Da dies aber notwendigerweise subjektive Wertungen und Einschätzungen ins Spiel bringt, ist die ideologische Komponente in der Forschungspolitik stets präsent; sie mußte nicht erst von außen hineingebracht werden, wie kürzlich in einer polemischen Stellungnahme¹⁰ suggeriert wurde. In diesem Sinne ist auch das politische Element stets präsent in der Forschungspolitik und färbt damit auf die Stoßrichtung wissenschaftlicher Bemühung ab, so daß das Wort vom »Griff der Politik nach der Wissenschaft« (wie es an anderer Stelle in derselben Streitschrift¹¹ geprägt wird) eher als aktuell-politischer Slogan denn als Ent- und Aufdeckung eines neuen und bedenklichen Phänomens gesellschaftlicher Entartung zu qualifizieren wäre.

Im übrigen ist, wie die OECD vermerkt, »Wissenschaftspolitik nur eine Komponente der Erarbeitung und Durchsetzung einer globalen Strategie für die Befriedigung der Gemeinschaftsbedürfnisse«,¹² eine Bemerkung, die wohl dahingehend zu verstehen ist, daß Wissenschafts- und Forschungsbemühungen (einschließlich der Grundlagenforschung) mit Blickrichtung auf gesellschaftliche Erfordernisse zu bestimmen und mit anderen Bereichen — wie Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Regional-, Gesundheitspolitik und so weiter — abzustimmen sind.¹³ Das schließt nicht aus, daß die Wissenschaftler nicht auch ihrerseits am Prozeß der Meinungs- und Entscheidungsbildung darüber, welche Gemeinschaftsbedürfnisse Priorität verdienen und wie die Strategie zur Befriedigung dieser Bedürfnisse beschaffen sein soll, teilnehmen; im Gegenteil.¹⁴ Je mehr auch die Wissenschaftler sich diesbezüglich Rechenschaft geben und engagieren, um so besser. Sie sollen keineswegs ergeben hinnehmen, was allfällige Auftraggeber, öffentliche oder private, ihnen an Zielsetzungen vorgeben; und sie sollen sich erst recht zur Wehr setzen, wenn ihnen womöglich auch die erst zu erarbeitenden Erkenntnisse aus politischen oder ideologischen Motiven suggeriert werden! Es darf nicht daran gerüttelt werden, daß die Forschung — und hier sei es gestattet, aus einer früheren Schrift zu zitieren — ihren immanenten wissenschaftlichen Erfordernissen zu folgen hat¹⁵ und dies-

bezüglich keinerlei Außenlenkung oder gar Manipulation ausgesetzt sein darf; gleichzeitig darf aber auch dafür plädiert werden, daß die Forscher sich dem, was unter ihrer eigenen lebhaften Mitwirkung als gesellschaftliches Erfordernis erarbeitet wurde, nicht verschließen, sondern es als Anregung zum Engagement auffassen mögen.

ANMERKUNGEN

- 1 »Je riskanter, unkonventioneller und langfristiger das Projekt oder Programm, desto stärker neigt die Marktwirtschaft zur Unterinvestition.« C. Freeman, *National Science Policy*, »Physics Bulletin«, vol. 20, 1969, S. 268.
- 2 »In den meisten Industrieländern äußerte sich die staatliche Einflußnahme (bis 1967) in einer wachsenden Dotierung der Forschungstätigkeit, sowie in einer mehr oder weniger organisierten Bemühung um die Orientierung der Forschung an gewissen nationalen Zielsetzungen.« *Science, Growth and Society, A new Perspective. Report of the Secretary General's Ad Hoc Group on New Concepts of Science Policy*, in: »Brooks-Report«, OECD, 1971, S. 38.
- 3 *The Goals of R & D in the 1970's*, OECD, Committee for Science Policy, S. 12/13 (hektographiert), und *Criteria, Policies and Institutions for the effective Application of Science and Technology in Industry*, ECE/UN, 12. Februar 1971, S. 21 (hektographiert).
- 3 a Vgl. *Warwick University Ltd. (Industry, Management and the Universities)*, Edited by E. P. Thompson, »Penguin Books« 1970.
- 4 Brooks-Report, S. 25—31.
- 4 a Vgl. Erich Fröschl, *Tendenzen der Forschungspolitik*, in: »Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft«, 4/1974, der sich hier vor allem auf die Arbeiten von C. Offe stützt.
- 5 *The Goals of R & D in the 1970's*, S. 25 und 44.
- 6 Brooks-Report, S. 64.
- 7 *The Goals of R & D in the 1970's*, S. 8.
- 8 Brooks-Report, S. 62.
- 9 Das gilt sogar für die Industrie beziehungsweise für Privatunternehmen. »Es besteht kein Zweifel, daß sich die Stellung der Forschung in der Industrie in den letzten Jahren geändert hat. ... Wenn wir uns nicht anstrengen, um die wirklichen Bedürfnisse der Menschen in unseren Forschungsplänen zu berücksichtigen, so gehen wir ernstlichen Schwierigkeiten entgegen ...« Prof. Ambros P. Speiser, *Forschung in der Industrie und die Grenzen des Wachstums, Blick durch die Wirtschaft* (FAZ), 18. Juni 1973.
- 10 *Beiträge zur Neuorientierung der Forschungspolitik*, Schriftenreihe »Gesellschaft und Politik« des Dr. Karl Kummer-Institutes für Sozialpolitik und Sozialreform, Heft 1/1975, S. 7.
- 11 A. a. O. S. 65.
- 12 Brooks-Report, S. 65.
- 13 »Bisher bildete die Wissenschaft ein wohlbehütetes Gebiet, wo Entscheidungen getroffen werden konnten, ohne gravierende Konflikte heraufzubeschwören. Ständige Expansion machte die Lösungsfindung leicht. Mit den grundlegenden Änderungen in den hergebrachten Beziehungen zwischen Bildung, Wissenschaft, Technologie und den gesellschaftlichen und politischen Anforderungen sieht sich die Wissenschafts-

politik einem weit schwierigeren Entscheidungsprozeß gegenüber. Selbst die Grundlagenforschung wird auf die Notwendigkeit selektiver Akzente, die von der gesellschaftlichen, politischen und industriellen Umwelt gesetzt werden, einzugehen haben.« Brooks-Report, S. 16.

- 14 »Die politischen Entscheidungsträger müssen sich auf wissenschaftliche Berater stützen können, um herauszufinden, was ihnen an Krisen ins Haus steht und welche wünschenswerte Alternativen allenfalls zur Verfügung stehen. Die Wissenschaftler ihrerseits müssen die Verantwortung zur Erarbeitung normativer Weltmodelle auf sich zu nehmen bereit sein.« Ervin Laszlo, *Responsibility of Science in a Global Society*, in: »Science and Public Policy«, London, 2/1975.
- 15 *Forschungskonzept als gesellschaftliche Aufgabe*, in: »Forschungstheorie — Forschungspraxis«, Wien 1971, S. 59.

Nationale Wachstumsmodelle in einer transnationalen Ökonomie?

Erich Kitzmüller

Solange hohe Wachstumsraten andauerten, wurde die Qualität des Wachstums (die Qualitäten der Produkte wie des Arbeitslebens wie der zwischenmenschlichen Beziehungen) niemals zum erstrangigen politischen Problem. Worauf es ankam, war die Sicherung und Verstetigung von »Wachstum«, gleich welcher Art. Es kennzeichnet die Ironie der gegenwärtigen Krisenlage, daß nun fast über Nacht Wachstum gedrosselt ist — aber nun nicht als geplante Qualitätsänderung, aus kritischer Einsicht, sondern erzwungen aus der Not schrumpfender Investitionen. In der Hochkonjunktur vermochte jene politische Konzeption sich durchzusetzen, die mittels Lohnsteigerung und staatlicher Umverteilung »Lebensqualität« zu steigern versprach. Jetzt, in der Krise, werden neue Produktionsstrukturen zwar erzwungen, aber nicht als Ergebnis einer auf Qualitätsänderung orientierten, kommunikativen Planung, sondern aus dem Planzwang, von neuem profitable Kapitalverwertung und in der Folge Wachstum, hohe Beschäftigung, sozialen Frieden zu ermöglichen.

Nun wird umgekehrt zum politischen Problem Nummer eins, wie eine zu scharfe Drosselung vermieden und wie den schädlichsten Auswirkungen abgeholfen werden könnte. Egon Matzner¹ stellt das neue Hauptproblem in einen gesellschaftstheoretischen Zusammenhang. Er skizziert ein politisch-ökonomisches Modell, das, zumindest der Absicht nach, die ökonomischen wie die politischen Momente gleich gewichtig erfaßt. Seine Argumentation und seine eigenen Lösungsvorschläge werden so besser überprüfbar. Diese Vorgangsweise unterscheidet sich wohlthuend von der hierzulande vorherrschenden Symptompfuscherei, jener mit ungeheurem massenmedialen Aufwand geführten Scheindebatte, die mangels gesellschaftstheoretischem Bezug öffentliche Kommunikation unmöglich macht und folgerichtig durch die Rezepte der Kommerzwerbung ersetzt.

Erst vor diesem Hintergrund der öffentlichen Nicht-Kommunikation in Sachen Wirtschaftspolitik wird die Notwendigkeit theoretischer Rationalisierung klar, wie sie in Matznerns Beitrag und wohl überhaupt im redaktionellen Konzept der neuen Zeitschrift, besonders in den Editorials der beiden ersten Hefte, unternommen wird. Ebenso deutlich werden aber auch die Schwierigkeiten dieses Unternehmens. Denn der gesellschaftstheoretische Bezugsrahmen kann ja nicht vorausgesetzt werden nach Jahrzehnten der theoretischen Enthaltensamkeit oder sogar der Unterdrückung und Gettoisierung theoretischer Grundlegung. Diese Theorielage zwingt zum Zwei-Fronten-Kampf: Jede Erörterung eines bestimmten wirtschaftspolitischen

¹ Egon Matzner, Gesellschaftliche Folgen und Bedingungen eines gedrosselten Wirtschaftswachstums, Wirtschaft und Gesellschaft 2/75.

Problems, hier des gedrosselten Wachstums, soll zugleich die Gesellschaftstheorie skizzieren, in deren Rahmen die Erörterung überhaupt sinnvoll ist. Kein Wunder, wenn diese doppelte Aufgabe sich im Einzelfall als Überforderung erweist.

Matznerns polit-ökonomisches Modell ist ein ökonomisches Reproduktionsmodell, dem politische Elemente äußerlich aufgesetzt werden. Politische Vorgänge werden bloß instrumental verstanden, als Behinderung oder als Durchsetzungsmittel für die Ausdehnung des öffentlichen Sektors mittels Staatsanleihen. Folgerichtig muß er das Politische auf die Durchführung »von oben« reduzieren. Man müsse »den Arbeitern ... sagen, was sie zu fordern und zu lernen haben«. Politisches Lernen als Nachvollzug einer von Spezialisten erkannten Notwendigkeit. Solche elitäre und instrumentale Auffassung des Politischen ist freilich mit der Wahl des polit-ökonomischen Modells schon vorgegeben. Für Matzner sind die gegenwärtigen »ökonomischen Basisinstitutionen«, die er umstandslos unter die »Prinzipien einer Gesellschaft österreichischen Typus« einreicht, schon außer Streit gestellt, auch das auf private Kapitalrentabilität gerichtete Recht zu privater Disposition über Produktionsmittel. Kein Wunder, wenn politisches Lernen dann nicht als politische Selbsttätigkeit, als Kritik an dieser »Basisinstitution« verstanden wird, sondern als passiver Nachvollzug hierarchischer Anweisungen.

Dies der erste von zwei Einwänden gegen dieses Modell: Es bleibt fixiert auf den gesellschaftspolitischen Status quo und blendet jene Lernprozesse aus, die aus den Konflikten einer gedrosselten Wirtschaft heraus zur Veränderung eben dieses Status quo befähigen. Die im Editorial des gleichen Heftes (S. 13) zu Recht behauptete »gesteigerte Chance«, daß »in der Krise ... verfestigte Strukturen in Bewegung geraten und ... grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in politische Reichweite rücken, die in der Normal-

situation völlig unerreichbar wären«, wird so von Matzner an der Wurzel abgeschnitten. Er beschränkt seine Lösungsvorschläge auf die Wiederherstellung eines Funktionszusammenhangs, der eben die gegenwärtige Krise herbeigeführt hat. Sowohl die Zerstörungen in der Hochkonjunktur (die sogenannten »Nebenwirkungen« des kapitalistischen Wachstums) wie die auffälligeren Schäden und Gefährdungen des jetzigen Wachstumsrückgangs können ja nicht auf Steuerungsfehler einzelner politischer und administrativer Instanzen zurückgeführt werden. Wie wäre sonst zu erklären, daß in allen Industrieländern, bei unterschiedlichsten Politiken, das gleiche Drosselungs- und Schrumpfungproblem auftritt? Nicht einzelne Steuerungsfehler, sondern das normale Funktionieren der ökonomischen Basisinstitutionen hat in die gegenwärtige Krise geführt.

Matzner stellt zwar die »ökonomischen Basisinstitutionen« definitorisch außer Streit, er sieht jedoch in der von ihm propagierten Ausdehnung des öffentlichen Sektors einen »grundlegenden Wandel der Entscheidungsverhältnisse« (S. 43), da ja über die Aufträge des öffentlichen Sektors politische und administrative Instanzen, statt autonome Unternehmungsleitungen, entscheiden. Erstaunlicherweise hält Matzner es nicht für nötig, diese Auffassung zu begründen. Sie erscheint ihm derart selbstverständlich, daß er vorweg jede Kritik an diesem Punkt abschneidet: »nur ein rigider Anhänger der Stamokap-Theorie« könne im Anwachsen des öffentlichen Sektors keinen grundlegenden Wandel der Entscheidungsverhältnisse sehen. Aber wie grundlegend ist dieser Wandel wirklich? Schließlich wird der Heilige Keynes schon seit Jahrzehnten angebetet, und seit Jahrzehnten haben wir genug Erfahrung mit staatlicher und/oder gewerkschaftlicher Fixierung von Lohnuntergrenzen, überhaupt mit der »Verstaatlichung des Mengensystems« und vor allem mit dem Anwachsen der Staatstätigkeit. Von diesem Wandel

des Entscheidungssystems gilt freilich: je mehr es sich ändert, desto mehr bleibt es sich gleich. Die Probe aufs Exempel ist eben die gegenwärtige Krise: trotz gestiegener Eingriffsmöglichkeiten politischer, gewerkschaftlicher und administrativer Instanzen und trotz rapid angewachsener Staatstätigkeit haben die »ökonomischen Basisinstitutionen« letztlich doch »normal« funktioniert, also in die Krise geführt.

Wie die Entscheidungsverhältnisse tatsächlich beschaffen sind, wird sich jedoch nicht in der Beschränkung auf den Kleinstaat Österreich ausmachen lassen, sondern nur für die Weltwirtschaft insgesamt. Bevor wir dieser zweiten, entscheidenden Schwäche von Matzners Ansatz nachgehen, muß aber der positive Inhalt seiner Lösungsvorschläge gewürdigt werden. Anhand eines übersichtlichen Reproduktionsmodells argumentiert er überzeugend zugunsten einer verstärkten Intervention des öffentlichen Sektors. Tatsächlich kann kaum ein Zweifel bestehen, daß auch die gegenwärtigen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, wie schon so oft in der Geschichte unserer Wirtschaftsordnung, einen neuen Schub hin zur Vergrößerung des nicht-privaten Sektors veranlassen werden. Es ist der altbekannte Vorgang: Notwendige, aber nicht oder nicht mehr rentable Tätigkeiten werden entprivatisiert, und zusätzlich werden vermehrt Güter des kollektiven Bedarfs produziert.

Diese Vorteile einer kompensatorischen Intervention des öffentlichen Sektors sind so altbekannt und so überzeugend vernünftig, daß schon ein schwerwiegender Grund vorliegen muß, wenn nun schon monatelang, jahrelang und in allen kapitalistischen Ländern diese heilsame Intervention ungenügend bleibt und der Abschwung anhält, ja sich verschärft. Dieser schwerwiegende Grund ist selbstredend der Streit um die Finanzierung: Soll die Vergrößerung des öffentlichen Sektors aus Unternehmensüberschüssen oder aus Lohnteilen bezahlt werden? Matzner meint: weder noch, und er votiert

für die Finanzierung durch öffentliche Anleihen (deficit spending). Das liegt ja auch nahe in Phasen brachliegender Ersparnisse. Die Finanzierung durch öffentliche Anleihen sei, so Matzner, »weniger konfliktträchtig« als die Finanzierung aus Profiten oder aus Löhnen.

Diese Option für Deficit spending und vor allem ihre Begründung sind so aufschlußreich wie bedenklich. Zunächst ist erstaunlich, daß Matzner zum Zweck dieser Begründung sein eigenes Reproduktionsmodell, auf das doch seine ganze Argumentation aufbaut, verläßt, ohne auch nur mit einem Wort davon Rechenschaft zu geben. Das zugrunde gelegte Modell kennt nur reale Bewegungen, unter Ausschluß von geldtheoretischen Überlegungen. Folgerichtig kommen in Matzners begründendem Modell jene liquiden Mittel, die mittels Staatsanleihen in den öffentlichen Sektor umzuleiten seien, überhaupt nicht vor. Diese liquiden Mittel sind, *real* genommen, entweder Profitteile oder Lohnteile; ein Drittes gibt es nicht. Auch Budgetdefizite können ausschließlich nur aus Profiten plus Löhnen finanziert werden, freilich in verschleierte Form. Wem dabei die größere Last zufällt, den Lohnempfängern oder den Kapitalverfüchern, das hängt neben der Raffinesse des Finanzministers gewiß vor allem von den tatsächlichen Machtverhältnissen zwischen den sozialen Gruppen ab. Deficit spending ist daher nicht, wie Matzner folgert, »am wenigsten konfliktträchtig«, sondern es ist die Finanzierungsmethode, die den grundlegenden Konflikt zwischen Lohn- und Profitbeziehern am ehesten verschleiert, verschleppt, latent hält, allenfalls seine administrative Manipulation ermöglicht. Deficit spending als finanzpolitisches Hauptinstrument ist verschleierter Verteilungskampf und, was die Machtverhältnisse angeht, die in die Zukunft verschleppte politische Krise.

Der verschleierte Verteilungskampf ist die Hauptwurzel der Inflation, und zweifellos hat in vielen Ländern die Ausdehnung des öffentlichen Sektors

das Ihre beigetragen zur Beschleunigung der Inflation. Auf diesen Zusammenhang geht Matzner mit keinem Wort ein. Zwar ist einzuräumen, daß in seinem begründenden Kreislaufmodell, das ja nur reale Bewegungen erfaßt, kein Anlaß dazu besteht; aber da er selber dieses Modell verläßt zugunsten eines Plädoyers für Budgetdefizite, ist sein Stillschweigen über mögliche inflationäre Wirkungen ein erstaunliches Versäumnis.

Deficit spending als Konfliktverschleppung

Diese Einwände ändern freilich nichts daran, daß die Methode des Deficit spending in vielen Ländern »erfolgreich« war und ist — erfolgreich in der Verschleierung und Verschleppung von Konflikten. In Frage steht allein die Bewertung solcher »Erfolge«. In Matzners Argumentation wird eine eigentümliche Interessenlage und Selbsteinschätzung sichtbar, die über Österreich hinaus Bedeutung hat: das operative Credo einer politischen Elite. Diese Elite sucht der Festlegung auf ein bestimmtes gesellschaftliches Interesse zu entgehen; weder die Steigerung der Profitmengen und Profitraten noch die Interessen der nichtprofitierenden Mehrheit sollen die Richtschnur des politischen Handelns vorgeben, fundamentale Konflikte sollen nach Möglichkeit vermieden und latent gehalten werden. Krisenmanagement als politisches Credo, Konfliktdämpfung als gesellschaftliche Legitimation. Eben dieses Konzept legt es nahe, auf die Probleme des gedrosselten Wachstums mit der Ausweitung des öffentlichen Sektors in der am meisten konfliktverschiebenden Finanzierungsform, deficit spending, zu antworten.

Kennzeichnend für diesen Typus wirtschaftspolitischer Vorschläge ist es, daß sie einerseits sich auf einen schlechthin universal gültigen Sachverstand berufen, der von allen konkreten, je nach Staat verschiedenen politischen Bedingungen abstrahiert,

andererseits aber den politischen Status quo ohne weitere Prüfung akzeptieren. Matzners begründendes ökonomisches Modell ist definitionsgemäß überall und nirgends gültig, es wird mit der ganzen Überlegenheit der reinen, der tautologischen Wissenschaft vorgestellt. Zugleich wird umstandslos vorausgesetzt, es könnten daraus Schlüsse für ein beliebiges Land, für Österreich sich ableiten lassen. Der politische Status quo geht unbefragt in die Argumentation als deren Grundlage ein, sowohl der territoriale Status quo (es wird nicht geprüft, ob der Kleinstaat Österreich überhaupt einen hinreichenden Zugriff auf die ökonomischen Vorgänge haben kann) als auch der gesellschaftspolitische Status quo (die »ökonomischen Basisinstitutionen« werden vorweg außer Streit gestellt, damit die Unvereinbarkeit zwischen der Logik der Überschuerzielung und jeder qualitativen, menschlichen Zwecksetzung ausgeblendet aus der Zieldebatte).

Darin entsprechen diese wirtschaftspolitischen Modelle genau dem vorherrschenden politischen Bewußtsein. Dem zur Handlungsmaxime erhobenen permanenten Krisenmanagement entspricht die politische Apathie, das Hauptmerkmal unserer gegenwärtigen Lage. Zwar leisten die Staatsbürger die von ihnen erwartete Beteiligung (als Wahlbeteiligung, Meinungskonsum, Wohlerhalten und so fort) in einem Maß, das hinreicht für den Betrieb der demokratischen Institutionen. Aber die Selbsttätigkeit, die mündige, initiative, riskierende und solidarische Selbsttätigkeit bleibt kümmerlich. Es genügt, sie mit dem Phantasie- und Kraftaufwand zu vergleichen, der etwa im Zuschauersport, für »Häuslbauen« oder Tourismus aufgebracht wird. Diese Tatsachen des politischen Bewußtseins müßte ein politisch-ökonomisches Modell berücksichtigen, und wirtschaftspolitische Vorschläge müssen danach beurteilt werden, ob sie politische Apathie verstärken oder Lernprozessen in Richtung Selbsttätig-

keit Raum geben. In Matzners Modell fehlen diese Kriterien, und folgerichtig kommt er, was die Durchsetzung seiner Vorschläge angeht, zu elitären Handlungsanweisungen.

So wird man mit Sorge abschätzen, welche Verwirklichungschancen Matzners Vorschläge zu jenem Problem haben, um das es ihm zuoberst geht: die Gefährdungen der Demokratie abzuwehren, die aus der Wachstumsdrosselung, aber auch aus der Gegensteuerung gegen diese Drosselung drohen. Das Problem benennt er mit aller wünschenswerten Deutlichkeit (S. 46). Er rechnet mit der »Gefahr eines verstärkten Einflusses der bürokratischen Apparate . . ., des Staatsapparates, unter österreichischen Bedingungen der »Sozialpartner«, und dagegen fordert er den offensiven Ausbau der demokratischen Institutionen.

Es ist kein geringes Verdienst, angesichts der vorherrschenden Selbstzufriedenheit in Sachen Demokratie diese hochwahrscheinlichen Gefährdungen aufzuzeigen. Aber woher sollen die politischen Energien für die von Matzner geforderte Offensive kommen? Sein eigener Ansatz mißachtet die Möglichkeit eines konfliktorientierten Lernens — und wie anders wäre politische Selbsttätigkeit, die Quelle einer demokratischen Offensive, zu erlernen? Bleibt das Konflikt-Lernen unterdrückt, kümmert die politische Selbsttätigkeit weiter dahin, dann mündet der »offensive Ausbau demokratischer Institutionen« in den alten Konsens der »Einsichtigen«; Demokratie als Verständigung in Spitzengremien. Dort sieht sich der Sachverstand der Einsichtigen in den Dienst genommen von einem das ganze Gremium verbindenden Sonderinteresse an Konfliktverdrängung und -verschleppung, und soweit »draußen« in der Gesellschaft unaufschiebbare Konflikte sich doch geltend machen, wie jetzt massiv in der Schrumpfung, verliert auch das vermeintliche Offensivinstrument, das Spitzengremium, jene Legitimation, um die es Matzner doch geht.

Konfliktfähigkeit als ökonomischer Lernvorgang

Der drohende Demokratieabbau als Folge von gedrosseltem Wachstum und als Folge einer Gegensteuerung wird nur zu verhindern sein, der »offensive, vorbeugende Ausbau der demokratischen Institutionen« wird nur begonnen werden können, wenn die Apathie zurückgedrängt wird durch politische Lernprozesse hin zur Selbsttätigkeit. Der Raum dieser Lernprozesse ist die Mitbestimmung. Dabei ist weniger an gesetzliche Regelungen, paritätische Spitzengremien und ähnliches zu denken. Entscheidend ist vielmehr, daß im konkreten Lebensbereich latente Konflikte erkannt und das Austragen dieser Konflikte erlernt werden kann. Ohne Konfliktbewußtsein kein zureichendes Realitätsbewußtsein, ohne Erfahrungen in der gewaltfreien (oder doch möglichst gewaltarmen), kommunikativen Konfliktlösung kein Ausbruch aus dem Schneckenhaus der Apathie. Ansätze zu *lernender Mitbestimmung* haben am ehesten im Reproduktionsbereich begonnen, etwa in den vielen Bürgerinitiativen für Umweltschutz, Stadtkernerhaltung, menschlicheres Wohnen und so fort. Diese Initiativen können freilich von den Großorganisationen, von Parteien und einer geschmeidigeren Planungsbürokratie für ihre Zwecke umfunktioniert werden. Auch im besten Fall bleiben sie auf den Reproduktionsbereich beschränkt. Die Schranke erscheint als Kostenargument, sobald die Stabilitätsbedürfnisse des ökonomischen Kreislaufs und der ihn sichernden Machtstrukturen angetastet erscheinen. So wird der Entscheidungsraum einer lernenden Mitbestimmung wohl nur im Produktionsbereich gefunden werden. Hier sind die Erfahrungen noch seltener, auch prekärer. Sie werden von den Bewußtseinsindustrien weggefiltert oder zur kurzlebigen Sensation verfälscht. Es ist eine der dringendsten Aufgaben, Bewußtsein empfänglich zu machen für Notwendigkeit und Nutzen

einer breiten Welle von Mitbestimmungsansätzen. Da es selbstredend kopierbare Modelle (noch) nicht gibt, muß Bewußtsein empfänglich gemacht werden für die Notwendigkeit einer Vielzahl von Experimenten unterschiedlicher Reichweite und Intensität, mit Einschluß von Konzepten der »Gegenmacht« und der »Arbeiterkontrolle«. Entscheidend ist, daß die Ziele offensiv bestimmt werden: *was* produziert wird, und *wie* es produziert und verteilt wird, soll der kommunikativen Mitbestimmung unterworfen werden. Man sollte nicht die Illusion nähren, daß ein »offensiver Ausbau der demokratischen Institutionen« möglich sei ohne Lernprozesse, die anstelle jener geheimnisvollen »Logik der Wirtschaft« die kommunikative Bestimmung über die Art und Qualität der zu produzierenden Güter und Dienstleistungen durchsetzen. In der gegenwärtigen Schrumpfung ist ja Anschauungsmaterial genug geboten dafür, *wie* die Steuerung durch Überschußquanten, sprich Profitraten wirkt: negative Lernvorgänge von größter Reichweite sind ausgelöst worden, was die Chancen jedweder Reform, jedweder Lebensqualität anlangt. Als realistisch und vernünftig erscheinen jetzt nur Ansprüche, die mit der Wiederherstellung günstiger Profitchancen harmonieren, weil daran der »Aufschwung« und damit Arbeitsplätze und Einkommen angeblich gebunden sind. Solange nicht diese negativen Lernergebnisse ihr Gegengewicht erhalten in positiven Erfahrungen der Mitbestimmung über Qualitäten der Produkte (ihren Gebrauchswert und dessen Verhältnis zur aufgewandten Arbeit sowie mögliche »Nebenwirkungen«), bleibt die demokratische Offensive ohne Demokraten.

Die Öffentlichkeit des öffentlichen Sektors

Die von Matzner propagierte Ausweitung des öffentlichen Sektors gibt aber auch allen Anlaß für Ansätze zur lernenden, konfliktbewußten Mitbe-

stimmung. Denn sowohl das Produkt des öffentlichen Sektors wie die dort vorherrschenden Formen der Arbeitsorganisation sind problematisch, und diese Problematik muß in Perioden schrumpfender Wirtschaft zu einem Konfliktstau führen, der kurzschlüssig autoritäre Lösungen finden könnte, wenn nicht das Konfliktpotential in lernender Mitbestimmung aufgearbeitet wird. Die »Ausweitung« des öffentlichen Sektors ist ja in der Schrumpfwirtschaft, bei gedrosseltem Wachstum nur relativ im Verhältnis zu den anderen Abteilungen. Die Budgetdefizite werden statt zur Finanzierung einer Mehrproduktion öffentlicher Güter grobteils zur Finanzierung der üblichen Staatstätigkeit gebraucht. Staatsanleihen ersetzen in diesen Jahren die sinkenden Steuereinnahmen, denen ein in wesentlichen Teilen unelastischer Aufwand gegenübersteht. Daher wird auch das kühnste Deficit spending (bei gedrosseltem Gesamtwachstum) nur dann eine nennenswerte, absolute Vergrößerung der öffentlichen Güter und Leistungen bewirken, wenn zugleich drastische Eingriffe auf der Produktionsseite riskiert werden: in die Zusammensetzung des Produkts (welche öffentlichen Leistungen sind notwendig, nützlich, entbehrlich?) und in die Arbeitsorganisation des öffentlichen Sektors (Kosten; Attraktivität gegenüber privat gesteuerten Wirtschaftssektoren).

Jede demokratische »Offensive« (ob von oben, in Spitzengremien, oder von unten, in lernender Mitbestimmung) muß mit der umstrittenen und kritikwürdigen Struktur des öffentlichen Sektors rechnen. Verstaatlichte Banken operieren bis zur Unkenntlichkeit wie private Banken. Öffentlich produzierte Güter und Dienstleistungen haben in zu vielen Fällen ein ungünstigeres Nutzen/Kosten-Verhältnis als analoge, unter privater Profitsteuerung erbrachte Leistungen, wenn wir dabei ausdrücklich die großen verstaatlichten Industrien ausnehmen. In zu vielen Fällen wird vermeidbares Arbeits-

leid verursacht in einem Umfang, der dem in der Privatwirtschaft nicht nachsteht; vermeidbares Arbeitsleid, sei es der im öffentlichen Sektor Arbeitenden selbst, sei es durch Überwälzen (mittels überhöhter Tarife oder Subventionen) auf die Allgemeinheit, auf Konsumenten und Steuerzahler. Die Transparenz der Produktionsentscheidungen (was zu welchen Kosten und in welcher Organisationsform geleistet werden soll) ist hier im allgemeinen nicht größer als in den unmittelbar profitgesteuerten Sektoren. Innerbetriebliche Hierarchie und entsolidarisierende Einkommensdifferenzierung sind nicht geringer, und die Aussicht, statt von profitbestimmten »Leistungs«-Kriterien von unkontrollierten Machtcliquen abzuhängen, erscheint verständlicherweise vielen nicht als wünschenswerte Alternative.

Vor allem kann der größte Vorteil, den die Erweiterung des öffentlichen Sektors verspricht, nur mittels höherer Selbsttätigkeit der in diesem Sektor Beschäftigten wie der von seinen Leistungen Betroffenen realisiert werden: Während in privat gesteuerten Unternehmungen die wesentlichen Entscheidungen definitionsgemäß unter Ausschuß der Öffentlichkeit fallen, könnte hier in offener und öffentlicher Kommunikation entschieden werden. Davon ist wenig realisiert. Öffentlichkeit beschränkt sich auf Spitzengremien, soweit es um aktive Mitentscheidung geht, und auf die passive Form des Konsums von veröffentlichter Meinung. Gewiß ist die relative Größe und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors in Österreich eine Chance, aber eben eine noch kaum realisierte. Die in der gedrosselten Wirtschaft so naheliegende und nützliche Ausweitung der Produktion öffentlicher Güter kann als Chance zur Herstellung von Öffentlichkeit genützt werden.

Demokratisierung unter den Bedingungen transnationaler Ökonomie

Bleibt noch die Frage zu beantworten, ob und wie Österreichs Stellung

in der Weltwirtschaft die Realisierungschancen von Matzners Variante des Deficit spending berührt. Einmal angenommen, innerhalb Österreichs Grenzen würden jene »veränderten Entscheidungsverhältnisse« zuungunsten der Unternehmungen und jene »kontraktgemäße Verwendung von Profiten« durchgesetzt: Lassen sich solche Fortschritte ungeachtet der hohen transnationalen Verflechtung der österreichischen Wirtschaft durchführen? Diese Frage findet in Matzners erklärendem Modell keinen Ansatz, es ist auf anachronistische Weise *Nationalökonomie*: Das Modell abstrahiert erst von aller historisch-staatlichen Realität, was schlicht universale Gültigkeit zur Folge hat; und in einem zweiten Schritt wird, in unerklärtem Widerspruch dazu, die konkrete staatliche Organisation in ihrer territorialen Begrenztheit dem Modell zugrunde gelegt. Als ob die wesentlichen ökonomischen Vorgänge nationalökonomisch verstanden werden könnten in der Ära der Multis, der EG und der von keinem Staat kontrollierbaren Geldmärkte.

Es ist die Optik eines Finanzministers (des gegenwärtigen oder eines künftigen), der freilich nicht anders kann, als seine Analysen und Vorschläge nach den gegebenen Instrumenten (den innerstaatlichen und den internationalen) zu richten. Was aber, wenn dieses Instrumentarium nicht mehr der ökonomischen Realität entspricht? Das eben ist das Problem. Die Ökonomie Österreichs ist zum größeren Teil schlicht Weltwirtschaft: Nicht bloß infolge der hohen Außenhandelsabhängigkeit, sondern weit darüber in der Anpassung an ein bestimmtes Profil des Technologiefortschritts (welche neuen Produkte, welche Herstellungsverfahren werden entwickelt?) und in der Steuerungswirksamkeit der Profitexpectationen. Die gegenwärtige Krise hat ja ausreichend belehrt sowohl über das Maß an Autonomie und Eingriffsmacht der Staaten wie über deren unerwartet enge Grenzen. Für Österreich

ist bekanntlich im internationalen Vergleich bisher eine optimal geringe Auswirkung der weltweiten Schrumpfung zu verzeichnen. Das ist fraglos ein Erfolg des hiesigen politischen Systems und der Erfolg einer bestimmten Politik. Dieser Erfolg wird nicht verkleinert, wenn wir feststellen, daß es sich dabei um die geringfügige Variation einer weit größeren Bewegung handelt. Variiert werden die hautnah wichtigsten Verlaufsgrößen (Beschäftigung, Nachfrage, Steuern und so fort), aber nicht die Steuerungsstrukturen: Trotz aller Anstrengungen der verschiedensten Regierungen in verschiedenen Ländern ist die Steuerungswirkung, die von den Profiterwartungen ausgeht, durch nichts ersetzt worden. Österreich ist eine unabhängige Republik, aber seine Wirtschaft ist transnational gesteuert. Man kann den öffentlichen Sektor ausdehnen, und aus den von Matzner dargestellten Gründen soll man es tun, aber man darf nicht hoffen, damit auf dem Boden dieses Landes die Steuerung durch die »Weltwirtschaft«, sprich durch das Spiel der Profitraten, außer Kraft setzen zu können.

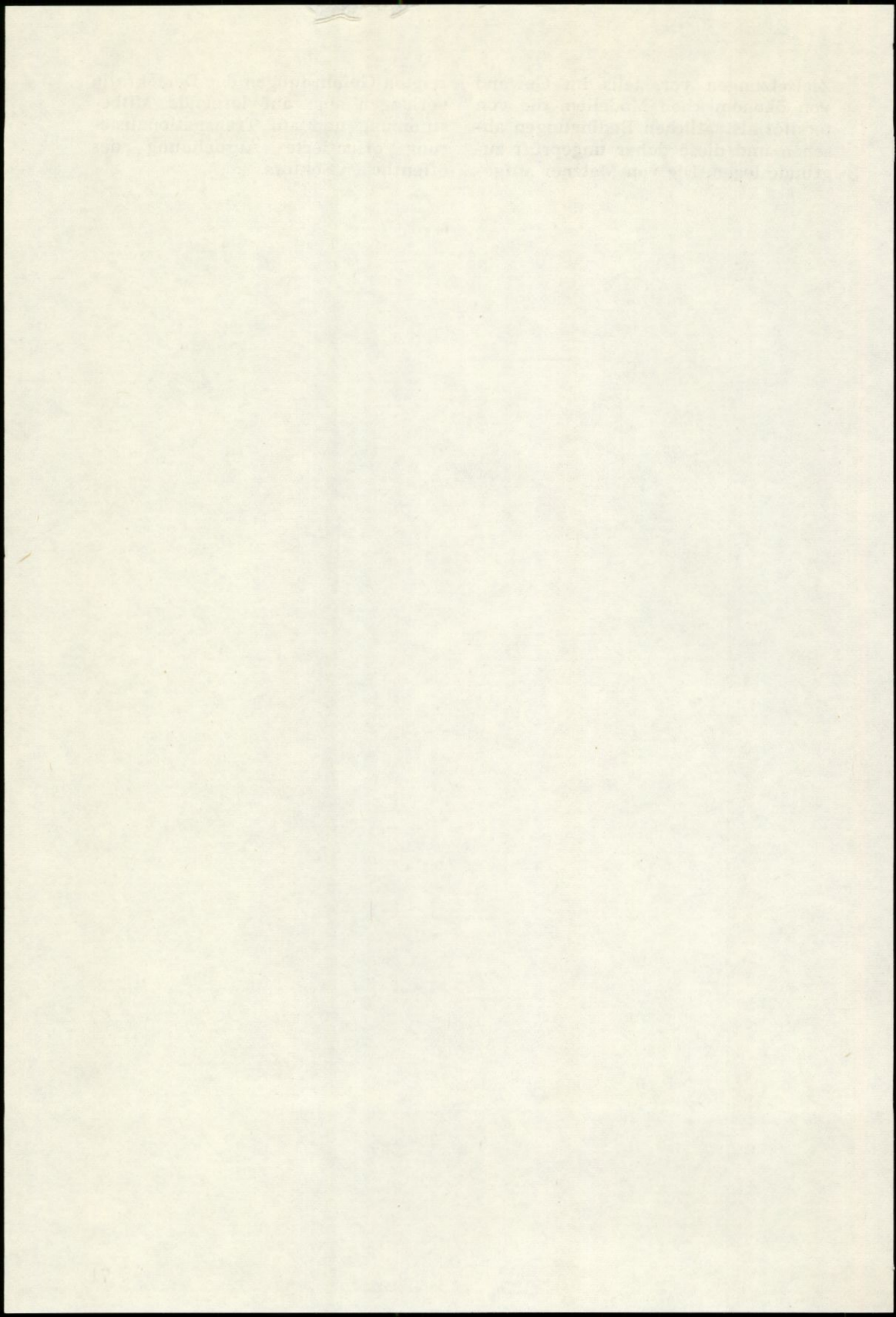
Matzner widmet diesem Zusammenhang gerade einen einzigen Satz, in dem er einräumt, »daß einem Alleingang... eines kleinen Landes wie Österreich... enge Grenzen gesetzt sind«. Dabei könnten wir es bewenden lassen, wenn bei den großen Handelspartnern der EG massives Deficit spending mit einer Offensive im Ausbau demokratischer Einrichtungen sich verbände. Selbstredend treffen diese Voraussetzungen (noch) nicht zu. Das aber bringt jeden Vorschlag zur Ausdehnung des öffentlichen Sektors mittels Budgetdefizites vor ein Dilemma, dem Matzner leider ausweicht: Entweder es versteht sich der Finanzminister samt Hausmacht als Überbrückungshelfer bis zum Wiedererstarken der Profitraten in den Hauptzonen der Weltwirtschaft; bei diesem Selbstverständnis wäre sein binnenpolitisches Überleben wohl nur dann gesichert,

wenn er den »Widerstand von Unternehmer und Manager gegen ihr geschmälertes Dispositionsouvoir« erst gar nicht reizte und vom »offensiven, vorbeugenden Ausbau der demokratischen Institutionen« eher redete als ihn wirklich zu beginnen. Oder die Ausdehnung des öffentlichen Sektors verbindet sich mit einer Welle lernender Mitbestimmung, auch und gerade innerhalb des öffentlichen Sektors, als einziger Kraftquelle für eine Veränderung der »Entscheidungsverhältnisse«; dann muß sie aber von Anfang an auf bedeutende Teile der Weltwirtschaft, vor allem auf die großen Nachbarn der EG übergreifen, muß transnational angelegt sein. Jeder Demokratisierungsanlauf in den engen Grenzen des Territorialstaats Österreich bleibt gefangen in den Steuerungsbedürfnissen einer Wirtschaftsorganisation, die eben innerhalb dieses Territorialstaats (oder mit diplomatischen Verfahren) nicht hinreichend gesteuert werden kann.

In vielen Ländern wird der Schrumpfung durch erhöhten Staatsaufwand und mittels Budgetdefiziten entgegengearbeitet, in unterschiedlichen Graden. Zugleich sind verschiedentlich neue Anläufe gemacht worden zur Durchsetzung von Einkommenspolitiken. Aber sie werden wie stets am ehesten nicht auf seiten der Profite, sondern auf seiten der Löhne wirksam (Zurückhaltung der Gewerkschaften bei Lohnforderungen, ja sogar in einigen Ländern staatlich fixierte Obergrenzen). Wenn daher Matzner die »kontraktgemäße« Verwendung von Profiten« fordert, sicher der harte Kern seiner Demokratisierungsforderungen, so schwimmt er steuerlos gegen den Strom der transnationalen Ökonomie. Seine Erwartung, die Steuerungsfunktion der Profitrate werde sich abschwächen, wäre triftig, wenn Profitverwendungskontrolle für eine große Zone der Weltwirtschaft durchgesetzt würde. Aber das muß zuerst einmal als Ziel erkannt werden. Bis jetzt herrschen territorialstaatlich beschränkte und daher unzulängliche

Zielsetzungen vor, teils im Gewand von ökonomischen Modellen, die von territorialstaatlichen Bedingungen absehen und diese daher ungeprüft zugrunde legen. Die von Matzner aufge-

zeigten Gefährdungen der Demokratie verlangen eine auf lernende Mitbestimmung und auf Transnationalisierung orientierte Ausdehnung des öffentlichen Sektors.



Zu Matzners Wachstums-Szenario

Theodor Prager

Zur Kritik an Egon Matzners »Gedros seltes Wachstum« möchte ich meinerseits eine kritische Bemerkung machen, dann allerdings auch Vorbehalte zu Matzner anmelden.

»Vom ökologischen Standpunkt«, meint Maria Szecsi (WuG 3/75), »geht es nicht um die Reduktion irgendeiner Wachstumsrate«, die sich auf den Output bezieht, sondern lediglich um die Verminderung der Inputs des industriellen Produktionsprozesses und um die Einschränkung oder Einstellung ganz bestimmter Produktionsverfahren.« Letzteres stimmt uneingeschränkt, ersteres nur bedingt. Den Ökologen zufolge ist die Umwelt nur begrenzt belastbar. Das bedeutet, daß der Expansion eines bestimmten, umweltbelastenden Outputs absolute, wenngleich nicht leicht festzustellende Grenzen gesetzt sind. Man könnte sogar noch weitergehen und behaupten, daß jeglichem Output, der umweltbelastende Inputs, also Energie, Rohstoffe, chemische Substanzen usw. enthält, absolute Grenzen gesetzt sind und daß ein solcherart bedingtes Wirtschaftswachstum nicht nur gebremst, sondern schließlich sogar definitiv eingegrenzt, also gestoppt werden muß. Die Ver-

minderung der genannten Inputs je Output-Einheit ist wichtig, genügt aber nicht. Sie müßte nämlich im Gleichschritt mit der Steigerung des Gesamt-Outputs der genannten Art sinken. Dafür gibt es aber nicht nur keine Gewähr, es erscheint sogar ziemlich unwahrscheinlich. So kann man sich vorstellen, daß eine Verdoppelung, nicht aber daß eine Verzehnfachung des konventionellen Outputs mit gleichbleibendem Input von Energie usw. zu bewerkstelligen wäre. Selbst eine Halbierung der betreffenden Inputs je Output-Einheit wäre schon eine großartige Leistung; bisher wurden ja, man denke an den riesigen Bereich der Kunststoffe, vorwiegend knappe Materialien durch andere, zunächst weniger knappe, ersetzt, oder Materialeinsparungen durch erhöhten Energieeinsatz, oder auch Energieeinsparungen durch erhöhten Materialeinsatz, also durch Substitutionsprozesse erreicht, die vom Standpunkt der Umweltbelastung kaum etwas bringen.¹ Man kann größere Erfolge nicht ausschließen, man denke an die Halbleitertechnik (die die Röhre ersetzt und ihrerseits zur Entwicklung integrierter Schaltungen mit geringer Störanfälligkeit und minimaler Wärmeabgabe geführt hat) oder an das Koaxialkabel (das riesige Mengen konventioneller Kabel ersetzt hat und seinerseits vom Glasfaserkabel mit ganz neuen Nutzenanwendungen abgelöst zu werden verspricht); oder an die zahllosen konstruktiven Verbesserungen in Maschinenbau und Bauwesen (Leichtbauweisen, besserer Nutzungsgrad); oder an die ganze Verfahrenstechnik, an den Computereinsatz zur Materialersparnis usw. Aber erstens kann man sich nicht darauf verlassen, daß solche bahnbrechenden Innovationen sich auch weiterhin im gleichen Tempo — und zeitgerecht — einstellen werden; und zweitens waren die bisherigen unlöslicher Bestandteil einer allgemeinen wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die ja den Anstoß zu den riesigen Produktions- und Umsatzausweitungen, damit aber auch zu

einer wesentlich, ja sprunghaft wachsenden Umweltbelastung gegeben hat. Nicht nur das, viele der neuen Verfahren und Erzeugnisse, vom Kunstdünger und DDT bis zur Nukleartechnik, erweisen sich als ganz besonders umweltbelastend und gefährlich.²

Vom ökologischen Standpunkt gesehen wird also auch eine Senkung der Input-Output-Relation nicht helfen, wenn sie, was mangels intensiver Gegensteuerung zu erwarten ist, durch eine nachhaltige Steigerung des Gesamt-Outputs überlagert wird. Das Schwergewicht einer Gegensteuerung hätte demnach vorwiegend auf der anderen von M. Szecsi genannten Komponente, nämlich »Einschränkung oder Einstellung ganz bestimmter Produktionsverfahren«, zu liegen, ja auf einer Umorientierung von der materiellen Produktion und Konsumtion überhaupt zu persönlichen (und arbeitsintensiven) Dienstleistungen, vom primären und sekundären zum tertiären Sektor. Zwar ginge es demnach, wie Werner Teufelsbauer (WuG 3/75) Egon Matzner interpretiert, nicht um einen generellen, sondern »nur« um einen partiellen Wachstumsstopp, der sehr wohl qualitatives Wachstum erlaubt; doch hätte auch das natürlich immense Konsequenzen, denen Matzner dankenswerterweise versucht ins Gesicht zu schauen. Zwar wird die Problematik, wie Teufelsbauer ebenfalls vermerkt, möglicherweise durch den Selbstlauf der Dinge — Sättigungerscheinungen im materiellen Bereich in den hochentwickelten Industrieländern — gemildert und bekommt dadurch »eine richtige Dimension«; viel handlicher wird sie damit auch nicht.

Immerhin muß man sie angehen. On s'engage et puis on voit! Schauen wir, was »Gegensteuerung« bedeutet. Zum Beispiel für die Investitionen. Wenn das bisher Gesagte stimmt, so ergeben sich daraus einige ganz simple Folgerungen für die Investitionspolitik. Investitionen, die zu einer Ausweitung umweltschädlicher Aktivitäten führen, sind zu bremsen oder über-

haupt zu unterbinden, solche dagegen, die eine Entlastung der Umwelt (inklusive der Umwelt am Arbeitsplatz) bringen, zu fördern. Das ist natürlich leichter gesagt als getan, denn erstens lassen sich die jeweiligen Wirkungen nicht so leicht abschätzen, und zweitens gibt es auch da allerhand Zielkonflikte (sowohl untereinander, zum Beispiel, wenn der Bau von Umweltschutzanlagen beim gegebenen Stand der Technologie seinerseits zur stärkeren Luftverpestung und Wasserverschmutzung etwa in Linz beiträgt; als auch gegenüber dem Ziel Arbeitsplatzsicherung und anderes mehr). Immerhin gibt das eine gewisse Orientierung. Man wird nicht länger generelle steuerliche Investitionsbegünstigungen geben, die bloß konjunktur- und wachstumsbelebend wirken sollen, sondern vielmehr solche, die energie- und materialsparende, Mensch und Umwelt schonende Verfahren und Produktionen begünstigen (natürlich neben anderen, zum Beispiel sozial- und regionalpolitisch erwünschten). Man wird nicht Autobahnen forcieren, sondern den Schienenverkehr begünstigen usw.

Angesichts des riesigen Bedarfs in diesem wie auch im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (»öffentliche Armut«) ist allerdings nicht einzusehen, warum das per Saldo eine Verringerung der volkswirtschaftlichen Investitionsquote und eine Einschränkung der Erzeugung von Investitionsgütern nach sich ziehen muß, wie bei Matzner anvisiert. (Eventuelles Ärgernis und entsprechende Investitionsunlust bei den Konzernen stehen zunächst auf einem anderen Blatt.) Zwar ist die Drosselung der Investitionen bei ihm die Konsequenz eines Wachstumsrückgangs, den er als Postulat voraussetzt. Aber dieses Postulat ergibt sich, vom ökologischen Standpunkt, nur dann zwingend, wenn man die gegebene Wirtschafts- oder sagen wir lieber Produktionsstruktur rigide beibehält und die solcherart strukturierte Form des Wirtschaftswachstums fortschreibt. Nun gibt es zwar unge-

heuer mächtige, tief eingefressene und eingesessene Konzern- und Machtinteressen, die ein solches unbekümmertes eindimensionales Wirtschaftswachstum (nicht um seiner selbst willen, muß man hinzufügen, sondern wegen ihrer Orientierung an ständiger Umsatzausweitung, an Profit und Akkumulation) forcieren und einzementieren. Aber so machtvoll diese Tendenz, es gibt auch »entgegenwirkende Ursachen«, um mit Marx zu sprechen, und diese will ja auch Matzner stärken. Das bösartige Wachstum gilt es zu stoppen, nicht jegliches Wachstum.

Wir gehen also von einer Umschichtung der Investitionen aus, nicht von einer Einschränkung. Ihre beabsichtigte Wirkung ist die Herbeiführung eines anderen Waren- und Dienstleistungsgefüges und anderer Konsummuster (physisch und auch gesellschaftlich gesünder, umwelt- und menschenfreundlicher...), anderer Formen der Wertschöpfung, wenn man will. Wie weit diese nun auch statistisch richtig erfaßt wird, ist eine andere Frage, auf die ich noch zurückkomme. (Natürlich erfaßt die konventionelle Nationaleinkommenrechnung solche durchaus realen Güter wie reine Luft, sauberes Wasser, Umweltqualität, physisches und psychisches Wohlbefinden am Arbeitsplatz usw. nicht oder bestensfalls nur über Umwege.)

Welche Konsequenzen hat die Investitionsumschichtung für den Kapitalkoeffizienten? Matzner nimmt seine Konstanz an. Das hält er zwar für »theoretisch nicht begründbar«, wählt aber diese Variante, da er keinen plausiblen Grund für eine andere findet. Vielleicht wäre es besser gewesen, die Varianten durchzuspielen, also etwa: Umweltinvestitionen kapitalaufwendig, kapitalsparend oder »neutral«; Output wachsend, fallend oder gleichbleibend (pro rata natürlich). Sinkt der Kapitalkoeffizient, dank kapitalsparendem technischen Fortschritt in der Umwelttechnologie, so haben wir mehr Wirtschaftswachstum, und zwar umweltfreundliches, und alles steht zum

besten. Bleibt er konstant, so bleiben auch die Wachstumsraten unverändert, aber mit umweltfreundlicherer Zusammensetzung. (Vielleicht nicht genug, aber immerhin.) Steigt er, so haben wir weniger Wirtschaftswachstum (statistisch sogar übertrieben weniger, insofern die Umweltkomponente nur unzureichend oder gar nicht erfaßt ist), und die Verteilungskonflikte spitzen sich zu. Eigentlich ist dies das übliche Szenario, das die um die Ökologie besorgten Ökonomen zeichnen.

Nehmen wir also diese, die ungünstigste Variante. (Sie ergibt sich nicht, wie bei Matzner, aus einer Einschränkung der Investitionen bei konstantem Kapitalkoeffizienten, sondern aus der, wie M. Szecsi und auch mir scheint, plausibleren Annahme, daß Umweltrücksichten usw. »sehr massive Investitionen erfordern werden, die... den konventionell berechneten Kapitalkoeffizienten zum Steigen bringen«.) Die Profite kommen unter Druck (außer bei jenen, die Umwelthanlagen herstellen). Firmen mit starker Markt- und Machtstellung überwälzen die Kosten auf den wettbewerbsexponierten Sektor, und der Druck auf die Profitraten wird dort um so stärker spürbar. Von da geht nun auch ein verstärkter Lohndruck aus. Je nach der Gegenwehr der Lohnabhängigen leidet entweder die Massenkaufkraft oder die Investitionslust im Wettbewerbssektor. Es ist zwar nicht ausgemacht, daß die Unternehmerwelt sich nicht mit einer geringeren Profitrate abfinden könnte, aber darauf kann man sich nicht verlassen. Der Staat hätte dann mit zusätzlichen öffentlichen Investitionen einzuspringen (Matzners »kompensatorische Intervention der öffentlichen Hand«), und damit kommen alle seine weiteren Überlegungen hinsichtlich der Verlagerung der Investitionsdispositionen von den traditionellen (privaten) ökonomischen Entscheidungsträgern zu politischen Instanzen, kommen Umstellungs- und Steuerwiderstände, kommt die Problematik bürokratischer Steuerung ins Spiel.

Es kommt aber noch etwas anderes ins Spiel. Wir haben nicht nur mit langsamerem Wirtschaftswachstum zu rechnen, sondern auch mit einem anderen Konsumgefüge, und zwar im Gefolge jenes anderen Investitionsgefüges, das ja dem Ziel einer Umorientierung oder Umschichtung von den »gadgets« und der Vergeudungswirtschaft zu Aktivitäten entspricht, die eine pfleglichere Behandlung von Mensch und Natur gewährleisten. Es gibt jetzt, ex definitione, relativ weniger Konsumgüter des »gehobenen Bedarfs« und mehr Umweltqualität, mehr Sozialdienste usw. Diese mögen nun (bei reformierter nationalökonomischer Buchführung) wohl in das BNP eingehen, sie werden aber — wie unter anderen die schwedische Erfahrung zu zeigen scheint — von der Bevölkerung nicht immer entsprechend geschätzt. Traditionell zählt, was einer auf die Hand kriegt, noch immer mehr als das, was ihm an kollektiven Gütern zukommt. Auch von hier aus muß man daher mit Widerständen rechnen. Dem ist mit statistischen Kunstgriffen oder Korrekturen allein nicht beizukommen, sondern nur durch stärkere Sensibilisierung der öffentlichen Meinung für Umwelt- und Lebensqualität. Immerhin bekundet die Öffentlichkeit bereits einiges Verständnis dafür, daß wir keine »Plutoniumökonomie« brauchen können.³

Schließlich noch eine Bemerkung zu dem Vorwurf vom »komparativ-statistischen« Charakter des Matznerschen Modells, in dem »»lediglich zwei makroökonomische Gleichgewichtszustände miteinander verglichen werden«, wie M. Szecsi meint. Ich halte diesen Vorwurf für zu allgemein (im Prinzip ist er wahrscheinlich immer und überall gültig, weil man nicht allen erdenklichen Verästelungen nachspüren und schon gar nicht alles auf einmal sagen kann). Matzner bemüht sich immerhin, zu zeigen, welche Folgen sich aus einer Wachstumsreduzierung und Investitionsdrosselung ergeben würden und wie ihnen kompensatorisch zu begeg-

nen wäre. Nur ist erstens Wachstumsreduzierung als solches kein zwingendes Postulat; gebremst gehört — ökologisch gesehen — nur das konventionelle, »eindimensionale« Wachstum. Und darum sind auch zweitens keine generellen, sondern sind nur spezifische Investitionsdrosselungen erwünscht. Diese müßten aber vielleicht noch stärker ausfallen, als von Matzner anvisiert. Denn man kann sich sehr wohl vorstellen, daß die auf jeden Fall zu forcierenden Umweltinvestitionen einen Multiplikatoreffekt auf einem breiten Sektor, inklusive der traditionellen Investitionsgüter auslösen. (Zum Beispiel Kläranlagen — Ringleitungen — Stahl- oder Kunststoffrohre — Ausbau der chemischen und der Metallindustrie...) Mit anderen Worten, man kann sich vorstellen, daß ein umweltbedingter Investitionsstoß (ungeachtet des voraussichtlichen Drucks auf die Profitrate!) Wachstumsimpulse gibt, die erst recht wieder unerwünschte Nebeneffekte zeitigen. Da helfen dann wohl nur sehr drastische administrative Eingriffe in Gestalt von direkten Verboten (Verbot der Verwendung von Quecksilber in der Zelluloseerzeugung, von Blei und Aromaten im Benzin, Einstellung der Erzeugung von DDT, Aerosolen usw.), weit strengere Vorschriften in der Lebensmittelherzeugung und -konservierung usw., und nicht zuletzt ein ganzes System von quantitativen Verbrauchsbeschränkungen, vor allem auf dem Energiesektor. Daß der Preismechanismus (inklusive der Steuerung über Verbrauchssteuern) nicht ausreicht, hat ja der sogenannte Ölpreisschock bewiesen; gerade der umweltmäßig unerwünschte Verbrauch ist meistens höchst preisunelastisch...

Gewiß, man muß alle Instrumente einsetzen, alles probieren, es geht halt nur sehr gegen den Strich unserer auf ständige Umsatzausweitungen orientierten Profitwirtschaft (und ebenso des auf »Einholen und Überholen« programmierten »realen Sozialismus« in Osteuropa und Nordasien). Man kann zwar nicht ausschließen, daß »das Sy-

stem als solches nicht auch auf einem halb so hohen Wachstumspfad wie heute funktionsfähig bleiben könnte« (M. Szecsi), was — von der Ökologie her gesehen — schon einen beträchtlichen Zeitgewinn und Chancen für notwendige Strukturveränderungen bedeuten würde. Nur, die Zeit drängt, »die Katastrophe hat schon begonnen«

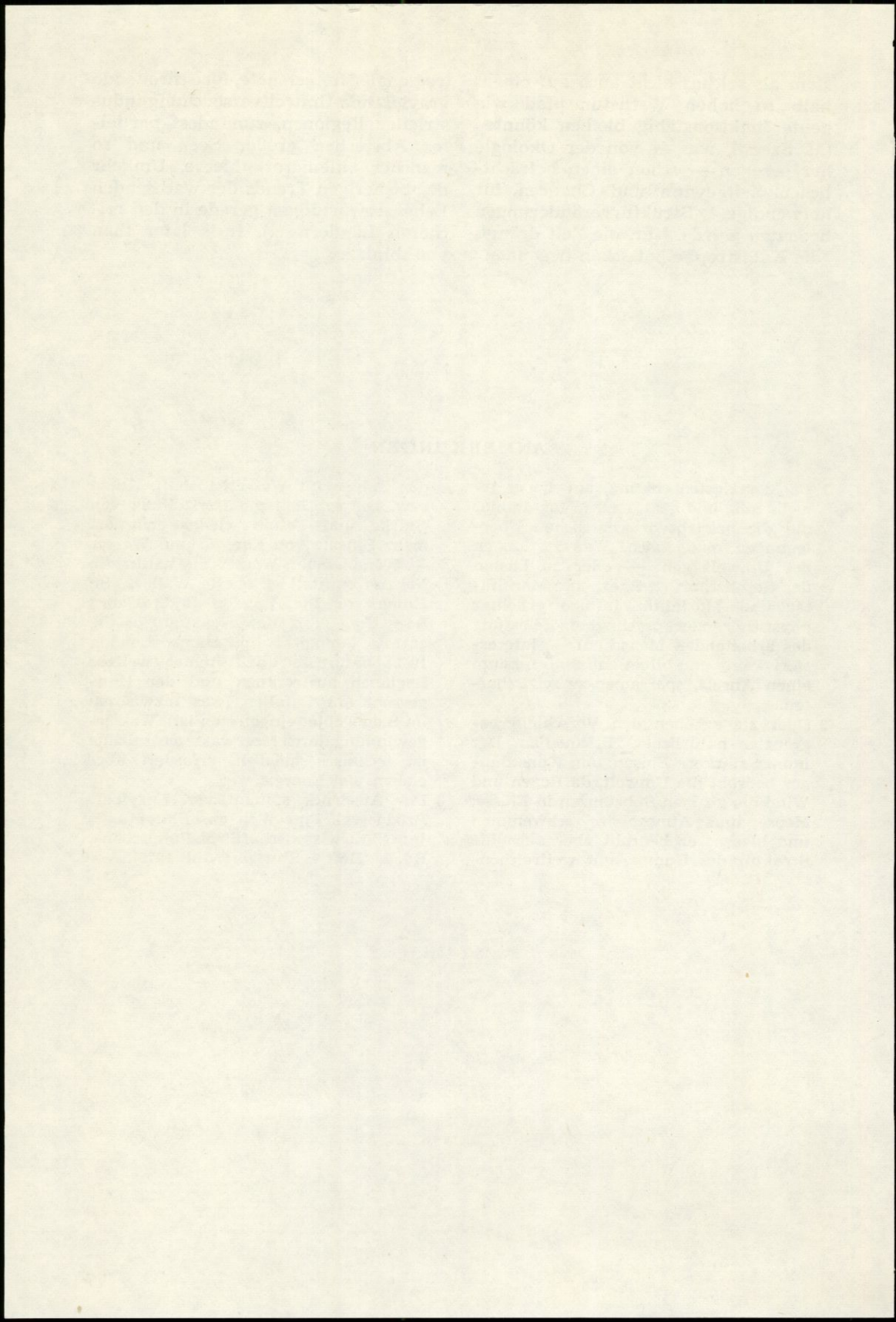
(regionale Hungersnöte, fortschreitende gravierende Umweltverseuchung industrieller Regionen, zumindest partielles Absterben großer Seen und so mancher »kleinerer« Meere, Umkehr des bisherigen Trends der wachsenden Lebenserwartungen gerade in den reicheren Ländern...). It is later than you think...

ANMERKUNGEN

- 1 Bei der Kostensenkung, um die es jeweils ging und geht, sind ja fast immer nur die betriebswirtschaftlichen Überlegungen maßgeblich. Was zu Lasten der Umwelt geht — oder zu Lasten der Gesellschaft (z. B. erhöhte Morbidität und Mortalität infolge erhöhter physischer oder psychischer Belastung des arbeitenden Menschen) —, interessiert wenig und bildet daher auch kaum einen Anreiz, sparsamer zu wirtschaften.
- 2 Oder sie erhöhen den Verschleiß begrenzter natürlicher Hilfsquellen. Der immer stärkere Einsatz von Kunstdünger bedroht die Umwelt, da Regen und Wind die giftigen Substanzen in Flüsse, Meere und Atmosphäre schwemmen und blasen; er bedroht aber auch die Struktur des Humus, mit weitreichen-

den Folgen für Wasserhaushalt, Klima usw. Die synthetische Herstellung von Stärke und Fetten wieder erfordert mehr Einsatz von Energie und Wasser — 500mal mehr Wasser als natürliche Nahrungsmittel! (Robert Waller, *Be Human or Die*, London 1973.) Georg Borgstrom (*Too Many: a study of the earth's biological limitations*, London 1969) befürchtet, daß immer weitere Regionen austrocknen und der Hungersnot anheimfallen (was inzwischen im Sahelgebiet eingetreten ist). Wassergewinnung durch Meerwasserentsalzung ist technisch möglich, erfordert aber enorm viel Energie.

- 3 Der Ausdruck stammt von Engelbert Broda (vgl. *Eine Welt aus Plutonium?*, in: »Naturwissenschaftliche Rundschau«, Bd. 28, Heft 7, Stuttgart, Juli 1975).



Worum es bei der Diskussion um einen Wachstumsrückgang geht

Egon Matzner

Die kritisierten Positionen

Mit meinem Aufsatz wollte ich dreierlei zeigen:

1. Welche Konsequenzen ergeben sich in einer Volkswirtschaft österreichischen Typus durch einen Wachstumsrückgang? Dabei blieb offen, ob der Rückgang erwünscht ist und sich als Ergebnis bewußter Maßnahmen einstellt oder ob er sonst irgendwie (zum Beispiel durch Verknappung von Rohstoffen, Funktionsschwäche des kapitalistischen Wirtschaftssystems) »passiert«.

2. Um solche negativen Folgen wie Arbeitslosigkeit, Sinken der Profite, Gefahren einer politischen Krise zu vermeiden, wurde eine »kompensatorische Intervention« des öffentlichen Sektors anvisiert, die auf eine Mehrproduktion des Marktsektors für den öffentlichen Sektor hinausläuft. Die entsprechenden Leistungen sollten über Budgetdefizite im Anleihenwege finanziert werden. Dadurch können Beschäftigung und, wie vermeint, die Profite auf dem alten Niveau gehalten werden.

3. Ist eine Politik der Wachstumsverminderung, wie von den Ökologi-

sten gefordert, angesichts der negativen Folgen, die einen Wachstumsrückgang begleiten, plausiblerweise zu erwarten? Noch dazu, wenn eine kompensatorische Intervention dazu führt, daß die Unternehmer die bisher autonom getroffenen Investitionsentscheidungen mit Politikern und Beamten teilen müssen?

Die Aussichten, daß Regierungen eine Politik einer bewußt herbeigeführten Wachstumsverlangsamung verfolgen können, werden skeptisch eingeschätzt. Dennoch wird aus normativen Gründen persönlich eine solche befürwortet. Es werden deshalb Vorschläge gemacht, welche die der »kompensatorischen Intervention« innewohnenden autoritären Tendenzen verhindern sollen.

Die dazu veröffentlichten kritischen Kommentare gehen im wesentlichen auf drei Probleme ein:

1. die Angemessenheit meines theoretischen Ansatzes und deren Interpretation,
2. die Funktionalität der »kompensatorischen Intervention«,
3. die gesellschaftspolitischen Konsequenzen der Vorschläge, die gegen autoritäre Tendenzen schützen sollen.

Die vier kritischen Aufsätze enthalten viele Ergänzungen, so zu den Fragen: kommunikative Mitbestimmung, Mängel des öffentlichen Sektors und transnationale Ökonomie. Sie stehen nicht in Widerspruch zu den gemachten Vorschlägen. Zum Beispiel Kitzmüllers Auffassung über kommunikative Mitbestimmung beizutreten, enthebt nicht von der Aufgabe, Vorschläge aus Überlegungen zu gewinnen, die außerhalb kommunikativer Konfliktlösung zustande kommen. Dies gilt übrigens auch für Kitzmüllers eigenes Mitbestimmungskonzept. Ähnlich enthebt der transnationale Charakter der Volkswirtschaft die nationalen Regierungen nicht von der Aufgabe, nationale Politik zu treiben, denn zweifellos gibt es ein, wenn auch enges Band, innerhalb dessen nationale Politik mehr oder weniger erfolgreich sein kann. Im

folgenden wird der Versuch unternommen, die für die Folgerungen meines Wachstumsaufsatzes bedeutsamen Einwände zu überprüfen.

Ist der theoretische Ansatz dem Problem angemessen?

Von Maria Szecsi wird die zugrunde liegende Kreislauf- und Wachstumstheorie wegen der vielen neuen Elemente, die die Umwelt- und Rohstoffproblematik prägen, als für die Analyse von ökologisch bedingten Wachstumsrückgängen für wenig nützlich erklärt. Kitzmüller hält das Modell sogar für »definitionsgemäß überall und nirgends gültig«, gleichsam ein »Inbegriff der tautologischen Wissenschaft«. Nachzuweisen wäre somit, daß das verwendete theoretische Konzept (a) sehr wohl angemessen ist und (b) kein definitorisches Spiel ist, sondern wichtige Aussagen über eine ökonomische Realität macht, zu der die Österreichs zählt.

Das theoretische Konzept besteht im wesentlichen aus drei Teilen: 1. dem Wachstumsmodell, 2. dem Kreislaufmodell und 3. einem Interaktionsmodell zwischen Marktsektor, öffentlichem Sektor und dem die Entscheidungen legitimierenden gesellschaftlich-politischen Sektor.

Zum Wachstumsmodell

Es erklärt die wirtschaftliche Produktion aus dem Kapitalstock und dessen Produktivität, folglich die Veränderung unter der Annahme der Vollauslastung aus Zuwachs des Kapitalstocks (Bruttoinvestition vermindert um die Abschreibungen) mal dessen Produktivität. Beschränkt man die Variablen auf die Wertschöpfung des Marktsektors, so ist auch die von Teufelsbauer zu Recht bemängelte Unklarheit über die der Analyse zugrunde liegende Definition des Bruttonationalproduktes beseitigt. Investitionen sind ebenso eingeschränkt auf jene, die im Marktsektor, vom Motiv der Profiterzielung geprägt, getätigt werden.

Diese engeren Definitionen sind nicht willkürlich gewählt, sie dienen auch nicht der Immunisierung der Theorie gegenüber einer dornigen Realität. Sie sind deshalb zweckmäßig, weil sie zu einem besseren Verständnis der Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft führen. So ist zwar die Entwicklung des Marktsektors wesentlich vom öffentlichen Sektor beeinflusst und umgekehrt. Dennoch sind Investitionen im öffentlichen Sektor von anderen Gesichtspunkten bestimmt als private.

Dieses Wachstumsmodell ist zweifellos tautologisch, wie übrigens jede Definition, die wir verwenden. Es kann, wie bei M. Kalecki, tatsächlich auf unterschiedliche Wirtschaftssysteme angewendet werden. Das macht es aber keinesfalls wertlos, da die Definitionen nicht willkürlich sind, sondern Wirklichkeit abbilden. Für eine Analyse der Wachstumsdrosselung unter den Bedingungen einer Wirtschaft mit dominierendem profitorientierten Marktsektor ist das Wachstumsmodell allerdings durch ein Kreislaufmodell ergänzungsbedürftig, das die gesellschaftlichen Basisinstitutionen, das sind Privateigentum und Profit, Arbeitskontrakt und Lohn, sowie den öffentlichen Sektor mit einschließt. Szecsi meint, daß in diesem Modell die Konstanz des Kapitalkoeffizienten festgelegt wird. Das trifft aber nicht zu, das Modell selbst ist in dieser Hinsicht durchaus flexibel.

Allerdings bin ich in meiner Analyse von der Annahme eines konstanten Kapitalkoeffizienten ausgegangen, da ich über kein besonderes Wissen über die Zukunft der Technologie verfüge und keine triftigen Argumente für ein Steigen oder Sinken kenne. Szecsi prognostiziert ein Steigen des Kapitalkoeffizienten. Wichtigstes Argument für sie sind die kommenden Umweltschutzinvestitionen. Soweit diese vom öffentlichen Sektor getätigt werden, sind sie Käufe des öffentlichen vom Marktsektor und erhöhen den Staatsanteil, aber nicht den Kapitalkoeffizienten.

Soweit es sich um Verbesserungen am Produkt handelt (zum Beispiel abgasarmes Auto), so steigt in den meisten Fällen nicht nur der Kapitaleinsatz, sondern auch die Wertschöpfung. Das ist nicht, wie Szecsi meint, ein statistisches Problem oder ein definitorischer Rechtfertigungstrick, sondern der Niederschlag einer Veränderung in der realen Welt. Was als Kapitalkoeffizient steigendes Element übrigbleibt, sind kapitalintensivere neue Produktionsverfahren, die unveränderte Produkte erzeugen, aber die Umwelt des Produktionsstandortes weniger belasten. Für den Fall, daß diese Investitionen nicht aus dem Staatssäckel finanziert werden, erhöhen sie real den Kapitalkoeffizienten. Ich für meinen Teil vermute, daß die Wissenschaft auch in Hinkunft Verfahren entwickeln wird, die die Kapitalproduktivität nicht sinken lassen werden.

In der Argumentation von Szecsi können gleich zwei *Widersprüche* aufgezeigt werden. Der *erste*, wenn sie sagt, daß es nicht darauf ankommt, das Wachstum des Outputs, sondern den Input (an Rohstoffen und Energie) zu senken. Sie übersieht dabei, daß ein Steigen der Rohstoff- und Energieproduktivität, das ja auch bei der Produktion von Investitionsgütern stattfinden müßte, gleichbedeutend mit einem *Sinken* des Kapitalkoeffizienten ist. Dieser Widerspruch ist manifest, solange nicht unterstellt wird, daß in profitorientierten Unternehmungen durch Energie- und Rohstoffvergeudung Profite vergeudet werden oder daß in Zukunft zur menschlichen Arbeitskraft als Energiequelle zurückgekehrt wird.

Aus der Verwirklichung von Szecsis ökologischer Zielsetzung folgte somit zwangsläufig ein Sinken des Kapitalkoeffizienten, ihre Prognose lautet unbeschadet davon auf das Steigen dieser Größe. Die Auflösung dieses *zweiten Widerspruchs* ergibt sich allerdings von selbst: entweder läßt sich das ökologische Ziel erfüllen, dann ist die Prognose falsch, oder die Prognose trifft ein, dann ist schwer zu sehen, wie sich

das ökologische Ziel verwirklichen läßt. Vielleicht handelt es sich aber um zwei gegenläufige Tendenzen, die gleichzeitig ablaufen, und Szecsi läßt den Leser über den Saldo im unklaren.

Davon abgesehen, ist es ein »Mythos« zu glauben, daß erhöhter Kapitaleinsatz die Umweltbelastung verringert. Georgescu-Roegens These, daß »Abfall ein Output des Produktionsprozesses ist, gleichermaßen unvermeidbar wie der Input von natürlichen Ressourcen«, ist ebensowenig widerlegt wie deren Illustration: »Größere und bessere« Motorräder, Autos, Düsenflugzeuge, Kühlschränke und so weiter verursachen notwendigerweise nicht nur »größeren und besseren« Abbau von Rohstoffen, sondern auch »größere und bessere« Umweltbelastung.«¹ Auf den Widerspruch zwischen Inputverminderung begrenzter Ressourcen bei fortgesetztem Wachstum hat bereits Prager hingewiesen.

Zum Kreislaufmodell

Während das Wachstumsmodell, wenn technologisch interpretiert, im Sinne Kitzmüllers »überall« gültig ist, schränkt das Kreislaufmodell sowohl in der kontenmäßigen Form der Volkseinkommensrechnung wie in der Version des Marxschen Reproduktionschemas die Gültigkeit auf Volkswirtschaften ein, die durch profitorientierte Produktion für den Markt geprägt sind.

In beiden Versionen (vgl. meine Darstellung in WuG 2/75, S. 43 und S. 44) werden die bereits für das Wachstum als fundamental erkannten Investitionen als entscheidende Bestimmungsgröße der Profite herausgearbeitet. Diese sind ihrerseits wiederum in engem Zusammenhang mit Investitions- und Produktionstätigkeit zu sehen. In diesem Bild von der Realität kommt den Profiten und den Investitionen eine Schlüsselstellung zu. Ohne Profite wird von privaten Kapitaleigentümern und deren Vertretern (Managern) Produktion nicht organisiert. Das Produktionsniveau ist auf lange Sicht ohne

Profite nicht aufrechtzuerhalten. Ohne (profitorientierte) Investitionen fallen die Profite drastisch. Das ist nicht weltfremde Theorie, sondern beobachtbare und statistisch belegbare Wirklichkeit. Es geht deshalb nicht, wie Teufelsbauer meint, darum, die Profite zu neutralisieren, die bei Wachstumsreduktion nicht veranlagt werden können. Die Profite entstehen nämlich gar nicht oder fallen ins Bodenlose, wenn nicht investiert wird (werden kann).

Die auf Kalecki zurückgehende Sicht ist dem von Teufelsbauer empfohlenen Verteilungsmodell Kaldors² vorzuziehen, weil sie neben den Verteilungswirkungen der Investitionen und der Ersparnis der Arbeiter auch jene des Exportüberschusses und vor allem des Budgetdefizits erfaßt. Bei Kaldor hängt der Profitanteil allein von den Ausgabenentscheidungen der Unternehmer und den Sparentscheidungen der Lohnbezieher ab. Der Einwand, daß bei Investitionsentscheidungen der Rückgang der Profitsumme in der Realität geringer ist als im Kalecki-Modell, weil auch die Lohnsumme wegen geringerer Beschäftigung sinkt, träge, wäre er triftig, auch das Kaldor-Modell. Teufelsbauer übersieht jedoch, daß durch ein Sinken der Lohnsumme im Investitionsgüter-Sektor auch die Profitsumme im Konsumgüter-Sektor entsprechend zurückgeht. Wesentlich ist jedoch, daß es nicht um den Anteil der Profite am Volkseinkommen geht, sondern um die Beziehung Profite zu Kapitalstock (Profitrate, Kapitalrentabilität). Diese ist für den unternehmerischen Entscheidungskalkül von ausschlaggebender Bedeutung, der volkswirtschaftliche Profitanteil hingegen ist lediglich ein Ergebnis von Investitionsentscheidungen, aber auch anderer zum Teil bereits erwähnter Einflußgrößen.

Das politisch-ökonomische Kreislaufmodell

Es engt den Typus der analysierten Volkswirtschaft durch die Einbeziehung des öffentlichen Sektors weiter

ein. Dessen Tätigkeit soll nicht nur die Funktionsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft erhalten. Sie soll auch durch die wichtigen gesellschaftlichen Gruppen gebilligt, zumindest aber passiv hingenommen werden. Politische Reaktionen werden damit in Zusammenhang mit Veränderungen wichtiger ökonomischer Größen, wie Einkommenswachstum, Beschäftigung, Profitrate, gebracht. Ich sehe darin im Gegensatz zu Kitzmüller sehr wohl eine Integration von ökonomischen und politischen Prozessen.

Einschätzung des Erkenntniswertes des theoretischen Ansatzes

Mit der von Kalecki initiierten Betrachtungsweise wird somit keineswegs ein Bild eines deterministischen Entwicklungsablaufes in einem überwiegend privatwirtschaftlich organisierten System geboten. Die drei Modelle bilden lediglich einen theoretischen Rahmen, in dem sich wesentliche Beziehungen solcherart organisierter Volkswirtschaft aufzeigen lassen. Diese Beziehungen selbst wiederum sind auch durch noch so dräuende neue ökologische Probleme nicht bedeutungslos geworden. Im Gegenteil: ohne ihre Kenntnis wird fast jede Ökologiediskussion zu einer Produktion von gutgemeinten Vorschlägen ohne Rücksicht auf etwaige volkswirtschaftliche, gesellschaftliche oder politische Folgen. Zu den Schlüsselbeziehungen gehören zweifellos die Wirkungen der Nettoinvestitionen auf die Wachstumsrate der Wertschöpfung des Marktsektors, der Zusammenhang zwischen Investition und Kapitalstock einerseits und Profiten andererseits. Das Verbindungsglied zwischen Wachstumsrate und Investitionsrate, der Kapitalkoeffizient, kann in diesem Modell durchaus verschiedene Entwicklungen annehmen und braucht nicht konstant zu bleiben. Sicher können nicht mit Präzision und in Einzelfällen Schlußfolgerungen gezogen werden. Für die Diskussion von breiten Entwicklungs-

trends ist jedoch der analytische Rahmen hinreichend und durch empirischen Befund bisher nicht widerlegt. Wie groß auch die von Szecsi angesprochene und vielfach über- wie unterschätzte Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus sein mag, es gibt keine Zeitreihen- oder Querschnittsvergleiche, die belegen, daß Stagnation der Produktion, des Kapitalstocks oder ein Versickern von Profiten dem marktwirtschaftlichen System gut bekommt. Das gilt unabhängig davon, ob planwirtschaftlich organisierte Länder ein attraktives Beispiel setzen oder nicht.

Was Szecsi schließlich als »Hauptmangel des Modells« erachtet, nämlich daß lediglich zwei Zeitpunkte mit unterschiedlicher Investitionsquote und Wachstumsraten verglichen werden, nicht jedoch die Übergangsprozesse, sind nicht dem Modell anzulasten, sondern nur seiner bewußt einfach gehaltenen Form und Handhabung. Auch die von Szecsi angesprochenen Übergangsprozesse lassen sich übrigens besser innerhalb eines theoretischen Bezugsrahmens als im »freien Stil« erörtern.

Zur Kritik an Ergebnissen der Analyse und deren Interpretation

Rettungsanker für Profite?

Die negativen Folgen eines Wachstumsrückganges auf Beschäftigung und Profite sowie für die gesellschaftliche und politische Stabilität sollen durch einen durch Defizite finanzierten Ersatz der Produktion von Investitionsgütern durch zusätzliche Güter und Leistungen für den öffentlichen Sektor (ΔG) vermieden werden.

Teufelsbauer macht deutlich, daß die Anleihenfinanzierung dieser kompensatorischen Intervention im extremen Fall auf eine kontinuierliche Akkumulation von nicht frei verfügbaren Nominalforderungen bei Kapitaleigentümern hinausläuft. Es handelt sich somit zu einem beträchtlichen Teil um eine Vermögensbildungsillusion. Dennoch könnte zum Beispiel eine Akku-

mulierung von Anleihen zu einem Teil zumindest funktionell mit einer Vorsorge für Krisenfälle sowie kontraktgemäße Investitionen und einem Anleihemarkt gekoppelt werden. Der reine Fall der Anleihenfinanzierung läßt sich wahrscheinlich durch mildere Mischformen praktikabel machen. Die Folgen von Anleihen tilgung und Zinszahlungen sind analog zu jenen, die bei den Formen der Finanzierung von ΔG diskutiert wurden. Sicherlich haben diese Profite wenig mit ihrem historischen Original zu tun. Lediglich jener Teil, der durch Konsumausgaben im Kreislauf entsteht und für Konsumzwecke verwendet wird, ist »frei« disponierbar.

Kitzmüller ist ebenfalls zuzustimmen, wenn er sagt, daß auch Budgetdefizite nur aus der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung (Löhnen + Profite) bezahlt werden können: Darum geht es ja in der Diskussion der Finanzierung von ΔG . Allerdings ist durch das Budgetdefizit die Wertschöpfung größer, die auf Löhne und Profite aufgeteilt wird. Defizitfinanzierung verdeckt deshalb nicht nur die Konfliktbeziehung, sondern vermag tatsächlich den Konflikt zu mildern. Warum es unzulässig sein soll und einer besonderen Offenbarung bedarf, an einem Realmodell Finanzierungsfragen zu diskutieren, wird aus Kitzmüllers Kritik nicht klar. Gerade das Marxsche Reproduktionsschema in der Kaleckischen Version eignet sich vorzüglich zur Diskussion von inflatorischen Prozessen, die auf eine Überschußnachfrage zurückgehen.

Zur Frage des Staatsanteiles

In dem verwendeten Modell wird das Wachstum der Wertschöpfung des für den Markt produzierenden profitorientierten Sektors untersucht. Die Wertschöpfung des öffentlichen Sektors, die im SNA sich aus der Lohn- und Gehaltssumme und (fiktiven) Abschreibungen zusammensetzt, bleibt ausgeklammert. Der Erkenntniswert dieser Sicht liegt in zwei Punkten:

1. Können im Marktsystem begründete Funktionsschwierigkeiten besser erkannt werden. Treten sie auf, können Interventionsmöglichkeiten des öffentlichen Sektors besser abgeleitet und diese selbst mit Mängeln des Marktsystems erklärt werden. Kalecki liefert hier wohl bessere Ergebnisse als Keynes.³ 2. Lassen sich die Probleme eines wachsenden Staatsanteiles, definiert als Anteil, den der öffentliche Sektor an der Wertschöpfung des Marktsektors nimmt, diskutieren. Beantwortet wird die Frage: Wieviel kann nicht auf Löhne und Profite aufgeteilt werden, weil der öffentliche Sektor Güter und Leistungen bezieht und die im öffentlichen Sektor Beschäftigten für ihren Lohn Konsumgüter kaufen? Finanziert kann dieser Anteil, wie schon Kitzmüller betont, nur aus dem Lohn- und/oder dem Profitanteil werden. Dies gilt auch dann, wenn »das Ergebnis von Steuerüberwälzungsprozessen nicht abzusehen ist« (Szecsi). Wenn nun der Zuwachs der Wertschöpfung des Marktsektors sinkt, kann dennoch jener des konventionellen BNP steigen oder gleichbleiben. Das kann bei den von Teufelsbauer aufgezählten Beispielen des Ausbaues der Krankenversorgung und des Unterrichtswesens sowie des öffentlichen Verkehrs der Fall sein. Das verwendete theoretische Konzept macht aber deutlich, daß dadurch ein Druck auf den Lohn- und/oder Profitanteil zwangsläufig entsteht, der, wie Kitzmüller ausführt, eine wichtige Inflationsursache darstellen kann. Ähnliches tritt ein, wenn eine Nachfrageverschiebung von materiellen Gütern zu Dienstleistungen vorliegt. Soweit diese personengebunden sind, tritt der bekannte, von Baumol⁴ in seiner ganzen Tragweite beschriebene tertiäre Kostendruck auf, weil ja die Arbeitsproduktivität in der nichtpersonengebundenen Produktion weiterhin stärker steigt. Auch dadurch gedeckte Arbeitszeitverkürzung erzeugt bekanntlich im Dienstleistungsbereich große Probleme. Daraus, so schließen Baumol und Vogt,

entsteht eine Tendenz zur Verdrängung der Besorgung (zumindest aber Finanzierung) von Dienstleistungen vom Marktsektor in den öffentlichen Sektor. Vogt sieht darin ein wichtiges Argument für wachsende Instabilitäten in entwickelten kapitalistischen Ländern.⁵ Was die Zunahme des Straßenbaues betrifft, so handelt es sich um Güter, die vom Marktsektor verkauft werden. Sie sind deshalb bereits in deren Wertschöpfung enthalten. Gleiches gilt für den öffentlichen Wohnungsbau. Es ist vorstellbar, daß eine Befriedigung eines etwaigen Nachholbedarfes durch kompensatorische Käufe des öffentlichen Sektors auf Grund der Einschränkung der Nettoinvestitionen ohne neue Baukapazitäten möglich ist. *Außerdem ist Nullwachstum keinesfalls als Dogma, sondern als analytischer Extremfall zur Verdeutlichung der Folgen einer Wachstumsverlangsamung aufzufassen.* Die Nutzung von öffentlichem Wohnraum oder öffentlicher Verkehr zum »Nulltarif« berührt die Wertschöpfung des Marktsektors nicht. In das konventionelle BNP gehen jedoch Lohnsumme und Abschreibungen ein, genauso wie es sich heute bei einem öffentlichen Pavillon in einem Park oder bei einer öffentlichen Rolltreppe verhält.

Die Ökologie und der liebe Gott

Gleichgültig von welchem Wertschöpfungskonzept man ausgeht, ob die Wachstumsrate zurückgeht, gleichbleibt (Nullwachstum), unbehindert oder beschränkt steigt, der Produktionsprozeß erfordert den Einsatz von unverbrauchter Materie und Energie. Die Naturwissenschaft spricht von »freier«, die im Produktionsprozeß zu »gebundener Entropie« wird. Verbrauchte Energie ist für die Ökonomie für immer verloren, genutzte Materie kann durch zusätzliche Energie zumindest teilweise wiederum nutzbar gemacht werden. In jedem Fall entstehen Schadstoffe. Da die Bestände an freier Entropie begrenzt sind, ergeben

sich dadurch die durch den »Club of Rome« aktualisierten »Grenzen des Wachstums«. Angesichts dieser existentiellen Situation (wie Szecsi) die Frage, ob es besser ist, daß weniger Generationen ein besseres oder mehr Generationen ein schlechteres Leben auf dem Raumschiff Erde führen sollen, auf den lieben Gott abzuschieben, heißt der Knieriemschen Kometen-Philosophie universelle Geltung verschaffen zu wollen. Meint Szecsi, daß durch Kopfin-den-Sand-Stecken keine Wahl getroffen wird? Dahingestellt soll die Frage bleiben, ob Zweitautos, Quadrophonie, Desodorants und andere dringende Bedürfnisse deckende »Wachstumsprodukte« wirklich der jetzigen Generation immer zu einem besseren Leben verhelfen. Diese Wachstumsanalyse zeigt den systembedingten Investitionszwang auf, dem auf der Konsumentenseite in den Industrieländern wohl oft aus dem Motiv entsprochen wird, die bisweilen empfundene Sinnlosigkeit des Lebens durch »Warenfetischismus« zu überdecken.

Für Szecsi reicht die »menschliche Vernunft« nicht aus, um diesen Fragen auf den Grund zu gehen. Sie läßt an anderer Stelle lieber den Konsumenten zwischen neuen Arten von alten Gütern wählen, die ebenso alte Bedürfnisse befriedigen.⁶ Mir schiene es, daß »Nutzenmaximierung« auch innerhalb von zu begrenzenden Einkommen, Energieausstattung und so weiter stattfinden könnte. Den lieben Gott muß man dabei nicht bemühen.

Ziele und Werte

Ich habe versucht zu zeigen, was gesehen könnte, wenn »irgendwie« im profitorientierten Marktsektor kein oder weniger Wachstum zustandekommt. Die Konsequenzen wurden von mir (mit und ohne kompensatorische Intervention) als drastisch bezeichnet. Teufelsbauer teilt meine Auffassung, findet die Kosten auch bei kompensatorischer Intervention als zu hoch. Er plädiert deshalb für ein fortgesetztes,

wenn auch durch generelle Maßnahmen gelenktes »qualitatives« Wachstum. Szecsi plädiert ihrerseits für die »Quadratur des Kreises«: mehr Output — weniger und umweltfreundlicheren Input. Ich bin und war mir bewußt, daß »Wirklichkeitssinn« gegen die von mir explizit vorgeschlagene Wachstumsdrosselung als Akt bewußter Politik spricht. Leider bleiben sowohl Szecsi wie Teufelsbauer eine Antwort auf die Frage schuldig, was die Folgen eines von außen erzwungenen drastischen Wachstumsrückganges sind und was dagegen gemacht werden könnte. Teufelsbauer meint, daß von mir unter dem Vorwand der Wachstumsselektion das Ziel der Systemveränderung »unter der Vorgabe der logischen Notwendigkeit, auf technokratischer Ebene neutralisiert, normativen Charakter zugewiesen (erhält)«. Wenn auf technokratischer Ebene »logische Notwendigkeit zugewiesen« wird, geschieht dies unter einer Konditionalklausel. Wenn ich kompensatorische Intervention vorschlage, so deklariere ich deren systemändernden Charakter. Wenn ich für Wachstumsdrosselung eintrete, begründe ich dies mit drei Werturteilen. In der von mir vertretenen und auch im Aufsatz explizierten gesellschaftstheoretischen Position nehmen individuelle Freiheitsrechte im geistig-kulturellen Bereich, die politischen Grundrechte und die Möglichkeit zu dezentralen Initiativen im wirtschaftlichen Bereich, wie die Wahrung des Prinzips der Machtbegrenzung eine zentrale Position ein. Ich kann nicht sehen, wo in meiner Analyse Gesellschaftsreform als »blinder Passagier« mitfährt oder wo mein Demokratieverständnis eine von Teufelsbauer angedeutete Nähe zu kommunistischen Diktaturen begründen läßt. Den Grundsatz der Trennung von Wirtschaftsmacht und politischer Macht halte ich hingegen für weniger bedeutsam und in der Geschichte — zumal der österreichischen — kaum jemals verwirklicht. (Siehe die zahlreichen k. u. k. Patente und Privilegien, das Zensuswahlrecht und so weiter.)

Doch zurück zur »technokratischen Ebene«, auf der mir Szecsi vorwirft, die Flexibilität des kapitalistischen Systems zu unterschätzen. Vor Thesen über Systemgrenzen warnt sie, aber Schwellwerte existieren auch für sie. Bei halb so hohen Wachstumsraten bleibt das System funktionsfähig, habe es die meiste Zeit funktioniert. Wenn sie auch vor Rückgriffen auf die historische Erfahrung warnt, so fragt sich nur, wie die Menschen in diesem System bei weniger oder halb so hohen Wachstumsraten gelebt haben. Der von mir vorgeschlagene theoretische Bezugsrahmen läßt jedoch Fragen beantworten, was die Menschen in Zukunft bei halb so hohen Wachstumsraten erwarten könnte.

Der Absicht, in einem angemessenen theoretischen Bezugsrahmen das Problem eines Wachstumsrückganges zu analysieren, entspricht auch der Verzicht auf eine Wachstumsprognose wie auf das von Szecsi und Teufelsbauer vermißte detaillierte Handlungsprogramm, das Wachstum einschränkt oder bei »passiertem« Rückgang demo-

kratiegemäß pariert. Der Verzicht auf Perfektion geschieht bewußt, weil ja gesellschaftliche Entwicklung, die ohne Zwang und Terror erfolgen soll, nicht nach einer Blaupause ablaufen kann. Sie ist Ergebnis von einer Vielzahl von gesellschaftlichen und individuellen Entscheidungen, die aus Interessenkonstellationen erwachsen. In diesem Prozeß sind bestimmte, gesellschaftlich wirksame Funktionszusammenhänge zu beachten. Bei deren Veränderung sind aber auch gesellschaftliche Organisationsgrundsätze zu berücksichtigen, die zu vernachlässigen zu unerwünschten Ergebnissen führen würde. So erfüllt etwa die Konkurrenz zwischen Unternehmungen, politischen Parteien (Gruppen), Wissenschaftlern, zwischen Interessenverbänden den fundamentalen Grundsatz der *Machtbegrenzung durch Gegenmacht*. Wichtige Veränderungen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse sollten deshalb nie geschehen, ohne daß geprüft wird, ob damit gleichsam als Nebenwirkung Machtbegrenzung gelockert oder akzentuiert wird. Denn Machtbegrenzung ist eine unverzichtbare Eigenschaft der Demokratie.

ANMERKUNGEN

- 1 N. Georgescu-Roegen, *Energy and Economic Myths*, in: *The Southern Economic Journal*, Vol. 41, No. 3 (1975), S. 357.
- 2 N. Kaldor, *Alternative Theories of Distribution*, in: *Review of Economic Studies*, Vol. 23 (1955/56).
- 3 Diese Auffassung vertritt u. a. L. Klein. Einen überzeugenden Beleg liefert neuerdings A. Bhaduri, *Some Central Issues relating to the Short-Period Macro-Economic Analysis of a Capitalist Economy: Three Lectures*, hektografiert, New Delhi (1975).
- 4 W. J. Baumol, *The Macro-economics of Unbalanced Growth*, in: *American Economic Review*, Vol. 57 (1967).
- 5 W. Vogt, *Zur langfristigen Entwicklung eines kapitalistischen Systems*, in: *Leviathan*, Heft 2 (1973).
- 6 M. Szecsi, *Konsumentenpräferenzen und neue Bedürfnisse*, in: *Festschrift für Eduard März*, Wien 1973, S. 95.